

# DEMO KRATIE BE **MARZAHN HELLERSDORF** 2022 RICHT



Partnerschaft für  
Demokratie Hellersdorf



Partnerschaft für  
Demokratie Marzahn



Koordinierungsstelle  
für Demokratieentwicklung  
Marzahn-Hellersdorf

# Inhalt

- 3 Grußwort des Bezirksbürgermeisters [Gordon Lemm](#)
- 4 Einleitung und Überblick [Theresa Uhlig und Moritz Marc](#)
- 7 Auswertung des Registers zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf 2022 [Register Marzahn-Hellersdorf](#)
- Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2022**
- 12 Übersicht über durch die Partnerschaften geförderte Demokratieprojekte im Jahr 2022 [Hannes Obens, Corinna Meukow und Chimara Chester](#)
- 14 Beiträge des Integrationsbüros Marzahn-Hellersdorf zur Demokratieentwicklung [Professor Dr. Bryant und Kolleg\\*innen](#)
- 17 Gedenken an Nguyễn Văn Tú [Moritz Marc](#)
- 18 Mobil auf der „Insel“ Marzahn NordWest unterwegs [Carolin Sander, Sandra Körkel & Daniel Hegemann, Mobile Stadtteilarbeit Marzahn NordWest, Kiek in – Soziale Dienste gGmbH](#)
- 20 Marzahner Nachbarschaftsfest 2022: Trotz Sturm und Regen [Henny Engels, Bündnis für Demokratie und Toleranz](#)
- 21 Informationen über bestehende Unterstützungsangebote in Marzahn-Hellersdorf [AG Soziale Härten](#)
- 22 Klassismus – die verdrängte Diskriminierungsform - Von Klassenschranken auf dem Weg zu mehr Demokratie [Benedikt Krüger - Praktikant der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf, Alice Salomon Hochschule](#)
- 24 Klassismus macht Schule – Schule macht Klassismus [Theresa Uhlig](#)
- 29 Demokratiefest Schöner Leben ohne Nazis 2022 [Moritz Marc](#)
- 30 Cotti.Für.Alle – Graffiti und Mucke gegen Rechts [Theresa Uhlig und Moritz Marc](#)
- 31 Interview mit dem Kiezteam Marzahn-Hellersdorf zum Volksentscheid »Deutsche Wohnen und Co enteignen« [Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf](#)
- 34 Feuiger Advent [Martina Polizzi – STZ Marzahn-Mitte](#)
- 35 Unbezahlbar – Ein solidarischer Ort für alle in Marzahn-Mitte [Martina Polizzi – STZ Marzahn-Mitte](#)
- 36 Mein (knappes) erstes Jahr als Queerbeauftragte in Marzahn-Hellersdorf – ein kleiner Einblick [Vanessa Krahe - Beauftragte für Queer, Städtepartnerschaften und freiwilliges Engagement](#)
- 38 Bücherbesprechungen [Moritz Marc](#)
- 40 Schlussfolgerung für die Demokratieentwicklung und Handlungsideen [Theresa Uhlig und Moritz Marc](#)
- 43 Kontakte

# Impressum

## Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Neue Grottkauer Straße 5  
12619 Berlin

Web: [vielfalt-mh.pad-berlin.de](http://vielfalt-mh.pad-berlin.de)  
Facebook: [www.facebook.com/koordinierungsstellemh](https://www.facebook.com/koordinierungsstellemh)  
Twitter: [@demokratiemahe](https://twitter.com/demokratiemahe)  
E-Mail: [koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de](mailto:koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de)  
Telefon: 030 - 92257140  
0152 - 31 77 13 83 (Signal/WhatsApp)

Fotos aus dem Bezirk: Lia Kynaß

Verantwortlich für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweiligen Autor\*innen und deren Strukturen.

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, pad gGmbH, Kastanienallee 55,  
12627 Berlin

# Grußwort von Gordon Lemm

(Bezirksbürgermeister 2021 bis 2023;  
heute Bezirksstadtrat)



Die ersten eineinhalb Monate des Jahres 2022 waren geprägt durch die noch immer allseits präsente Corona-Pandemie. Dann wurde dieses Thema durch ein Ereignis nahezu verdrängt, welches ab dem 24. Februar 2022 unablässig die Schlagzeilen dominierte: Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Schnell wurde klar, dass dieses außenpolitische Ereignis auch Folgen für Deutschland und Berlin und nicht zuletzt auch für Marzahn-Hellersdorf haben würde. Bis die ersten Geflüchteten aus der Ukraine den Weg zu uns in den Bezirk fanden, vergingen nur wenige Wochen. Es freut mich sehr, dass sich binnen kürzester Zeit viele engagierte Bürger\*innen dazu entschlossen, geflüchtete Menschen aus der Ukraine bei sich zuhause aufzunehmen. Für dieses hohe Maß an gelebter Solidarität mit Menschen, die von heute auf morgen ihre Heimat verlassen mussten und in Marzahn-Hellersdorf ein sicheres Obdach finden konnten, möchte ich mich im Namen des gesamten Bezirks ausdrücklich bedanken.

Neben der ganz konkreten Hilfe und Unterstützung von Mensch zu Mensch ist auch die Wahrung des sozialen Friedens ein essenzieller Antrieb für all unsere humanitären Bemühungen seitens Politik und Verwaltung. Dazu gehört auch der regelmäßige Austausch mit den vielen engagierten Akteur\*innen unserer soziokulturellen Infrastruktur, um gemeinsam zu überlegen, welche Maßnahmen in die Wege geleitet werden können und sollen, damit die verschiedenen Bedarfe erfüllt werden können – sei es etwa die Versorgung mit Kita- und Schulplätzen oder

die Beratung bei psychischen oder anderweitigen Problemen. Wichtig ist, dass am Ende niemand ausgegrenzt wird und verschiedene Zielgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Von daher ist es für mich als Bezirksbürgermeister selbstverständlich, dass ich mich gegen jedwede Tendenzen oder Aktivitäten einsetze, die das friedliche Zusammenleben aller bei uns im Bezirk lebenden Menschen in irgendeiner Art und Weise gefährden. Anfeindungen oder gar Übergriffe, wie sie sich 2022 sowohl bei uns im Bezirk als auch andernorts zugetragen haben – z.B. gegenüber der russischsprachigen Lomonosow-Schule – dürfen nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg haben uns allen zu schaffen gemacht bzw. tun es noch immer. Es beeindruckt mich, dennoch feststellen zu können, dass so viele Menschen tagtäglich – mal sichtbar, häufig aber auch im Verborgenen – ihr Besten geben, um unser demokratisches Gemeinwesen gerade in schwierigen Zeiten wie diesen zu sichern und zu stärken. Für jedes einzelne kleine Mosaiksteinchen, welches sich zu einem großen Gesamtbild zusammensetzt, möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken. Damit sich Marzahn-Hellersdorf als das präsentiert, was es ist: ein lebens- und liebenswerter „Ort der Vielfalt“. – Bleiben Sie weiterhin engagiert.

**Gordon Lemm**

# Einleitung und Überblick

## Moritz Marc und Theresa Uhlig

**Liebe Leser\*innen,  
liebe Mitstreiter\*innen!**

Wer hätte gedacht, dass das Jahr 2022 noch krisendurchränkter sein würde als die beiden vorherigen Pandemiejahre? Leider hat uns das Jahr 2022 und die Erstellung des neuen Demokratieberichtes in Form einer multiplen Krise begleitet: eine immerhin langsam abklingende Pandemie wurde durch den im Februar 2022 begonnen russischen Angriffskrieg im negativen Sinne ergänzt und in Folge dessen mussten sehr viele Menschen vor dem Krieg auch nach Berlin flüchten. Als indirekte Folge des Krieges mitten in Europa sind auch in Deutschland immer mehr Menschen von den explodierenden Energiekosten, einer galoppierenden Inflation und damit verbundenen zunehmenden sozialen Schieflagen im Alltag betroffen. Dies zeigt sich u.a. in den massiv gestiegenen Zahlen an Hilfsbedürftigen bei den Tafeln hier im Bezirk, aber auch in Berlin und bundesweit.

Umso dankbarer sind wir all denjenigen, die sich trotz aller Widrigkeiten für soziale Themen, die Demokratieentwicklung und die verschiedenen Anliegen des Bündnisses für Demokratie und Toleranz bzw. der Zivilgesellschaft im Allgemeinen engagiert haben. Vor allem den ehrenamtlich Engagierten möchten wir unseren Dank aussprechen. Gerade in diesen unsicheren Zeiten, in denen die autoritären Dynamiken politisch immer bedrohlicher werden, ist es keine Selbstverständlichkeit sich aktiv, gemeinsam und solidarisch für (basis-)demokratische Ideen und gegen jegliche Ideologien der Ungleichwertigkeit einzusetzen. Wir hatten von verschwörungstheoretischen Aktivitäten zur Unterbringung von geflüchteten Menschen, über Aktivitäten des neonazistischen III. Weges und der AfD, die auch im Bezirkskontext zum Teil rassistische Äußerungen tätigte, sowie den wachsenden sozialen Zerwürfnissen in Teilen der Bevölkerung jede Menge schwierige Themen, auf die wir mit menschenrechtsorientiertem und sozialem Engagement versucht haben, gemeinsam zu antworten.

Im Folgenden wirft die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung einen Blick auf die Entwicklungen im Jahr 2022 im Feld diskriminierende und menschenverachtende Ideologien:

Auch im vergangenen Jahr gab es zahlreiche antidemokratische Herausforderungen und Entwicklungen: Während die Aktivitäten der Pandemieeugner\*innen und Verschwörungserzähler\*innen zumindest auf der Straße etwas nachließen, so versuchte die extreme Rechte es mit der Setzung neuer bzw. der Reaktivierung alter Themen. Neu war der Versuch, die Energiepreiskrise und die galoppierende Inflation gekoppelt mit einer Antikriegsrhetorik für einen politisch rechten Sozialprotest auf der Straße zu nutzen. Dies gelang jedoch in Berlin, auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, weniger als in einigen Gegenden Ostdeutschlands. Dort schaffte es die extreme Rechte in der zweiten Jahreshälfte zumindest zwischenzeitlich, mehrere zehntausend Menschen auf die Straßen zu mobilisieren. Zum Ende des Jahres 2022 kam es vermehrt zu rassistischen Vorfällen, in Teilen des Landes sogar bereits in eskalierter Form wie rassistisch motivierte Ausschreitungen, Übergriffen oder Brandanschläge.

Allgemein muss die Zivilgesellschaft bezüglich der weiteren gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und der Entstehung neuer Protestmilieus sehr wachsam bleiben, damit sich die extreme Rechte mit Ihren unsolidarischen, exkludierenden Ideen und Ihrer rassistischen Hetze nicht dauerhafter in den Herzen und Köpfen der hier lebenden Menschen verankern kann.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus schreibt dazu in Ihrem Jahresabschluss folgendes: „Ob die weiterhin angespannte Corona-Lage oder das Kriegsgeschehen in Europa, ob die steigenden Lebenserhaltungs- und Energiekosten oder der Klimawandel – Rechtsextreme und verschwörungsideologische Protagonist\*innen versuchen seit jeher,

Verunsicherungen zu funktionalisieren und so Menschen für ihre Agenda zu gewinnen. Dabei können sie an gesellschaftlich weit verbreitete antidemokratische Einstellungen anknüpfen, wie zuletzt die aktuelle Leipziger Autoritarismus-Studie zeigt. Wenn etwa ein gutes Drittel der Berliner\*innen der Aussage zustimmt, dass die Hintergründe der Corona-Pandemie nie ans Licht der Öffentlichkeit kommen werden, dann knüpft dies an Einstellungen an, die nicht erst in den „Corona-Protesten“ entstanden sind (vgl. Berlin-Monitor). Eine diffuse, aber rigorose Protesthaltung gegen politische Entscheidungsträger\*innen, oft mit antisemitischer Codierung, sowie eine generelle Ablehnung von oder Distanz zu demokratischen Prinzipien und Verfahren ist zunehmend zur Klammer eines Milieus geworden, in dem offen rechtsextreme mit verschwörungsideologischen Einstellungen zusammentreffen.“ (Quelle: Belltower News: „Berlin – Gesellschaftliche Krisen als kontinuierlicher Stresstest“, 06.01.2023, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.)

### **Aktuelle Entwicklung von Rassismus und der extremen Rechten im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und Berlin**

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf spiegeln sich diese Themen ebenfalls wieder, natürlich auch im Zusammenspiel mit Entwicklungen in anderen Bezirken oder gesamt Berlin.

Die Berliner Registerstellen verzeichneten mit 4.156 Vorfällen für das Jahr 2022 einen Rückgang von ca. 700 Vorfällen und damit 14 Prozent weniger gegenüber dem Vorjahr. Für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf erfasst die Statistik des bezirklichen Registers 365 Vorfälle, womit die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr (241 Vorfälle) gestiegen sind. Damit befindet sich der Bezirk berlinweit an dritter Stelle nach Mitte (758 Fälle) und Lichtenberg (534 Fälle). Laut dem Jahresbericht des bezirklichen Registers Marzahn-Hellersdorf waren rechte Selbstdarstellung (155 Fälle – Vor-

jahr: 68) und Rassismus (61 Fälle – Vorjahr: 59) die häufigsten Tatmotive. Knapp dahinter, an dritter Stelle, folgt das Tatmotiv Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS mit 60 gemeldeten Fällen (Vorjahr: 49). Mehr dazu im entsprechenden Beitrag der Registerstelle.

Ein wichtiger Akteur der Rechten im Bezirk ist nach wie vor die AfD. Bei der Wahlwiederholung im Februar 2023 konnte die AfD Gewinne verzeichnen. In „Marzahn-Hellersdorf 1“ und „Marzahn Hellersdorf 3“ gewann die AfD bei Erst- und Zweitstimmen und holte somit zum dritten Mal in Folge zwei Mandate (Gunnar Lindemann und Jeanette Auricht) für das Berliner Abgeordnetenhaus und kann im Bezirk darüber hinaus voraussichtlich in der verbleibenden Legislatur einen Stadtrat und den\*die stellvertretende\*n Bezirksbürgermeister\*in stellen (Ausführliche Wahlanalyse siehe: <https://koordinierungsstelle-mh.de/berlin-wahl-2023-so-hat-marzahn-hellersdorf-gewählt-wahlanalysen-statistiken-meinungen-und-presseschau/>).

Das Wahlergebnis bedeutet für die demokratisch orientierten Teile der Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf, dass es auch zukünftig notwendig bleibt, der AfD inhaltlich entgegenzutreten und aktiv eigene, solidarisch inklusive Standpunkte zu vertreten. Zudem bleibt auch der Bedarf ei-

ner nachhaltigen Auseinandersetzung mit anderen Themen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie z.B. tagtäglichem Rassismus und LGBTQ\*-Feindlichkeit bestehen.

In keinem anderen Berliner Bezirk ist die neonazistische Kleinstpartei „III. Weg“ so aktiv wie in Marzahn-Hellersdorf. Dabei geht es der Partei nicht darum, gewählt zu werden. Stattdessen verfolgt sie eine Strategie der lokalen Organisierung, um auf der Straße Präsenz zu zeigen und Orte für sich zu vereinnahmen. In diesem Jahr klebten die Anhänger vom „III. Weg“ nahezu wöchentlich Plakate und Aufkleber. Regelmäßig hinterließen sie großflächige rechte Graffiti. Außerdem bedrohten Aktivist\*innen der neonazistischen Kaderpartei wiederholt politische Gegner\*innen. Die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf organisierte deshalb Anfang Dezember 2022 zusammen mit Kolleg\*innen der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) eine Informationsveranstaltung in der JFE Anna Landsberger unter dem Motto „Der „III. Weg“ in Marzahn-Hellersdorf - Aktivitäten der Neonazipartei und Gegenstrategien“. Eine Wiederholung der Veranstaltung im kommenden Jahr ist angedacht.

## Marzahn-Hellersdorf beschreitet gemeinsame Wege aus der multiplen Krise

Sehr viele Bürger\*innen von Marzahn-Hellersdorf haben sich 2022 aktiv zivilgesellschaftlich eingebracht: egal, ob im Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf, in den Nachbarschaften (z.B. im Rahmen des Projekts „Solidarischer Kiez an der Poelchaustraße“), in der Kiezgruppe gegen Rassismus Marzahn, bei der Unterstützung geflüchteter Menschen, in den Stadtteilzentren, bei Suppenküchen oder anderen Aktivitäten. Es war beeindruckend, wie viele Personen sich durch gegenseitige Hilfe unterstützt haben.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz konnte wieder viele eigene Formate erfolgreich umsetzen wie u.a. Nachbarschaftsfeste (Marzahner Nachbarschaftsfest, Schöner Leben ohne Nazis, Stiller Advent), Gedenkaktivitäten (dezentrales Stilles Gedenken zum internationalen Holocaustgedenktag bis hin zum Gedenken an die Novemberpogrome) oder beispielweise zusammen mit der Kiezgruppe gegen Rassismus Marzahn einen mittlerweile etablierten bezirksweiten Subbotnik zum internationalen Tag gegen Rassismus.

Ebenso waren kulturelle Veranstaltungen wie das „Respekt und Neugier Festival“ und die „Interkulturellen Tage“ für das Zusammenkommen sehr wichtig. Mit der bereits zum dritten Mal stattgefundenen „Marzahn-Pride“ hat sich mittlerweile ein wichtiges Zeichen für die Sichtbarmachung der LGBTQ\* Community verstetigt. Die bezirkliche Queerbeauftragte Vanessa Krahn organisiert die Schaffung eines Queerbeirates und setzt sich für die Einrichtung eines Regenbogenzentrums ein. Hier ist momentan einiges in Bewegung.

Zudem fand im Jahr 2022 erstmals das Nachbarschaftsfest „Cotti für Alle“ in Hellersdorf statt, um die Nachbarschaften vor Ort besser zu vernetzen und den Raumergreifungsstrategien des neonazistischen „III. Weges“ mit Musik, Workshops und politischer Bildung aktiv solidarische Impulse entgegenzusetzen. Das Format soll auch 2023 fortgesetzt werden.

Auf der Ebene der vom Senat geförderten Programme wie BENN (Berlin entwickelt neue Nachbarschaften), Quartiersmanagement und anderen Projekten, konnte die Arbeit im Jahr 2022 erfolgreich fortgeführt werden. Es wurden wieder diverse Veranstaltungen und Aktionen konzipiert und durchgeführt, um das nachbarschaftliche



Rosen für Clara am 8. März 2022 im Clara Zetkin Park in Marzahn-Nord

Miteinander zu stärken und solidarische Strukturen zu fördern. Es entstanden beispielsweise im Sozialraum rund um die Marzahner Promenade neue Kooperationen und die „UnbezahlBar“, welche Nachbar\*innen Raum für Austausch und Entlastung in Zeiten zunehmender Existenzsorgen bietet: Neben Second-Hand-Kleidung und weiteren Gegenständen, gibt es Heißgetränke, Brettspiele und eine Sozialberatung - und alles kostenlos.

Auch die Nachbarschaftszentren und die Nachbarschaftsgärten haben einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, das soziale Miteinander kontinuierlich zu unterstützen, indem sie Orte für alltägliche Begegnungen und Austausch bereitgestellt und niedrigschwellige Angebote für die Nachbarschaft gemacht haben.

Um einen inklusiven und solidarischen Weg aus der aktuellen multiplen Krise zu finden, ist der von uns als Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung in Kooperation mit weiteren Mitstreiter\*innen in den vergangenen Jahren angeschobene Ansatz in den Kiezen von Marzahn-Hellersdorf („Solidarische Kieze“) eine von unten, von den Menschen kommende Lebensweise des friedlichen und sozialen Miteinanders zu entwickeln, weiterhin eine gute Grundlage für eine sich verstetigende Demokratieentwicklung. Hierfür benötigen wir auch weiterhin das aktive Zusammenspiel von Nachbarschaftsinitiativen, sozialen Trägern und Netzwerken, sowie Vereinen.

### Inhaltsübersicht zum Demokratiebericht

Der Demokratiebericht Marzahn-Hellersdorf erscheint bereits zum fünften Mal in Kooperation mit der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf (pad gGmbH), dem Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf sowie den beiden externen Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf (SPI).

Im ersten Teil stellt das bezirkliche Register die Fallzahlen für das Jahr 2022 und wirft einen Blick auf die wesentlichen Entwicklungen.

Der Schwerpunkt im zweiten Teil liegt auf praktischen Beispielen aus der Demokratiearbeit. Deutlich wird, wie vielfältig die Aktivitäten der Zivilgesellschaft, der sozialen Träger und Einrichtungen vor Ort sowie dem Bezirksamt wieder waren: Jede\*r kann einen aktiven Beitrag leisten!

Die Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf sowie das bezirkliche Integrationsbüro berichten ausführlich über die zahlreichen Aktivitäten zur Stärkung der demokratischen Kultur bzw. zur Integrations- bzw. Inklusionsarbeit u.a. für Menschen mit Fluchterfahrungen in unserem Bezirk. Erstmals stellt die seit 2022 im Amt befindliche Beauftragte für Queer, Städtepartnerschaften und freiwilliges Engagement, Vanessa Krahn, ihre wichtige Arbeit vor. Außerdem berichtet Annika Eckel über die Arbeit der Fach- und Netz-

werkstellen in Ostberlin in den vergangenen 20 Jahren. Zudem gibt es spannende Interviews zu verschiedenen Themen, Buchvorstellungen, Berichte von unseren bezirklichen Demokratiefesten, verschiedene Beiträge zum Schwerpunktthema Klassismus und vieles mehr.

Im letzten Teil des Berichtes werden – wie auch in den vergangenen Jahren - aus den aktuellen bezirklichen Entwicklungen und den im Bericht dargestellten zivilgesellschaftlichen Strukturen und Aktivitäten Schlussfolgerungen für die weitere Demokratieentwicklung und Handlungsideen vorgestellt.

Um eine Übersicht über die vielfältigen demokratischen Aktivitäten im Bezirk zu leisten und um möglichst viele Bürger\*innen und Akteur\*innen zu weiterem Engagement zu motivieren, soll der Demokratiebericht als Handwerkszeug für Engagierte auch dieses Jahr einen kleinen Beitrag leisten.

Die Redaktion des Demokratieberichtes bedankt sich ausdrücklich bei allen, die an diesem Bericht mitgewirkt haben. Ohne ihre aktive Unterstützung wäre dies nicht möglich gewesen.

### Viel Spaß beim Lesen

Moritz Marc und Theresa Uhlig

(Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf), April 2023



# Auswertung des Registers zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf 2022

## Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf

### Die Registerstelle

Auf den folgenden Seiten wird die Auswertung der Registerstelle Marzahn-Hellersdorf für das Jahr 2022 wiedergegeben. Die Registerstelle erfasst und dokumentiert extrem rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk. Dazu zählen neben Angriffen, Sachbeschädigungen oder Bedrohungen auch Propagandavorkommen, die sich unter der Strafbarkeitsgrenze befinden oder Vorfälle, die nicht zur polizeilichen Anzeige gebracht wurden. Es handelt sich demzufolge um ein Monitoringprojekt zur umfassenden Analyse extrem rechter und diskriminierender Aktivitäten. Die Registerstelle erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, ein allumfassendes Monitoring des Bezirks (und Internets) ist nicht möglich. Es ist daher von einer Dunkelziffer auszugehen. Die Registerstelle ist abhängig von Melder:innen aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Danke an alle, die bereits jetzt regelmäßig ihre Beobachtungen und Erfahrungen mitteilen!

Die Dokumentation der Vorfälle dient dazu, Diskriminierung und Aktivitäten auf lokaler Ebene sichtbar zu machen. Durch dieses Wissen kann nachvollzogen werden, an welchen Orten es besonders viele rechte Aktivitäten gibt. Dadurch können zivilgesellschaftliche und demokratische Akteurinnen und Akteure ihre Maßnahmen besser darauf anpassen.

### Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf

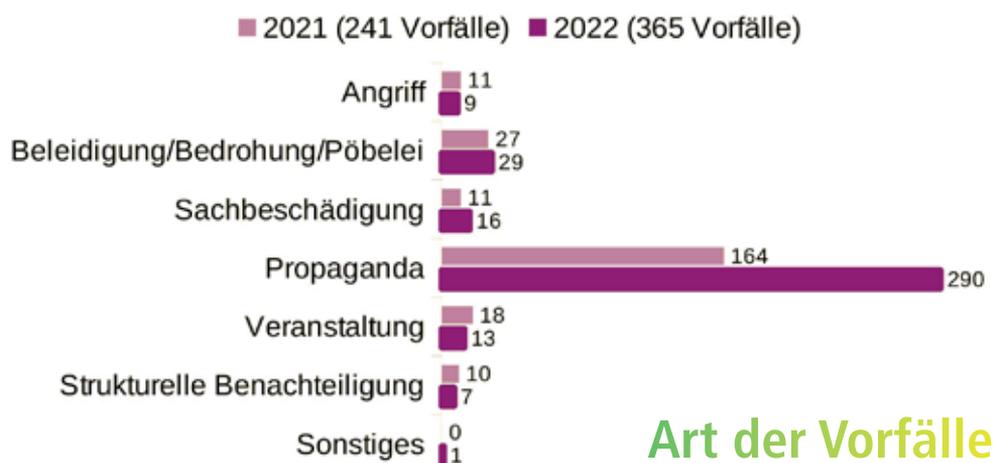
Marzahn-Hellersdorf liegt am östlichen Rand von Berlin. Der Bezirk hat rund 290.000 Einwohner:innen und weist in seinen neun Regionen (Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte, Marzahn-Süd, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Süd) jeweils unterschiedliche Strukturen auf. Neben dem Standort des größten zusammenhängenden Plattenbaugebiets Europas ist Marzahn-Hellersdorf auch einer der grünsten Berliner Bezirke, was nicht nur an den „Gärten der Welt“ liegt. Zudem prägen an anderen Stellen große Einfamilienhaussiedlungen das Erscheinungsbild des Bezirks. In Bezug auf extrem rechte und diskriminierende Aktivitäten gibt es im Bezirk seit Jahren Versuche zur Etablierung eigenständiger Szenen. Insbesondere zwischen 2013 und 2016 wiesen diese ein vergleichsweise hohes Mobilisierungspo-

tenzial mit rassistischen Themensetzungen auf. In den Folgejahren sank die Zahl rechter Mobilisierungen, dahingegen stieg die Zahl extrem rechter Propaganda im Straßenbild.

### Jahresübersicht 2022

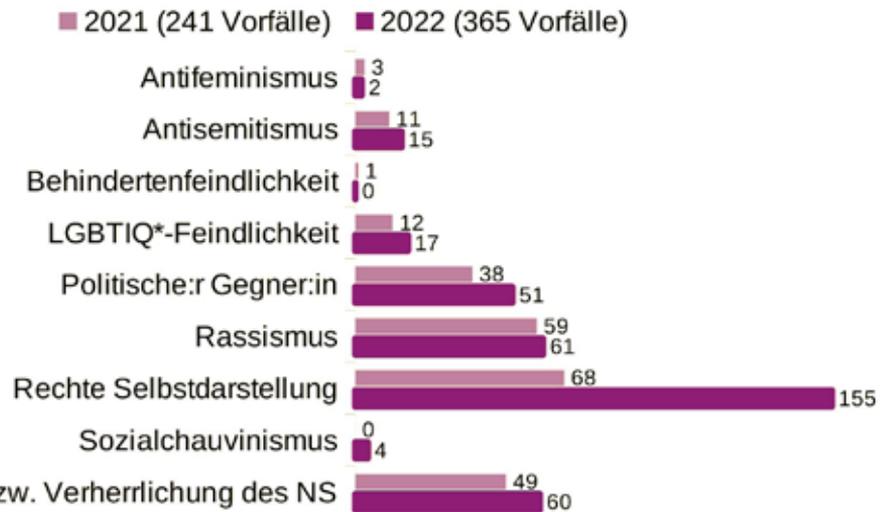
Die Zahl der gemeldeten Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf ist mit 365 im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr (241 Vorfälle) erheblich gestiegen. Für diese Entwicklung sind in erster Linie zwei Ursachen zu nennen: Zum einen nahm die Propaganda der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ erheblich zu. Zum anderen wurde das Melder:innennetzwerk des Registers weiter ausgebaut und neue Zielgruppen erschlossen.

In den Jahren 2015 und 2016 bewegten sich die Gesamtzahlen der Meldungen bereits auf ähnlich hohem Niveau. In dieser Zeit ließen sich allerdings vollkommen



andere Arten von Vorfällen beobachten: Es handelte sich vormal um eine Vielzahl von rechtsmotivierten Angriffen und Bedrohungen sowie Versammlungen im Zusammenhang mit rassistischen Mobilisierungen gegen Unterkünfte für Geflüchtete. Die Zahlen in diesen Kategorien nahmen seit 2016

## Motiv der Vorfälle



kontinuierlich ab. Mit Beginn der Coronapandemie im Frühjahr 2020 nutzten rechte Akteurinnen und Akteure die Thematik für verschwörungsideologische Demonstrationen, wodurch es in den vergangenen zwei Jahren erneut zu einem leichten Anstieg bei Veranstaltungen kam.

Im Gesamtjahr 2022 ließen sich insgesamt überwiegend Vorfälle unter der Strafbarkeitsgrenze beobachten: Die Gesamtzahl der Vorfälle stieg vor allem durch die massive Neonazi-propaganda im Bezirk, wohingegen körperliche und verbale Attacken nicht mehr in der Massivität wie noch in den Jahren 2015 und 2016 gemeldet wurden.

Auffallend im Jahr 2022 war die massive Zunahme der Meldungen ab April. Ausschlaggebend für den Anstieg der Vorfälle war eine Werbekampagne vom „III. Weg“ in Marzahn-Hellersdorf. Mit Plakaten, Aufklebern, auf Brücken angebrachten Transparenten und Graffiti bewarben sie einen Neonaziaufmarsch, der am 1. Mai in Sachsen stattfand.

Bereits im Herbst 2021 war eine verstärkte Präsenz der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ im Bezirk wahrzunehmen, die sich im gesamten Jahr 2022 fortsetzte. Da die Propaganda zumeist schnell entfernt wurde, blieben die Versuche, Dominanz im öffentlichen Straßenbild zu zeigen, in großen Teilen des Bezirkes unbeachtet.

### Auswertung nach Art der Vorfälle

Die Zahl der gemeldeten Angriffe (2021:11; 2022:9), Veranstaltungen (2021:18; 2022:13) und strukturellen Benachteiligungen (2021:10; 2022:7) ist im Vergleich zum Jahr 2021 leicht gesunken.

Nachdem die gemeldeten Angriffe zu Beginn der Coronapandemie im Jahr 2020 zunächst leicht angestiegen sind (vgl. Grafik Seite 4), sind die Meldungen nunmehr zurückgegangen.

Im Jahr 2020 handelte es sich noch überwiegend um rassistisch motivierte Angriffe. 2022 wurden neben rassistischen Attacken auch zwei schwere Angriffe gegen obdachlose Menschen sowie drei Angriffe auf politische Gegner:innen gemeldet, wobei auch Minderjährige von den Taten betroffen waren. Einer der Angriffe auf politische Gegner:innen wurde von einem bekannten Neonazi-Aktivist:innen verübt, der mittlerweile dem Spektrum des „III. Wegs“ zugehörig ist. Der Aktivist organisierte in der Vergangenheit rassistische Demonstrationen im Bezirk und wurde wegen der Bedrohung ehrenamtlicher Helfer:innen einer Geflüchtetenunterkunft zu einer Geldstrafe verurteilt.

Anfang des Jahres gab es mehrere verschwörungsideologische Versammlungen durch Marzahn und Hellersdorf, an denen in unterschiedlicher Zusammensetzung Personen aus dem Spektrum von NPD, „III. Weg“ und AfD teilnahmen. Mitglieder des „III. Wegs“ verteilten auf mindestens einer der Versammlungen Propagandamaterial. Die größtenteils unwidersprochene Teilnahme zeigt eine besorgniserregende Tendenz der Normalisierung extrem rechter Strukturen auf Veranstaltungen, die sich selbst nicht in diesem Spektrum verorten. Neben der Teilnahme an den genannten Versammlungen führte der „III. Weg“ im Juni, November und Dezember sogenannte „Streifen“ durch. Dabei trugen die Neonazis einheitliche Kleidung mit ihrem Logo,

verteilten Flugblätter und inszenierten sich medial als Bürgerwehr. Auf diese Weise sollen Dominanzansprüche ausgestellt werden, wodurch entsprechende Orte für Betroffene von rechter Diskriminierung zu Angsträumen werden können.

Im April 2022 wurde bei einem russisch-nationalistischem Autokorso in Marzahn-Nord Shoa-relativierende Propaganda an einem Auto angebracht. Zu sehen war ein Davidstern mit der Aufschrift „Russe“. Das Beispiel zeigt, wie Antisemitismus wieder verstärkt als Erklärungsmuster gesellschaftlicher Krisen genutzt wird.

Einen leichten Anstieg gab es bei der Anzahl der gemeldeten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2021: 27; 2022: 29). Neben zahlreichen rassistischen Bedrohungen im Alltag (in der U-Bahn, einer Bankfiliale, bei einem Fußballspiel) wurden im vergangenen Jahr fünf LGBTIQ\*-feindliche Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien gemeldet. Hierbei handelt es einerseits um Anfeindungen im Rahmen der jährlichen Marzahn Pride, andererseits auch um Hasskommentare im Internet. Diese Entwicklung reiht sich in übergreifende gesellschaftliche Dynamiken ein. So gab es berlinweit zahlreiche Angriffe im Kontext von Pride-Veranstaltungen. Zu nennen ist ebenfalls die Tötung von Malte C. aus transfeindlichen Motiven während des CSD (Christopher Street Day) im vergangenen Jahr in Münster.

Neben LGBTIQ\*-feindlichen Vorfällen gab es mehrere Bedrohungen gegen politische Gegner:innen. Im Juli versuchten ca. zehn Anhänger des „III. Wegs“ eine Informationsveranstaltung, bei der Neonaziaktivitäten in Marzahn-Hellersdorf thematisiert

werden sollten, zu stören. Sie näherten sich in Parteikleidung dem Veranstaltungsort und bedrohten Personen, die sie in der Umgebung antrafen. Weitere Bedrohungen und Pöbeleien durch Neonazis fanden im Umfeld von Gedenkveranstaltungen statt. Auf diese Weise sollen zivilgesellschaftlich engagierte Menschen eingeschüchtert werden.

Zugenommen hat auch die Anzahl der Sachbeschädigungen (2021:11; 2022:16). Darunter zählten gesprühte Hakenkreuze (u.a. an einer Jugendfreizeiteinrichtung, in Wohnhäusern oder im öffentlichen Raum), die mutwillige Zerstörung oder Beschädigung von Gedenktafeln an Todesopfer rechter Gewalt, ein massiver rassistisch motivierter Angriff auf die Räume eines lokalen Unternehmens sowie ein Brandanschlag auf eine internationale Schule, der mutmaßlich in Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine steht.

Die gemeldeten Vorfälle von struktureller Benachteiligung waren ausschließlich antiziganistisch motiviert. Die benannten Vorfälle fanden in einem Fall in der Kasse eines Ladengeschäfts statt; in allen weiteren Fällen in Marzahn-Hellersdorfer Behörden. Aufgrund von Vorurteilen gegenüber Sinti:zze und Rom:nja werden den Betroffenen so systematisch die Möglichkeiten zu einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe genommen.

Die größte Zunahme von Vorfällen verzeichnet die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2022 im Bereich der Propaganda. Hierbei ist vor allem die verstärkte Aktivität des neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ als Ursache zu benennen. 159 der 290 gemeldeten Propaganda-Vorfälle, das ist über die Hälfte, stehen im Zusammenhang mit dem „III. Weg“. Es zeigt sich, dass der Bezirk ein Aktionsschwer-

punkt der Neonaziorganisation ist (vergleiche Seite 13), u.a. weil dort viele Parteimitglieder wohnhaft sind.

### Auswertung nach Inhalt der Vorfälle

Das vermehrte Aufkommen von Propaganda der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ spiegelt sich auch in der inhaltlichen Zuordnung der Vorfälle wider.

Vor allem die Anzahl der erfassten Vorfälle der Kategorie „Selbstdarstellung rechter Akteurinnen und Akteure“ ist angestiegen (2021:68; 2022:155), beispielsweise durch Sticker, Plakate und Graffiti mit Werbung für extrem rechten Gruppen, Parteien oder Internetseiten. 119 der Vorfälle von rechter Selbstdarstellung, also rund drei Viertel, sind allein dem Umfeld des „III. Wegs“ zuzurechnen.

Gestiegen ist ebenfalls die Anzahl NS-verharmlosender und -verherrlichender Vorfälle (2021:49; 2022:60).

Neben Schmierereien, die extrem rechte Zahlencodes (z.B. „88“, was als Abkürzung für den achten Buchstaben im Alphabet, also „Heil Hitler“, benutzt wird) zeigten, wurden 24 geschmierte Hakenkreuze gemeldet. Im Vergleich dazu wurden 2021 nur halb so viele Hakenkreuz-Schmierereien (12) registriert.

Ein Anstieg ist darüber hinaus auch bei den antisemitischen (2021:11; 2022:15) Vorfällen zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich größtenteils um antisemitische Propaganda vom „III. Weg“ oder von Versandanbietern, die neonazistische Propaganda vertreiben. Im August 2022 wurde in Marzahn ein Mann dabei beobachtet, wie er vor der Gedenk-Stele zu Ehren von Dorothee und Harald Poelchau pöbelte. Der Mann schrie lautstark antisemitische Verschwörungsmen und rief dabei zum Mord an Jüdinnen und Juden auf. Anschließend bespuckte er die Stele, zog einen spitzen

Gegenstand aus seiner Tasche und beschädigte das Denkmal.

Bei den LGBTIQ\*-feindlichen (2021:12; 2022:17) Vorfällen ist, trotz des bereits erfassten Anstiegs, eine hohe Dunkelziffer zu vermuten. Im Laufe des Jahres meldeten sich wiederholt Betroffene, die von Transfeindlichkeit im Bezirk berichteten. Diese Vorfälle wurden nicht von der Registerstelle dokumentiert, weil Betroffene sich entweder von den Tätern eingeschüchtert fühlten oder aber die Vorfälle als derart alltäglich und häufig beschrieben, dass sie selbst nicht mehr die genauen Daten und Situation aufzählen konnten. Im Jahr 2023 soll deshalb ein Fokus auf das Monitoring von LGBTIQ\*-feindlichen Vorfällen gelegt werden, um die Dunkelziffer zu erhellen.

Die Anzahl gemeldeter rassistischer Vorfälle ist relativ konstant (2021:59; 2022:61).

Auch hier muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da Betroffene von einer „Alltäglichkeit“ sprechen, die dazu führt, dass die Meldebereitschaft sinkt.

Die Vorfälle gegen politische Gegner:innen sind hingegen angestiegen (2021:38; 2022:51). Hierzu zählt auch die wiederholte Diffamierung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf durch Vertreter der AfD. Dabei wird die Arbeit vom Demokratiebündnis u.a. dadurch diskreditiert, in dem es durch Falschbehauptungen in die Nähe von Straftaten gerückt wird.

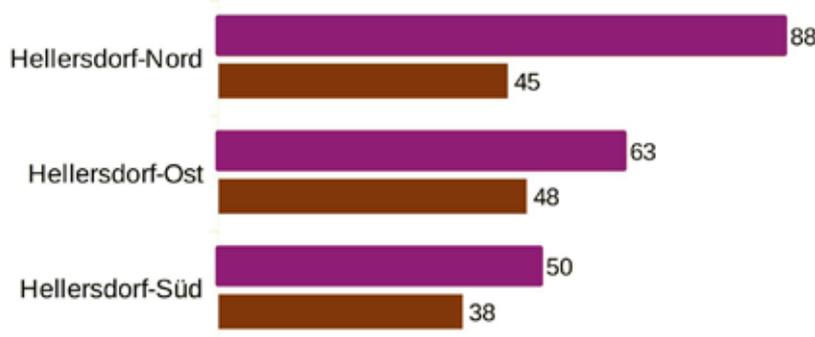
Letztlich ist auch der Anstieg sozialchauvinistischer Vorfälle zu erwähnen (2021:0; 2022: 4). Im Februar 2022 wurde ein obdachloser Mann in Kaulsdorf mit einem Gürtel geschlagen. Ein weiterer obdachloser Mann wurde im November 2022 von mehreren Personen an seinem Schlafplatz in Hellersdorf-Süd attackiert und schwer verletzt.

### Auswertung nach Ort der Vorfälle

Wie schon in den Vorjahren fanden nahezu alle dokumentierten Vorfälle, unabhängig von Art und Inhalt, im Jahr 2022 im öffentlichen Raum statt. Lokale Schwerpunkte der Meldungen im Gesamtbezirk Marzahn-Hellersdorf sind in den Großsiedlungen in Hellersdorf-Nord (2021:52; 2022:88), Hellersdorf-Ost (2021:13; 2022:63) und Hellersdorf-Süd (2021:26; 2022:50).

## Ort der Vorfälle

- Gesamte Anzahl der Vorfälle in Hellersdorf-Nord, -Ost und -Süd im Jahr 2022
- Vorfälle in Hellersdorf-Nord, -Ost und -Süd mit Bezug zum "III. Weg"



Das liegt nicht nur daran, dass es in diesen Bezirksregionen eine höhere Bevölkerungsdichte und mehr öffentliche Infrastruktur als in anderen Bezirksteilen gibt. In den drei Hellersdorfer Regionen ist neben der vergleichsweise hohen Anzahl extrem rechter und diskriminierender Vorfälle auch ein starker Anstieg der Vorfallmeldungen im Vergleich zum Vorjahr zu erkennen. Dieser Anstieg steht im Zusammenhang mit den Aktivitäten des „III. Wegs“. 176 aller 365 gemeldeten Vorfälle aus dem Gesamtjahr 2022, das ist rund die Hälfte aller Meldungen, stehen im Zusammenhang mit dem „III. Weg“. Davon sind 131 allein in Hellersdorf-Nord, -Ost und -Süd verzeichnet.

Schwerpunktregionen des „III. Wegs“ sind die Gebiete um den Alice-Salomon-Platz, den Cottbusser Platz, die Neue Grottkauer Straße und den Boulevard Kastanienallee. Aufgrund der Menge und der immer gleichen Standorte gehen Expert:innen im Bezirk davon aus, dass einzelne Aktivistinnen und Aktivisten der Partei die Propaganda vor allem im Alltag in ihren Wohnumfeldern verteilen.

Die bezirklichen Siedlungsgebiete Mahlsdorf (2021:4; 2022:18), Kaulsdorf (2021:8; 2022:19) und Biesdorf (2021:16; 2022:22) weisen im Vergleich zu den Großsiedlungen niedrigere Fallzahlen auf. Allerdings lässt sich auch dort eine Zunahme der Vorfälle feststellen. Dies lässt sich u.a. mit der Erschließung neuer Melder:innen in den Regionen begründen.

In Mahlsdorf kommt hinzu, dass im Laufe des Jahres wiederholt Propaganda vom „III. Weg“ im Umfeld der Tram-Haltestelle Rosegger Straße festgestellt wurde. Im Umfeld der Chemnitzer Straße in Kaulsdorf wurden wiederholt Schmierereien oder Aufkleber festgestellt, die den Nationalsozialismus verherrlichten und einen „Nazi Kiez“ propagieren.

In Biesdorf tauchten wiederholt Aufkleber des „III. Wegs“ am Elsterwerdaer Platz auf. In Marzahn-Mitte (2021:60; 2021:44) und Marzahn-Nord (2021:17; 2022:8) sind die Vorfälle stark zurückgegangen. Das lässt sich u.a. damit begründen, dass die Schriftzüge mit der Aufschrift „SKINS“ (mit doppelter Sig-Rune) zurückgegangen sind, weniger verschwörungsideologische Veranstaltungen stattfanden, die Aktivitäten vom „III. Weg“ in den Regionen zurückgingen und keine diskriminierenden Wortbeiträge in der Bezirksverordnetenversammlungen gemeldet wurden.

In Marzahn-Süd (2021:27; 2022:35) sind die Vorfälle allerdings gestiegen. Hierbei handelte es sich vor allem um wiederholte Neonazi-propaganda entlang der Poelchaustraße und zahlreiche Hakenkreuz-Schmierereien. Weiterhin gab es zwei Vorfälle im Umfeld einer internationalen Schule in Marzahn-Süd, die mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine in Verbindung standen.

## Rechte Parteien und Gruppen

### Der „III. Weg“

Rund die Hälfte aller Meldungen (176 von insgesamt 365) aus dem Jahr 2022 stehen im Zusammenhang mit der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“. Die meisten davon, 131 an der Zahl, sind allein in Hellersdorf-Nord, -Ost und -Süd erfasst worden. Selbst im berlinweiten Vergleich entfaltete der „III. Weg“ in Hellersdorf die meiste Aktivität.

Das hat mehrere Ursachen: Zum einen ist durch die „Alltäglichkeit“ und die immer gleichen Orte der Vorfälle (vergleiche Seite 11) davon auszugehen, dass es sich hierbei nicht immer um gezielte Aktivitäten der Gruppierung handelt, sondern um einzelne Aktivistinnen und Aktivisten, die in ihrem Wohnumfeld und auf Arbeitswegen Propaganda verteilen. Zum anderen werden Mitglieder der Jugendgruppierung des „III. Wegs“ (der „Nationalrevolutionäre Jugend“, NRJ) im Bezirk an verschiedene Aktivitäten herangeführt.

So wurden im Laufe des Jahres wiederholt Graffiti, auch unter Einbeziehung jugendlicher Neonazis, im Bezirk angebracht, Zusammenkünfte für Gruppenfotos abgehalten, Sportübungen gemacht, Informationsstände durchgeführt, Transparente an Brücken aufgehängt, Flyer verteilt und sogenannte „Streifen“ (vergleiche Seite 6) abgehalten, um rechte Dominanzansprüche auszustellen. Es ist davon auszugehen, dass der Grund für die hohe Anzahl koordinierter Gruppen-Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf die Ansässigkeit vieler Berliner Parteikader im Bezirk ist. Einige der Jugendlichen der NRJ waren in der Vergangenheit an überregionalen Ausflügen und an Bedrohungen sowie Angriffen auf politische Gegner:innen beteiligt. Viele von ihnen kommen aus neonazistischen Elternhäusern, wodurch davon auszugehen ist, dass sie trotz des jungen Alters über ein geschlossenes extrem rechtes Weltbild verfügen.

Der „III. Weg“ kann nicht als klassische Partei betrachtet werden, denn die Gruppierung strebt politische Veränderung nur bedingt über demokratische Beteiligung in den (Bezirks-) Parlamenten an. Für die vergangenen Wahlen in Berlin reichte sie demzufolge auch keine Wahlvorschläge ein. Stattdessen wird (bisher erfolglos) versucht, eine „nationalrevolutionäre“ Bewegung zu organisieren. Die Parteistrukturen dienen dabei vor allem als legaler Sammelpunkt für Neonaziaktivistinnen und -aktivisten. Dies gilt insbesondere nach dem Verbot vieler Neonazigruppierungen.

### Die NPD

Die Aktivitäten der NPD sind im Gegensatz zum „III. Weg“ deutlich zurückgegangen (insgesamt 15 Vorfälle im Jahr 2022, 2019 waren es noch 34). In den vergangenen Jahren nahm ihre Aktivität stetig ab, sodass sich aktuell nur noch vereinzelt Propaganda der Neonazipartei wahrnehmen lässt. Versammlungen und Informationsstände wurden im Jahr 2022 nicht mehr, wie noch in den Jahren zuvor, von der NPD in Marzahn-Hellersdorf durchgeführt. Dies liegt vor allem daran, dass ehemalige Personen aus dem Spektrum der NPD zum „III. Weg“ übergelaufen sind.

### Die AfD

In Marzahn-Hellersdorf erhielt die AfD im berlinweiten Vergleich bei der Wiederholungswahl im Februar 2023 die höchsten Wahlergebnisse. Im Bezirk gewann sie die einzigen beiden Direktmandate der Stadt. In einigen Wahllokalen in Hellersdorf-Nord und Marzahn-Nord erhielt die Partei über 40%, wobei die Wahlbeteiligung in ebendiesen Orten sehr gering war (zumeist unter 30%). Das Marzahn-Hellersdorfer Register dokumentierte 2022 elf Vorfälle mit Bezug zur AfD. Dabei handelt es sich in acht Fällen um diskriminierende Propaganda und Pöbeleien im Internet, in zwei Fällen um Einwurfsendungen in Briefkästen mit diskriminierenden Inhalten und in einem Fall um eine Veranstaltung mit einem Redner des ehemaligen völkisch-nationalistischen Höcke-„Flügels“ der Partei. Weitere Veranstaltungen des Marzahn-Hellersdorfer AfD-Verbands mit ehemaligen Vertreterinnen und Vertretern des „Flügels“ sowie weiteren extrem rechten Gästen fanden im benachbarten Hönow (Brandenburg) statt, weshalb sie nicht von der Auswertung der Registerstelle erfasst

wurden. Der „Flügel“ der AfD löste sich im Frühjahr 2020 auf, nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz ihn als „gesichert rechtsextremistisch“ einstufte und unter Beobachtung stellen wollte. Die ehemaligen Protagonistinnen und Protagonisten des „Flügels“ organisieren seitdem weiterhin Veranstaltungen mit gleichen Inhalten und Gästen, allerdings nicht mehr unter dem Namen „Flügel“. In den Berliner Strukturen des „Flügels“ spielte der AfD Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf eine wichtige Rolle, da dieser mehrfach Veranstaltungen mit den führenden Köpfen der Gruppierung organisierte und die langjährige Vorsitzende des Bezirksverbandes die Berliner „Flügel“-Obfrau war. Zu Beginn des Jahres 2022 nahmen Vertreter der AfD an verschwörungsideologischen Protesten im Bezirk Marzahn-Hellersdorf teil, bei denen teilweise auch Anhänger:innen extrem rechter Gruppen und Parteien anwesend waren. Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass sich die AfD in ganz Berlin in den letzten Jahren ideologisch weiter nach rechts entwickelt hat. Da Marzahn-Hellersdorfer Parteimitglieder in Führungspositionen des Landesverbandes aktiv sind und waren, dürften sie daran einen Anteil haben.

### Zusammenfassung und Ausblick

Die Entwicklungen im Jahr 2022 zeigen, dass der Anstieg extrem rechter Aktivitäten im Bezirk Marzahn-Hellersdorf maßgeblich auf die hohe Aktivität des „III. Wegs“ zurückzuführen ist. Die Vorfälle mit Bezug zum „III. Weg“ sind größtenteils in den Hellersdorfer Regionen zu verzeichnen, weshalb davon auszugehen ist, dass die Aktivitäten auch auf alltäglichen Wegen stattfinden. Viele Protagonisten der Jugendgruppe des „III. Wegs“ kommen aus neonazistischen Elternhäusern, weshalb die meisten von ihnen höchstwahrscheinlich über ein geschlossenes neonazistisches Weltbild verfügen.

Die älteren Aktivistinnen und Aktivisten führen verstärkt Partei-Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf durch, um Mitglieder der Jugendgruppe an diverse Aktionsformate heranzuführen. Personen aus dem Spektrum der neonazistischen NPD wechselten im vergangenen Jahr zum „III. Weg“, wodurch der Trend in der Neonaziszene weg vom Anstreben parlamentarischer Politik hin zu Aktivitäten auf der Straße geht. Dies zeigte sich auch im Bezirk.

Vor allem ein Mitglied der bezirklichen AfD fiel wiederholt durch diskriminierende und diffamierende Postings im Internet auf, wobei hier auch ein Schwerpunkt auf

politischen Gegner:innen lag. Mit Falschbehauptungen sollte gerade das „Bündnis für Demokratie“ in die Nähe von Straftaten gerückt werden.

Aktivitäten in Bezug auf die Corona-Pandemie sind im Bezirk nur noch wenig wahrnehmbar und zum Jahresende immer mehr gesunken. Einen Anstieg gibt es dahingegen bei Hakenkreuz-Schmierereien und Angriffen und Bedrohungen auf politische Gegner:innen. Es wurden zwei Angriffe auf Obdachlose registriert.

Bei der LGBTIQ\*-Feindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit ist eine hohe Dunkelziffer zu vermuten. Das Register Marzahn-Hellersdorf wird sich im folgenden Jahr darauf konzentrieren, dieses Dunkelfeld zu erhellen. Die konstant hohe Anzahl der gemeldeten Vorfälle zeigt weiterhin Handlungsbedarf für demokratische Akteurinnen und Akteure im Bezirk auf. Die Netzwerkarbeit des bezirklichen Registers hat dazu geführt, dass mehr Melder:innen aus unterschiedlichen Bezirksteilen gewonnen werden konnten.

Eine engagierte Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf und ihre Stärkung werden auch 2023 notwendig sein, um extrem rechten und diskriminierenden Aktivitäten im Bezirk entschlossen entgegenzuwirken.

## Exemplarische Vorfälle aus der Jahreschronik 2022

10. Januar 2022

### Propaganda vom „III. Weg“ in Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Süd

In den frühen Morgenstunden wurden Plakate von der neonazistischen Kleinstpartei rund um den Alice-Salomon-Platz, in der Hellersdorfer Straße und am Cottbusser Platz entdeckt und entfernt. Die Plakate wurden wenige Stunden vor einer Versammlung von Antifaschist:innen entlang der angemeldeten Strecke angebracht. Weiterhin wurden zahlreiche Aufkleber vom „III. Weg“ an Stromkästen in Hellersdorf-Süd entdeckt und entfernt.

Quelle: Augenzeug:in / Register Marzahn-Hellersdorf

15. April 2022

### Angriff auf dem Alice-Salomon-Platz

Am Nachmittag wurde ein Minderjähriger von drei Angehörigen der extrem rechten Szene angegriffen. Über zwei Stunden verfolgte die deutlich ältere Angreifergruppe den betroffenen Minderjährigen. Einer der Angreifer zog schließlich auf dem Alice-Salomon-Platz an der Kleidung des Betroffenen, schubste ihn, drückte ihn gegen einen Schaukasten, hielt ihn fest und schrie ihn an. Als Menschen eingriffen und die Polizei herbeigerufen wurde, verschwanden die Täter.

Quelle: Augenzeug:in / Register Marzahn-Hellersdorf

Die gesamte Chronik des Registers Marzahn-Hellersdorf finden Sie online unter:

<https://berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf>

Die Projekte „Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf“ und die externen Koordinierungs- und Fachstellen der „Partnerschaft für Demokratie Marzahn“ und „Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf“ sind bei dem Träger Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin angesiedelt.

Bei Fragen melden Sie sich gern bei [pfd-mh@stiftung-spi.de](mailto:pfd-mh@stiftung-spi.de) oder unter 030-99 27 50 98.

# Übersicht über durch die Partnerschaften geförderte Demokratieprojekte im Jahr 2022

Hannes Obens, Corinna Meukow und Chimara Chester  
Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf

## Die Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf und ihre Projekte 2022

Die Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf hat 2022 aus ihrem Aktions- und Initiativfonds neun spannende Projekte gefördert. Trotz der noch vorhandenen Corona-Einschränkungen konnten alle unten genannten Projekte umgesetzt werden. Von den geförderten Projekten wurden drei im Rahmen einer Aufstockung für Son-

derbedarfe im Kontext des Krieges in der Ukraine finanziert. Das Jugendforum Hellersdorf steht für alle jungen Menschen offen, die sich in Hellersdorf für Demokratie und Solidarität einsetzen möchten. 2022 wurde es fachlich und administrativ durch den Träger Roter Baum e. V. begleitet und in Höhe von 11.000 € gefördert. Der Fonds für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation und Vernetzung wurde unter anderem für die

Demokratiekonferenz genutzt. Diese fand 2022 in Form eines Workshops mit dem Titel „Diskriminierung? Wir doch nicht!“ statt. Umgesetzt wurde die Demokratiekonferenz in Kooperation mit der Aktion Zivilcourage e. V. und dem Playback Theater Berlin. Weitere Informationen zu der Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf und ihren Projekten finden Sie online unter: [demokratie-mh.de/partnerschaft-hellersdorf](http://demokratie-mh.de/partnerschaft-hellersdorf)

Projektname	Inhalt	Fördersumme	Träger
Schöner Leben ohne Nazis 2022	Das bezirkliche Demokratiefest feiert zum 14. Mal, das diesjährige Motto: „Weltoffen, solidarisch und vielfältig in Marzahn-Hellersdorf“.	11.000,00 €	Roter Baum Berlin UG
Glaube nicht alles, was du hörst	Workshops zu Verschwörungsmythen und Fact-Checking	12.920,00 €	Babel e. V.
Integration durch Begegnung	Partizipatives Gemeinschaftsprojekt für Begegnung in Hellersdorf Nord	12.280,00 €	KIDS & CO
Open Space am Hultschi - Vielfalt für den Sozialraum entdecken	Nachhaltige Vernetzung und Unterstützung nachbarschaftlicher Beziehungen durch partizipative Workshops mit dem Klangverstärkerfestival als Abschluss	5.000,00 €	pad gGmbH JFE Am Hultschi e. V.
Aktion Noteingang in Hellersdorf	Niedrigschwelliges und partizipatives Angebot zum Schutz von durch Gewalt betroffene Personen	6.800,00 €	KuDePo e. V.
Begegnungscafé in der Hellersdorfer Schenke	Vernetzung von Nachbar:innen und geflüchteten Menschen für einen diskriminierungssensiblen Safer Space	10.000,00 €	KuDePo e. V.
Unterstützung queerer Geflüchteter aus der Ukraine	Unterstützungsangebote in Form psychologischer Erstberatung und Kennenlernveranstaltungen für Geflüchtete	10.000,00 €	Quarteera e. V.
In 80 Speisen um die Welt	Interkulturelles Fest	2.000,00 €	SOS Kinderdorf
Aktionsfonds der Partnerschaften für Demokratie Hellersdorf	Fonds für Bürger:innen, die sich mit ihren Ideen einbringen wollen	12.000,00 €	Roter Baum Berlin UG
<b>Gesamt</b>		<b>82.000,00 €</b>	

## Die Partnerschaft für Demokratie Marzahn und ihre Projekte 2022

Die Partnerschaft für Demokratie Marzahn hat 2022 aus ihrem Aktions- und Initiativefonds zwölf spannende Projekte gefördert. Trotz der andauernden Corona-Einschränkungen konnten alle unten genannten Projekte umgesetzt werden. Drei der geförderten Projekte wurden im Rahmen einer Aufstockung für Sonderbedarfe im Kontext des Kriegs in der Ukraine finan-

ziert. Das Jugendforum Marzahn wurde 2022 fachlich und administrativ durch die Jugendfreizeiteinrichtung Roter Baum e. V. begleitet und in Höhe von 11.000 € gefördert. Dort können sich alle jungen Menschen beteiligen, die sich in Marzahn für Toleranz und Solidarität einsetzen möchten. Der Fonds für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation und Vernetzung wurde unter anderem für die Demokratiekonferenz genutzt, die 2022 mit dem Titel „Mitten in

der Krise: Wir müssen reden!“ stattfand. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Bündnis für Demokratie & Toleranz Marzahn-Hellersdorf und der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf umgesetzt und von einer Moderatorin begleitet. Weitere Informationen zu der Partnerschaft für Demokratie Marzahn und ihren Projekten finden Sie online unter:

[demokratie-mh.de/partnerschaft-marzahn](https://demokratie-mh.de/partnerschaft-marzahn)

Projektname	Inhalt	Fördersumme	Träger
Home Base	Partizipativ geschaffener „Safe Place“ zur Diskriminierungssensibilisierung ggü. LGBTQ*-Personen	3.000,00 €	JFE Treibhaus e. V. Agrarbörse Deutschland Ost e. V.
Solidarischer Kiez an der Poelchaustraße €	Entwicklung und Stärkung vielfältiger Angebote in den öffentlichen Grünanlagen zur Stärkung des nachbarschaftlichen Lebens	5.000,00€	Wuhletal gGmbH
„Respekt und Neugier“-Festival 2022 - music for human rights	Partizipatives Konzert- und Bühnenprogramm mit Workshopangebot mit Schwerpunkt queeres Leben	5.334,00 €	Roter Baum Berlin UG
Meine Meinung zählt! Politische Bildung mit Grundschüler_innen in Marzahn	Workshops zur Auseinandersetzung mit eigenen Bedürfnissen und Kommunikation an die Politik	6.000,00 €	Schlaglicht e. V.
Große „Klappe“	Kamera- und Filmworkshops für Empowerment und zur Diskriminierungssensibilisierung	3.000 €	Jugendzentrum Betonia Kinderring Berlin e. V.
Podcast Workshops von Frauen für Frauen€	Anleitung und Produktion von mehrsprachigen Podcasts im interkulturellen Kontext	5.000,00 €	radio connection e. V.
Talk with a gay	Youtube-Format mit Interviews von LGBTQ*-Personen zur Stärkung der Bezugsgruppe	6.000,00 €	The LGBT* life e. V.
Quids* - Queere Kids und Jugendliche in Marzahn und Umgebung	niedrigschwelliges Angebot zur Unterstützung von LSBTIQ+ Jugendlichen	9.000,00 € €	Dissens – Pädagogik und Kunst im Kontext gGmbH
Gemeinsam eins sein	künstlerische und interkulturelle Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche zur Stärkung von Toleranz und Umgang mit Rassismus	15.000,00 € €	Cabuwazi GrenzKultur gGmbH
Migrantinnen - aktiv!	Austausch von Frauen* mit und ohne Migrationserfahrung zu Rassismuskritik, Demokratie sowie Sprachcafé zum Deutschlernen	7.000,00 € €	HellMa/MiM e. V.
Informiert leben	Vorträge und Beratung zur Sensibilisierung für den Kontext des russischen Kriegs in der Ukraine	7.666,00 €	HellMa/MiM e. V.
Träger für Aktionsfonds für Kleinprojekte in Marzahn	Fonds für Bürger/innen, die sich mit ihren Ideen einbringen wollen	10.000,00 € €	Wir fördern Engagement e.V.
Gesamt		<b>82.000,00 €</b>	

# Beiträge des Integrationsbüros Marzahn-Hellersdorf zur Demokratieentwicklung

**Prof. Dr. Thomas Bryant (Bezirksbeauftragter für Partizipation und Integration), Susan Hermenau & Anne Jerzak (Koordination für Flüchtlingsfragen)**

Die ersten eineinhalb Monate des Jahres 2022 standen auch für unser Integrationsbüro noch immer unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Die inzwischen fast schon selbstverständlich gewordenen Telefon- und Videokonferenzen dienten dazu, mit den zahlreichen Akteuren im Bezirk sowie im berlinweiten Kontext beständig in Kontakt zu bleiben, gemeinsam neue Ideen zu entwickeln und integrationspolitisch relevante Projekte voranzubringen. Exemplarisch sei in diesem Zusammenhang die **Online-Plattform [www.hilfsangebote.de](http://www.hilfsangebote.de)** zu nennen. Es handelt sich dabei um ein mehrsprachiges Orientierungsportal für Unterstützungsangebote in Marzahn-Hellersdorf, das Ratsuchenden – ob mit oder ohne Migrationsgeschichte – ermöglicht, Abfragen zu einfachen Hilfestrukturen und Entlastungsangeboten in Marzahn-Hellersdorf in Wohnortnähe zu finden. Das von Ball e.V. erstellte und betriebene Portal existiert bereits seit vielen Jahren, wurde im Laufe des Jahres 2022 jedoch grundlegend überarbeitet.

Auch und gerade im Zuge der Corona-Pandemie hat das Integrationsbüro sehr eng mit dem Gesundheitsamt zusammengearbeitet. Um einzelne Themen (z.B. gesundheitliche Versorgung von geflüchteten Menschen, interkulturelle Öffnung der Pflegedienstleistungen) in Zukunft ressortübergreifend noch besser bearbeiten zu können, hat sich im Frühjahr 2022 eine neue **AG „Integration und Gesundheit“** gegründet. Sie kam im Berichtsjahr mehrfach amtsintern zusammen, stimmte sich aber auch mit externen Akteuren (z.B. „Ärzte der Welt e.V.“, „Willkommenskultur“-Projekte des „Integrationsfonds“) zu diversen Sachverhalten an der Schnittstelle zwischen Integrations-

Gesundheitspolitik ab.

2022 hatten in Berlin fast doppelt so viele Menschen Asyl beantragt wie im Jahr zuvor. Insgesamt zählte das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) 14.704 Asylanträge. Hinzu kamen mehr als 1.000 Geflüchtete, die über Sonderprogramme nach Berlin kamen, etwa besonders schutzbedürftige Syrer, viele davon nach Marzahn-Hellersdorf. Darüber hinaus fanden in Berlin etwa 60.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine eine neue Bleibe, die einen anderen Status als Asylbewerber haben. Damit nahm Berlin 2022 mehr Geflüchtete auf als in den Jahren 2015/2016, in denen schon einmal großer Zulauf herrschte. Ab Ende Februar 2022 war die Arbeit des Integrationsbüros in vielerlei Hinsicht geprägt durch die plötzlich einsetzende Fluchtbewegung aus der Ukraine.

Der bis dato regelmäßig stattfindende amtsinterne Pandemiestab wurde sodann um einen **Krisenstab Ukraine** ergänzt, der sich seinerseits in eine interne und in eine externe Runde (mit weiteren Akteuren, wie z.B. Migrantenorganisationen, Stadtteilzentren) aufteilte. Als im Zuge des andauernden Krieges klar wurde, dass auch die Sicherstellung der Energieversorgung hierzulande ein Problem darstellen könnte, wurden die drei großen Krisenthemen – Pandemie, Fluchtmigration und Energie – gebündelt in jeweils einem (internen und externen) Krisenstab zusammengefasst.

Ab Ende Februar trafen die ersten Menschen – meist Frauen mit ihren Kindern – aus den umkämpften Gebieten in der Ukraine ein. Lange Warteschlangen vor dem Amt für Soziales entstanden, weil die Zuständigkeit für Schutzsuchende aus der Ukraine zunächst bei den Bezirksämtern lag und erst im Sommer auf die Jobcenter übergang. Zahlreiche

Bürgerinnen und Bürger hatten sich entschlossen, Geflüchtete in den eigenen vier Wänden aufzunehmen und zu versorgen. Ihnen gilt unser großer Dank, denn es gab gar nicht ausreichend Unterbringungsplätze in den Geflüchtetenunterkünften oder den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe.

Doch ein Dach über dem Kopf ist lediglich der erste von vielen Schritten, die getan werden müssen, um Menschen tatsächlich willkommen zu heißen: Während die Zahl der Zufluchtssuchenden steil anstieg, mussten Kita- und Schulplätze, Begegnungen in der Nachbarschaft, aufsuchende Sprach- und Kulturmittlung, kundige Begleitung, Beratung und engagierte Ehrenamtliche gefunden werden. Erst im Laufe der kommenden Monate zeigte sich, dass viele Helferinnen und Helfer durch die Aufnahme geflüchteter Menschen im eigenen Zuhause sehr stark gefordert waren. Wir erhielten zahlreiche Anfragen zu diversen Einzelfällen, bei denen Personen aus dem sozialen Netz der Behörden gefallen waren und sich ohne Hilfe nicht mehr zurechtfinden. Auch die Antragstellung und die damit verbundene Auszahlung von Sozialleistungen gestaltete sich schwierig, weil die Ämter auf einen derart großen Zuzug schlichtweg nicht vorbereitet waren. Parallel war uns wichtig, die Anliegen von Asylsuchenden aus anderen Ländern dabei nicht aus dem Blick zu verlieren, da auch aus Afghanistan, Vietnam, Syrien, Moldau, Irak oder der Türkei weiterhin zahlreiche Menschen eintrafen, für die andere Regeln galten. So sehr wir die Neuerungen begrüßten, mit denen Bund und Land auf die Zugangssituation von Ukrainern reagierten, so schwierig war es, diese bisher ungekannte Flexibilität denjenigen zu vermitteln, die schon seit Jahren für Perspektiven wie

eine Arbeitserlaubnis, einen Aufenthaltsstatus, eine Wohnung oder einen Sprachkurs kämpften. Trotz dieses Ungleichgewichts erreichten uns viele schöne Nachrichten über Geflüchtete, die die Menschen aus der Ukraine mit offenen Armen willkommen hießen. Glücklicherweise kann unser Bezirk auf eine engagierte russisch- und ukrainischsprachige Community zählen, deren Migrantenorganisationen zusammen mit anderen Vereinen unsere Arbeit unterstützt haben, indem sie z.B. Informationsveranstaltungen organisierten. In Marzahn-Süd luden syrische Frauen in ihren Gemeinschaftsgarten, um dort mit ukrainischen Frauen zu gärtnern und dabei zu helfen, in der neuen Heimat anzukommen. In den Begegnungsorten „Frauencafé ROSA“ (Marzahner Promenade 45) oder „LaLoKa“ (Schneeberger Straße 9) wurden Sprachcafés, psychosoziale Beratung, Selbsthilfegruppen oder Kinderbetreuung initiiert. Der „Frauentreff HellMa“ wurde zum offiziellen „Unterstützungspunkt Ukraine“ in Marzahn, über den wichtige Kontakte und Informationen zusammenliefen. Die Projekte, die aus dem bezirklichen Integrationsfonds finanziert wurden, stellten sich kurzfristig auf die neuen Aufgaben ein. Das Integrationsbüro nahm dabei die Vogelperspektive ein, aus der wir die verschiedenen Bemühungen in den einzelnen Nachbarschaften und Kiezen, bei den Stadtteilzentren, Migrationsdiensten, Vereinen oder den Integrationslotsen, zusammenführten.

Spätestens im Herbst waren die ohnehin geringen Kapazitäten im Bezirk erschöpft. Arztpraxen konnten keine neuen Patienten mehr annehmen – erst recht nicht solche, die aufgrund langwieriger Antragsverfahren keine Krankenversicherungskarte vorzuweisen hatten oder kein Wort Deutsch sprachen. Zeitweise standen mehr als 300 schulpflichtige Kinder auf den Wartelisten für Willkommens- und Regelklassen, obwohl mehrere Schulen trotz Raum- und Personalmangel Platz schufen, wo es eigentlich gar keinen mehr gab. Engagierte Kitaträger ermöglichten zusätzliche Kontingente für ukrainische Kitakinder, dennoch blieb die Nachfrage gleichbleibend hoch. Ohne jedoch die Kinderbetreuung geregelt zu haben, können Eltern keinen Job annehmen; ohne Einkünfte bleiben sie abhängig von staatlichen Leistungen und behördlicher Unterbringung. Marzahn-Hellersdorf ist bei dieser Form der Unterbringung darauf angewiesen, dass die Verteilung gesamtstädtisch ausgeglichen erfolgt. Diese Entwicklung vollzog sich in der

Vergangenheit nicht gleichmäßig, sodass unser Bezirk verglichen mit anderen hohe Unterbringungszahlen aufzuweisen hatte. Dass dieses Ungleichgewicht sich nicht nur auf unseren Bezirk, sondern auf die Dynamik in ganz Berlin auszuwirken begann, dokumentierten wir anhand von Analysen, Daten und Berichten.

Anders als in anderen Bezirken sind in Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2022 keine außerplanmäßigen Notunterkünfte geschaffen worden. Stattdessen wurden z.B. die vorhandenen Betten in den LAF-Unterkünften durch Doppelstockbetten ersetzt, Gemeinschaftsräume zu Mehrbettzimmern umfunktioniert, die Belegung einzelner Zimmer angehoben. Auf diese Weise haben einige Unterkünfte ihre bisherige Kapazität um bis zu 20 % gesteigert, wodurch sich die ohnehin schwierige Situation in den gemeinschaftlichen Küchen, Duschen und Toiletten verschlechtert hat. Es ist nicht selbstverständlich, in Ausnahmesituationen die Nerven zu bewahren, Geduld für andere aufzubringen und sich ehrenamtlich einzubringen, wenn man selbst alles verloren hat. Dennoch blieb die Atmosphäre ruhig, solidarisch und einander zugewandt, berichteten die Betreiber der Unterkünfte.

Das Integrationsbüro wirkte nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, d.h. in die eigenen Fachämter, zu den Kolleginnen und Kollegen. Wir konnten Krieg und Traumata nicht erklären, weil wir sie nicht erlebt haben, jedoch für Mitgefühl werben und einander Respekt und Interesse entgegenbringen. In Berichten, Positionspapieren und vielen Gesprächen beschrieben wir die Perspektive der Geflüchteten im Bezirk und warben für einen Perspektivwechsel. Dankend nahmen wir Hinweise der Migrantenorganisationen und Initiativen von Geflüchteten für Geflüchtete auf, denn die gemeinsame Erfahrung – ein unsichtbares Band – verbindet diejenigen, die ihr Land, ihre Sprache, ihre Familie und Freunde, ihr Zuhause verlassen haben. Viele Ältere bereicherten den Austausch mit Geflüchteten aus anderen Ländern um ihre Erzählungen der eigenen Fluchtgeschichte aus Nachkriegszeiten.

Zuhören, andere Regeln annehmen, fremde Sitten und Gebräuche erkunden, oft nicht weiterwissen, die eigene Perspektive in Frage stellen, abweichende Meinungen aushalten – all das geht einher mit dem Prozess der Integration. Uns ist es daher ein wichtiges Anliegen, die Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte an gesellschaftlichen

Prozessen zu fördern. Von besonderer Bedeutung für die integrationspolitische Arbeit auf bezirklicher Ebene ist der **„Bezirksbeirat für Partizipation und Integration Marzahn-Hellersdorf“**, der sich am 20. Dezember 2022 neu konstituierte. Er ist das offizielle Gremium, in dem sich alle Menschen, die sich für integrations- und migrationspolitische Themen auf bezirklicher Ebene interessieren, engagieren können. Seine Aufgabe besteht darin, das Bezirksamt in allen Fragen der Partizipation, der Integration und gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte zu beraten und zu unterstützen. Grundlage dafür bildet § 19 des „Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin“ (PartMigG). Durch seine Arbeit soll der Beirat mit dazu beitragen, Marzahn-Hellersdorf als „Ort der Vielfalt“ zu bewahren und weiterzuentwickeln, d.h. ein durch Respekt und Toleranz geprägtes interkulturelles und friedliches Miteinander aller Menschen im Bezirk zu gewährleisten.

Dem neuen Beirat gehören Gul Arian, Abdullah Athayi, Aleksandra Bienert, Svetlana Borovska, Thu Xuan Bui, Tetiana Goncharuk, Natalya Gorodetskaya, Anna Lautenschläger, Roksana Przyjemska, Najat Qaous, Medina Schaubert, Anne-Sarah Shiferaw, Umut Temel, Nikita Tomilov und Martina Wohlrahe als ordentliche Mitglieder sowie Katrin Irmscher und Tobias Sonntag als stellvertretende Mitglieder an. Die ehrenamtlichen Beiratsmitglieder, die zumeist eine eigene Migrationsgeschichte aufweisen, über Fachkenntnisse bzw. Erfahrungen im Bereich Partizipation, Integration und Migration verfügen sowie innerhalb der soziokulturellen Infrastruktur des Bezirkes gut vernetzt sind, finden sich einmal im Monat zu einer öffentlichen Sitzung sowie zu thematisch ausgerichteten Arbeitsgruppen zusammen. Dabei werden sie durch das Integrationsbüro fachlich und logistisch unterstützt. Interessierte Gäste sind bei den einzelnen Sitzungen immer gern gesehen.

Das Team des Integrationsbüros möchte den vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit danken. Gerade in krisengeschüttelten Zeiten wie diesen sind verlässliche Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner besonders wichtig – auch und gerade zum Wohle der immer zahlreicher werdenden Menschen mit Migrationsgeschichte bzw. Fluchterfahrung, die in Marzahn-Hellersdorf eine zweite Heimat gefunden haben.

# Gedenken an Nguyễn Văn Tú

Moritz Marc

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Der Platz war voller Menschen, die sich anlässlich des 30. Todestages zu einer bewegenden Gedenkkundgebung versammelt hatten. 150 Teilnehmende gedachten am Sonntagnachmittag Nguyễn Văn Tú, darunter Anwohner\*innen, Engagierte gegen Rassismus und extrem rechte Gewalt und vor allem die vietnamesische Community, die alle in ihre Zeremonie mit eingebunden hat.

Was war geschehen? Am 24. April 1992 ist Nguyễn Văn Tú bei Freund\*innen im Brodwiner Ring in Marzahn, die an kleinen Ständen Sachen verkaufen. Nachdem drei Neonazis die Stände unvermittelt umtreten, spricht Nguyễn Văn Tú die drei an, worauf hin er mit einem Messerstich lebensgefährlich verletzt wurde und wenige Stunden später an seinen Verletzungen im Krankenhaus starb.

Nguyễn Văn Tú ist einer von bis zu 200 Todesopfern extrem rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In einer Rede wurde auch Phan Văn Toàn gedacht, der am 31.01.1997 in Fredersdorf lebensgefährlich verletzt wur-

de und drei Monate später seinen Verletzungen erlag.

Alle, die wir behutsam Räucherstäbchen hielten, eine Weiße Rose zum Gedenken niederlegten, sind sich einig: Wir dürfen diese schreckliche Tat niemals vergessen! Rassismus und rechte Gewalt hat keinen Platz in unserer Gesellschaft und in Marzahn-Hellersdorf. Doch auch die Gedenkveranstaltung blieb leider nicht ohne Vorkommnisse. Die Gedenktafel, die von Aktivist\*innen an eine Häuserfront neben dem Parkplatz angebracht worden war, ist kurz vor der Gedenkveranstaltung mit Bauschaum beschmiert worden, während der gesamten Kundgebung störten einzelne Menschen mit Rufen und einem Schild das Gedenken.

Im Jahr 2023 soll nun endlich auch ein offizieller Gedenkort geschaffen werden. Entschieden wurde das allerdings bereits vor zwei Jahren. Der Vorschlag landete 2021 mit 215 Stimmen auf Platz 1 des Bürgerhaushalts im Bezirk. Das Straßen- und Grünflächenamt und die Initiative, die den Gedenkort beantragt hatte, konnten

sich Anfang 2023 auf einen Standort in der Nähe des damaligen Tatortes auf der Wiese am Rande des Parkplatzes einigen. Diese sei groß genug, um dort ein Kunstwerk und eine Gedenktafel unterzubringen, heißt es von den Akteur\*innen. Wir hoffen sehr auf eine zeitnahe Umsetzung!

Vielen Dank an alle Teilnehmenden und Organisator\*innen für das würdige Gedenken an Nguyễn Văn Tú.



# Mobil auf der „Insel“ Marzahn NordWest unterwegs

**Carolin Sander, Sandra Körkel & Daniel Hegemann, Mobile Stadtteilarbeit Marzahn NordWest, Kiek in – Soziale Dienste gGmbH**

Die S-Bahnlinie 7 endet am Bahnhof Ahrensfelde und unterteilt den nordöstlichsten Zipfel Berlins an der Grenze zu Brandenburg in Marzahn Nord und West. Außerdem wird der Stadtteil vom Rest Marzahn-Hellersdorfs durch den Seelgrabenpark getrennt, was ihn zu einer kleinen Insel macht. Aus fast jeder der den Stadtteil dominierenden Ex-DDR-Plattenbauten ist immer auch ein Blick ins Grüne möglich. Nach dem Fall der Mauer wurden aufgrund des Wegzugs vieler Menschen zahlreiche der zehnstöckigen Gebäude bis auf fünf Stockwerke „zurückgebaut“ und daraus unter anderem Wohnungen mit verglasten Balkonen – die sogenannten Ahrensfelder Terrassen – gemacht. Seit Anfang der 2000er Jahre verzeichnet Marzahn NordWest wie der Rest der Stadt jedoch einen erheblichen Zuzug, weshalb es auch hier inzwischen steigende Mietpreise und kaum (Wohnungs-)Leerstand gibt. Marzahn NordWest ist über diesen städtebaulichen und strukturellen Wandel hinaus ein Stadtteil, in dem jung wie alt zu großen Teilen vor finanziellen Hürden steht: Jede\*r fünfte im Stadtteil ist privat verschuldet<sup>1</sup>. Darüber hinaus leben 42 Prozent der unter 6-Jährigen in einer Familie, die auf SGB II-Leistungen ange-

wiesen ist und gleichzeitig wächst jede\*r vierte Minderjährige mit nur einem Elternteil auf. Die Grundsicherungsquote liegt allgemein bei 26,5 Prozent und außerdem leben im Stadtteil bezirksweit am meisten Empfänger\*innen von Grundsicherung, die älter als 50 Jahre sind<sup>2</sup>.

Bei den Wiederholungswahlen zum Abgeordnetenhaus 2023 hat die AfD prozentual zugelegt und stellt wie bei der Wahl 2021 den Direktkandidaten, maßgeblich beeinflusst von der geringen Wahlbeteiligung, die im Stadtteil auf einen Rekord-Tiefstwert von 44,4 Prozent fiel und das, obwohl die Partei in absoluten Zahlen sogar von weniger Menschen gewählt wurde als noch 2021<sup>3</sup>.

In diesem Sozialraum sind wir als Team der Mobilien Stadtteilarbeit – ein vom Europäischen Sozialfonds gefördertes Projekt, das in Reaktion auf die Corona-Pandemie 37-mal an verschiedenen Standorten in Berlin umgesetzt wird – seit November 2021 aktiv. Wir haben uns zunächst mit den Trägern und Projekten vor Ort über deren Arbeit, Angebote und ihren Blick auf den Stadtteil ausgetauscht und sind seit Beginn in verschiedenen Vernetzungsrunden aktiv. Parallel dazu und auch anhand der von den hier aktiven Menschen geäußer-

ten Ideen haben wir ab Frühling 2022 verschiedene Standorte zu unterschiedlichen Tageszeiten aufgesucht, um dort über ein warmes Getränk, ein paar Informations- oder Spiel- und Sportmaterialien ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus wurde uns durch die räumliche Nähe zur Stadtteilkoordination Plus (die sich ebenfalls in Trägerschaft von Kiek in – Soziale Dienste gGmbH befand) ein großes Startkapital an die Hand gegeben. Denn wir saßen uns im Nachbarschaftsbüro – das als Nachfolger des ehemaligen Quartiersmanagements bereits einen großen Bekanntheitsgrad im Stadtteil besaß – am Schreibtisch gegenüber und profitierten sehr von der guten Vernetzung. So entstand auch der Kontakt zur Alice-Salomon-Hochschule, der dazu führte, dass wir nach einer eigens durchgeführten Schulung zu unserem Ansatz der aufsuchenden sozialen Arbeit im Frühsommer 2022 gemeinsam mit einer Gruppe Studierender im Stadtteil unterwegs sein konnten. Erst mit ihnen haben wir zwei feste Standorte – einer in Marzahn Nord in unmittelbarer Nähe des Clara-Zetkin-Parks und einer in Marzahn West in der Nähe des S-Bahnhofs – etabliert, an denen wir auch heute noch anzutreffen sind, wenn wir nicht gerade Aktionen bei





© Anka Stahl

(öffentlichen) Veranstaltungen durchführen, solche im Nachbarschaftsbüro planen, oder vermittelnd und beratend sowie bei Projektideen begleitend tätig sind.

Außerdem haben wir die Ergebnisse des Austauschs mit den Menschen in der Nachbarschaft (es waren allein im Sommer etwa 100 teilweise lange Gespräche) im Anschluss jeweils dokumentiert, aufbereitet und im (Abschluss-)Seminar der Alice-Salomon-Hochschule, aber auch in Vernetzungsrunden mit Politik und Verwaltung vorgestellt. Darüber hinaus sind die Wünsche und Ideen der Menschen in die im September 2022 von uns gemeinsam mit der Stadtteilkoordination Plus organisierten Stadtteilkonferenz eingeflossen, bei der die Teilnehmenden viele der bereits genannten Themen weiterentwickeln konnten. Hieraus speisen sich auch heute noch Aktionen, Veranstaltungs-ideen und Gruppenangebote, die wir gemeinsam mit der Nachbarschaft nach und nach umzusetzen versuchen.

Denn entgegen der zuvor erläuterten erschreckenden Bilanz – seien es die nackten Zahlen zu den täglichen Herausforderungen der Menschen vor Ort, oder die demokratischen Herausforderungen aufgrund eines hohen Anteils an AfD-Wählerschaft – erleben wir tagtäglich einen Stadtteil, in dem die Menschen zu einem großen Teil sehr gerne leben. Es sei grün und ruhig, es gebe viele Spielplätze, die Anbindung an die Innenstadt per ÖPNV funktioniere meistens gut und für den täglichen Bedarf fehle es vielen bloß an

einem Drogeriemarkt oder einem gemütlichen Café als Treffpunkt. Allerdings verändere sich der Sozialraum immer mehr, auch weil viele Zuzüge aus anderen Bezirken zu Mietpreissteigerungen führten. Insofern fehle es auch hier (gemessen am Haushaltsnettoeinkommen) an bezahlbarem Wohnraum. Aber auch (Haus-)Ärzt\*innen oder Schul- und Kitaplätze seien rar (letztere gerade auch für Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete) und es gebe einen Bedarf an zusätzlichen Angeboten für Kinder und Jugendliche.

Während insbesondere die steigenden Mietpreise und fehlenden Schul- und Kitaplätze in ganz Berlin heiß diskutiert werden und die Menschen umtreiben, gestaltet es sich in Marzahn NordWest aufgrund der vielschichtigen Belastungen der Menschen besonders schwierig, sie dabei zu unterstützen sich für ihre eigenen Bedürfnisse, Wünsche und Ideen einzusetzen. Auch das mit der Corona-Pandemie verstärkte Einsamkeitsgefühl hat dazu geführt, dass sich die Menschen weniger aktiv einbringen. Dennoch gibt es ebenfalls viele Menschen, die schon seit vielen Jahren engagiert für den Stadtteil eintreten und teilweise eine sehr nachhaltige Bindung zu den Trägern vor Ort haben. Dies drückt sich auch in der Wohndauer aus: Mehr als zwei Drittel der Bewohner\*innen leben bereits seit mehr als fünf Jahren im Stadtteil und mehr als die Hälfte seit über zehn Jahren<sup>4</sup>. Einige Nachbarinnen und Nachbarn konnten wir für verschie-

dene bestehende Angebote im Stadtteil gewinnen, oder sie dabei begleiten, eigene Ideen umzusetzen. Dies reicht von einer (Senior\*innen-)Selbsthilfegruppe für nachbarschaftliche Unterstützung im Alltag, über einen Treffpunkt zum Thema Polyamorie und alternativer Wohnformen, bis hin zu einem ruhigen Ort für Jugendliche, um Hausaufgaben zu erledigen.

Unser Fazit für Marzahn NordWest – trotz oder gerade aufgrund der sozialräumlichen Struktur und geringeren finanziellen Möglichkeiten der Menschen vor Ort – lautet daher, dass es unabdingbar ist, direkt mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und in einen langfristigen(!) Dialog zu treten, damit Hemmschwellen und Ängste abgebaut werden können und die Bereitschaft sich einzubringen, steigt. Der demokratiefördernde Ansatz der aufsuchenden Arbeit als Team der Mobilen Stadtteilarbeit ist über die allgemeine Nachbarschaftsarbeit hinaus nicht zu unterschätzen. Mittelfristig braucht es – auch nach Ende der Corona-Pandemie – weiterhin Fachkräfte, die im Sozialraum beweglich aktiv sind und die Menschen ansprechen, begleiten und Verständnis für ihre Sorgen zeigen, die sonst (u.a. von den Trägern vor Ort) nicht angesprochen werden und sich auch dadurch immer weiter – unabhängig von der „Insel“-Lage Marzahn NordWest – vom Rest der Stadt abgehängt fühlen.

1 Vgl. SchuldnerAtlas 2022 Berlin Brandenburg. URL: <https://bit.ly/3LU4gzz> & <https://bit.ly/3LSszOm>

2 Vgl. Soziale Lage in Marzahn-Hellersdorf 2020 (Kurzbericht) & Sozialbericht 2020 Marzahn-Hellersdorf. URL: <https://bit.ly/3qBfH45>

3 Vgl. rbb24 (2021) Abgeordnetenhauswahl 2021 Marzahn-Hellersdorf Wahlkreis 1. URL: <https://bit.ly/40kJb5Z> & rbb24 (2023) Abgeordnetenhauswahl 2023 Marzahn-Hellersdorf Wahlkreis 1. URL: <https://bit.ly/42LoUrG>

4 Vgl. Sozialbericht 2020 Marzahn-Hellersdorf. URL: <https://bit.ly/3qBfH45>



# Marzahner Nachbarschaftsfest 2022: Trotz Sturm und Regen

**Henny Engels, Sprecherin Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf**

Nachbarschaften bewähren sich in schwierigen Zeiten. Dafür steht auch das Nachbarschaftsfest auf der Marzahner Promenade und dem Victor-Klemperer-Platz am 21. Mai 2022 – veranstaltet vom Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf, unterstützt von der degewo. Trotz heftigem Wind, Sturmböen und teils kräftigen Regenschauern informierten circa 20 bezirkliche Projekte über ihre Arbeit und luden zum Mitmachen und Mitdenken ein. Zu Beginn erinnerte Dr. Manuela Schmidt in Vertretung des erkrankten Bezirksbürgermeisters an die Entstehung und bisherige Geschichte des Festes. Ihre zentrale Botschaft: Marzahn-Hellersdorf ist bunt und will es bleiben. Hier sind alle willkommen – gleich welchen Alters, welcher Herkunft, welcher Religion oder Weltanschauung,

welcher geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung. Ein von Sami Alkomi und Fabian Gröger locker und humorvoll moderiertes Bühnenprogramm bot den Besucher\*innen einen bunten Strauß von Musik, Sport und Bewegung. Auch für das leibliche Wohl war mit Kuchen, Grillgut und Kaffee gesorgt. Auf der Marzahner Promenade wurden das Klavierkonzert und die Modenschau auf die überdachte Passage vor der machBar verlegt. Thomas Krüger, Boris Hirschmüller, David Kristjan Pfabe und Axel Schönau gaben ein Klavierkonzert – mit Klavieren aus Einrichtungen auf der Marzahner Promenade, die während der Kunst- und Klangpromenade draußen aufgestellt werden. Nachbarinnen und Nachbarn aus dem Bezirk wurden zu Models, die auf dem roten Teppich nachhaltige und

interkulturelle Mode vorführten. Bettwäsche, Spitzendeckchen, Stoffmasken, medizinische Masken, gebrauchte Krawatten und Jeans: Aus gebrauchtem Material war Kleidung geworden, die bereits ein Vorleben hatte. Menschen mit Migrationshintergrund zeigten traditionelle Kleidung aus verschiedenen Ländern. Ein Basar vor der machBar bot Selbstgenähtes und gesiedete Seife aus eigener Workshop-Produktion zum Kauf an. Syrische Frauen offerierten selbstgekochte Speisen. Der Migrationssozialdienst war mit einer Weltkarte dabei, auf der Menschen ihre Herkunft mit Fähnchen markieren konnten. Kurzum: es war ein gelungenes Fest – wir freuen uns schon auf das nächste Marzahner Nachbarschaftsfest am 13. Mai 2023. Kommt zahlreich! Aktuelle Infos unter: <https://buendnis.demokratie-mh.de>

# Informationen über bestehende Unterstützungsangebote in Marzahn-Hellersdorf

## Zusammengetragen von der AG Soziale Härten des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf im Herbst 2022

Liebe Nachbar\*innen, viele von uns empfinden die aktuelle wirtschaftliche Situation als beängstigend, manche haben ganz reelle finanzielle Sorgen. Im Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf sind Menschen aus verschiedenen Berufen aktiv und immer wieder machen wir die Erfahrung, dass es sehr viele Angebote in unserem Bezirk gibt, die nicht allen bekannt sind. Niemand von uns kann alles wissen und alles kennen. Solche Hilfen wahrzunehmen, ist deswegen vollkommen selbstverständlich für uns. Die in dieser Broschüre aufgelisteten Angebote können alle nützlich sein, um Geld zu sparen, Hilfe beim Umgang mit bestimmten Kosten zu erhalten, aber auch um mit Freund\*innen

oder neuen Kontakten Freude an nachhaltigen Ideen zu erleben. Die Angebote sind nicht nur aktuell für viele von uns wichtig. Die meisten von ihnen gibt es dauerhaft und sie können eine große Entlastung bieten.

Die gelisteten Angebote sind eine Sammlung durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz. Wir können in die Liste nur das aufnehmen, was uns bekannt ist und wofür die Information zugänglich sind. Bitte haben Sie deshalb Verständnis dafür, dass wir für die Vollständigkeit und Richtigkeit des Inhalts keine Garantien übernehmen können.

Die Broschüre kann hier online eingesehen bzw. ausgedruckt werden:  
[https://buendnis.demokratie-mh.de/wp-content/uploads/2022/11/Hilfsangebote\\_031122.pdf](https://buendnis.demokratie-mh.de/wp-content/uploads/2022/11/Hilfsangebote_031122.pdf)



# Klassismus – die verdrängte Diskriminierungsform

## Von Klassenschranken auf dem Weg zu mehr Demokratie

**Benedikt Krüger - Praktikant der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf, Alice Salomon Hochschule**

Sind Armut und Erwerbslosigkeit selbstverschuldet? Die hinter solchen Vorstellungen liegenden diskriminierenden Ressentiments – vor allem gegenüber Langzeiterwerbslosen – sind laut der »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung noch immer – neben rassistischen Einstellungen zu Asylsuchenden – die am weitesten in der Gesellschaft verbreiteten Ressentiments. Die tiefergehenden Ursachen der gesellschaftlichen Ungleichheit sind dagegen an ganz anderer Stelle zu suchen. Eigentlich sind sie kaum zu übersehen: Es ist der Elefant im Raum, an den sich die Menschen zunehmend gewöhnt haben und dessen Anwesenheit sie gerne verdrängen. Dieser Elefant hat einen Namen: Es ist das ungerechte Verhältnis der sozioökonomischen Klassen, das schon seit längerem unter dem Begriff »Soziale Frage« kursiert.

### Vermögen ist ungleich verteilt

Die Vermögensgewinne der Besitzenden – der reichsten 10% – nehmen immer weiter zu: Die reichsten 1% der Deutschen haben 81% (!) der Vermögensgewinne im Jahr 2022 eingestrichen, wobei sich die übrigen 19% der Vermögensgewinne auf den großen Rest der Bevölkerung verteilen (Vgl. Schmitt 2023: 3 ; 9). Allerdings sind 50% der Deutschen überwiegend leer ausgegangen, beziehungsweise haben sogar Vermögen verloren. Denn gleichzeitig zu den Vermögenszuwächsen nimmt die Anzahl jener Menschen, die von einem Armutsrisiko betroffen (der Wert ist auf 16% gestiegen) oder gar überschuldet sind zu. Derzeit sind 8,7% der Deutschen nicht fähig ihre Schulden zu begleichen. In einer Zeit sinkender Reallöhne (Vgl. Bundesregierung 2021:

46 ; Bovelet/Hantzsch 2022: 7 ; Destatis 2023). Leider bleibt auch die Kinderarmut mit 20,8% (!) nicht davon verschont (Füncke/Menne 2023: 3f.). Am gravierendsten ist, dass sich die ungleichen Klassenlagen verfestigen und damit die soziale Mobilität vor allem für die von Armut betroffenen und bedrohten Klassen abnimmt. Ihre sozioökonomische Lage können diese Menschen kaum noch oder nur mit erheblicher Anstrengung verbessern.

### Was ist Klassismus?

Aktuell bringt der Begriff »Klassismus« neuen Wind in die Debatte über die Soziale Klassenfrage. Was ist damit gemeint? Klassismus ist eine Diskriminierungsform, bei der Menschen beziehungsweise Menschengruppen abgewertet, ausgebeutet und strukturell ausgegrenzt werden, aufgrund der Klassenzugehörigkeit, welche sie in der Gesellschaft innehaben oder ihrer (eigenen oder/und familiären) Klassenherkunft (Seeck 2022: 12). Klassismus richtet sich gegen erwerbslose, einkommensarme und wohnungslose Menschen, wertet aber auch physische, handwerkliche und bäuerliche Beruf ab. Er erfasst somit verschiedene Ebenen.

Auf der individuellen psychosozialen Ebene, geht es meist um soziale und kulturelle Abwertungen und Vorurteile mit denen Menschen konfrontiert sind. Ein Beispiel für individuelle klassistische Diskriminierung wäre, wenn ein Mensch, der Transferleistungen bezieht, als »faul« oder »verwahrlost« stigmatisiert wird. Oder wenn einem erwerbslosen Menschen, der Besuch eines Restaurants nicht gegönnt wird, ganz nach dem biblischen Grundsatz „wer nicht arbeiten

will, soll auch nicht essen“, welchen sich auch 2006 der Arbeitsminister Franz Müntefering zu eigen machte. Oder das Vorurteil, dass Menschen am Rand der Stadt in einem Plattenbau nicht schön wohnen würden. Es ist das Bild vom übergewichtigen, Achselshirt tragenden Menschen, der den ganzen Tag TV schaut, Chips isst, raucht und Alkohol trinkt, das seit Jahren sein Unwesen in den Köpfen der Menschen treibt. Auf einer strukturelle Ebene ist es vor allem der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, welcher die gesellschaftlichen Klassen strukturiert und dingfest macht. Dieses Verhältnis führt dazu, dass die Einen für die Anderen arbeiten. Neben dem ökonomischen Kapital (wozu neben den Einkommen auch Vermögen, Rücklagen und die Kreditfähigkeit etc. gehören) gibt es noch weitere Kapitalsorten, welche die Klassen untereinander hierarchisieren (Vgl. im folgenden Bourdieu 1983: 183-188). Soziales Kapital hat, wer ein gutes Netzwerk an einflussreichen Kontakten besitzt, das einen in Notfällen auffängt oder auch neue Möglichkeiten erschließt. Dies ermöglicht, dass jemand risikoreicher agieren kann und der Person mehr Entscheidungsmacht zukommt. Zum kulturellen Kapital zählen Bildungsabschlüsse, Redeweisen, Kleidungsstile und Verhaltenscodes usw., welche verschiedene Klassen voneinander trennen. Der Zugang zu diesen drei Kapitalsorten ist strukturell durch Klassenschranken erschwert. So ist beispielsweise belegt, dass mit 27% viel weniger Menschen studieren, deren Eltern nicht selbst studiert haben (Vgl. Höfer 2022: 13). Selbst bei gleichen Noten bekommen Schüler\*innen aus Nicht-Akademikerhaushalten seltener eine Gymnasialempfehlung



(Vgl. Kratz et al. 2022: 872-878). Auch bei Jobbewerbungen spielt Klassismus eine Rolle: Häufig werden eher Menschen eingestellt, mit denen ein gleicher kultureller Klassenhabitus geteilt wird. Auf Stellenausschreibungen, die hohe Anforderungen haben und in einer kodifizierten Sprache verfasst sind, bewerben sich viele Menschen erst gar nicht. Gerade für Menschen in den Armut- und Einkommensarmen Klassen ist es auf Grund dieser strukturellen Benachteiligungen schwieriger, ein gutes Leben zu führen. Sie sind es, die mit über 40% in überbelegten Wohnungen leben müssen, mit 11% verhältnismäßig stärker von gesundheitlichen Beeinträchtigungen getroffen sind (im Vergleich zu 1,9% bei der sehr wohlhabenden Einkommensklasse) und die die 8,6% bilden, die trotz Erwerbsarbeit von Armut betroffen sind (Vgl. 6.ABK 2021: 317 ; 447 ; 486).

Kulturelle und soziale Klassenschranken verschärfen und vertiefen diese strukturellen und ökonomischen Klassenverhältnisse. Diese ungerechte Klassenlage wird zudem auch von der Globalisierung und der Klimakrise verstärkt: Das Verhältnis zwischen den Reichsten der Welt und jenen in Armut fällt global ungleich krasser aus als in Deutschland (Schmitt 2023: 1 ; Ilostat 2021). Die reichsten 10% der Weltbevölkerung produzieren ungefähr die Hälfte der Treibhausgase weltweit, während bei der einkommensärmeren Hälfte der Weltbevölkerung dieser Wert um das 80ig-fache niedriger ist. Ärmere Menschen sind jedoch von der Klimakrise in Form von Hunger, Krankheit und Wohnungslosigkeit ungleich stärker betroffen bzw. werden es zukünftig verstärkt sein (Bruckner et al. 2022: 314).

### Die klassistische Ordnung

Klassismus ist in seiner aufrechterhalten-

den Funktion der Klassenverhältnisse die Antwort auf die soziale Klassenfrage, die von den vermögens- und einkommensreichen Klassen gegeben wird. Diese Antwort findet paradoxerweise sowohl Anklang in mittleren Einkommens-, als auch Einkommensarmen Klassen. So liegen zwar klassenspezifische Unterschiede bei den Studien zur Subjektiven Wahrnehmung auf Armut, Reichtum und soziale Mobilität der Bundesregierung vor, aber diese sind im Vergleich zur objektiven Ungleichheit erstaunlich gering, sei es bei der Einschätzung von „Armut- und Reichtumsgrenze“, der Gerechtigkeit von „Erwerbseinkommen“, oder wo der Kontrast besonders eklatant ist: „Steuern für Reiche“ und „Vererbung“, sowie der „Verbreitung von Armutsrisiken und Reichtumschancen“. So glauben beispielsweise immer noch ca. 10% der Armut- und Einkommensarmen Klasse und ca. 20% aus der reichsten Klasse, daran, dass „in Deutschland jeder die Möglichkeit hat, reich zu werden“. Das Erben gerecht ist, glauben 69% aus der Armutsklasse, sowie 67% aus der reichen Mitte. (6. ABK 2021: 180 ; 185 ; 186 ; 188f.).

Die klassistische Ordnung basiert auf den Irrglauben, dass wenn wir uns dem Primat der kapitalistischen Wirtschaft und Leistungslogik freiwillig unterwerfen, wir dafür Sicherheit und mit ein bisschen Glück und eigener Anstrengung auch Reichtum erwerben. Deswegen sind bei Wirtschaftskrisen die autoritären Reaktionen, auch gegen einkommensarme Klasse am schärfsten und das durchweg in allen Klassenlagen und in verschiedenen Milieus und politischen Strömungen (Vgl. auch Decker et al. 2022 ; Decker 2023).

Die Klassenschranken dienen dazu, diesen Schein der Klassengesellschaft aufrechtzuerhalten. Die verschiedenen klassistischen

Ebenen greifen dazu ineinander. Zum Beispiel wurde kultureller Klassismus in den 2000er Jahren mit Geschichten von „Sozialschmarotzern“ geschürt, um den Sozialstaatsabbau zu betreiben. Die BILD Zeitung hetzte etwa 2003 gegen den Immobilienmakler Rolf, der in den USA lebte und arbeitete und nach dem Tod seiner Frau an einer Bauchspeicheldrüsenentzündung erkrankte und daraufhin Sozialleistungen beantragte. Die medial aufgeheizte Stimmung ermöglichte es unter anderem die Agenda 2010 mit den Hartz-Reformen durchzusetzen, die strukturelle klassistische Benachteiligungen verschärfen.

### Existenzielle Unsicherheit als Folge

Wie bereits aufgezeigt sind gute Bildung, eine angemessene Wohnung, eine ertragreiche und abgesicherte (Lohn-)Arbeit, sowie eine belastbare Gesundheitsversorgung und angemessene Bestattung u.v.m. nicht für alle Menschen gleich zugänglich. Das führt zu einer Verschärfung von materiellen und existenziellen Unsicherheiten bis hin zu Resignation, Verweigerung und ein destruktives Verhalten als Antwort auf diese Klassenschranken. Einen Ausdruck findet dies auch in der Wahlbeteiligung. Wo die soziale Ungleichheit hoch ist, haben die Menschen weniger Vertrauen in Wahlen, begleitet von einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Belange. Dieses Ohnmachtsgefühl kann in eine Passivität münden, welche die Verhältnisse stabilisiert oder auch in autoritäre Aggressionen umschlagen, welche sich häufig diskriminierend gegen Marginalisierte entlädt.

### Klassismus in Marzahn-Hellersdorf!?

Klassismus durchdringt alle kapitalistischen Gesellschaften, natürlich auch in Mar-

zahn-Hellersdorf. Hier manifestiert er sich auf eine spezifische Weise. Die beschriebenen sozioökonomischen Problemlagen, gesellschaftliche Spaltung sowie Resignation und Abkehr vom demokratischen System fallen im Bezirk besonders stark aus. Die Wahlbeteiligung lag bei der letzten Abgeordnetenhauswahl in Marzahn-Nord mit 44,4% auf den hintersten Rang berlinweit (Vgl. Der Landeswahlleiter Berlin 2023). Die Überverschuldung liegt sogar bei 13,25% (Bovelet/Hantzsch 2022: 14), die Quote an Transferleistungsbeziehenden ist mit ca. 17,8% recht hoch und auch die Kinderarmut liegt mit 31,3% deutlich über den Berliner Wert von 26,9% (Vgl. Pohlan et al. 2021: 21 ; Augustin 2020: 5).

Das Bild vom Bezirk und damit auch das Leben der Menschen vor Ort ist auch dadurch, aber nicht nur deswegen, von kulturellen klassistischen Vorurteilen geprägt. Es findet sich zugespitzt beispielsweise in der Comedyfigur Cindy aus Marzahn. Sie dient als Lachnummer für das, was sich die Gesellschaft unter der armutsbetroffe-

nen Klasse vorstellt. Spezifisch ist auch die DDR-Sozialisation, die häufig als proletarisch abgeschrieben wird. Dazu gehört auch die bewusste Verzerrung der Qualität der seriellen Plattenbauten durch die fälschliche Verknüpfung dieser mit stigmatisierten Bildern von armutsbetroffenen Menschen. Für den Bezirk prägend ist in dieser Hinsicht der Gegensatz, von einem hohen Index an Sozialer Ungleichheit zwischen den Regionen Hellersdorf-Ost und Marzahn-Nord und den eher wohlhabenden Eigenheimsiedlungen im Süden (Vgl. Pohlan et al. 2021: 38). Nicht selten ist von Menschen aus Kaulsdorf und Biesdorf gegenüber jenen aus der Großsiedlung der klassistische Vorwurf zu hören, sie würden unverdient Steuergelder beziehen.

Wir als Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung finden es wichtig, klassistische Verhältnisse zu thematisieren und zu problematisieren. Mit einer Buchvorstellung von und Diskussion zu Zugang verwehrt mit Francis Seecks haben wir in 2022 den Anfang gemacht und planen für das kommen-

de Jahr eine Veranstaltungsreihe mit Workshops und einem Sommerfest, um für das Thema zu sensibilisieren, Wissen zu sammeln und das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Es ist auch deswegen wichtig sich mit dem Thema zu beschäftigen, da extreme Rechte mit ihrer Ideologie der Ungleichheit bewusst die klassistischen benachteiligten Klassen ansprechen, aber nicht um die soziale Klassenfrage zu lösen, sondern gerade, um das klassistische System und seine diskriminierenden Normen aufrechtzuerhalten und auszunutzen. Denn aus der Abwertung und einer autoritären Gefolgschaft ziehen sie ihr Machtpotential. Die Dringlichkeit der sozialen Klassenfragen nimmt durch die autoritären Bestrebungen zu. Es besteht daher dringender Gesprächs- und Handlungsbedarf. Wir können es uns als demokratische Gesellschaft nicht weiter leisten den Klassismus ins Unbewusste zu verdrängen. Eine demokratische Gesellschaft sollte stattdessen als zentrale Aufgabe haben, allen Menschen Zugang zum öffentlichen Diskurs und zur Partizipation zu gewährleisten.

## Empfehlungen zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema

### • Zur Einführung:

- Francis Seeck: Zugang verwehrt, 2022.
- Andreas Kemper & Heike Weinbach: Klassismus. Eine Einführung, 2009.
- Seeck/Theißl (Hg.): Solidarisch gegen Klassismus, 2022.
- Didier Eribon: Gesellschaft als Urteil, 2017.

### • Literarische Bearbeitung:

- Shuggie Bain: Young Mungo, 2023.
- Eva Müller: Scheiblettenkind (Graphic Novel), 2022.
- Baron/Barankow (Hg.): Klasse und Kampf, 2022.
- Bell Hooks: Die Bedeutung von Klasse, 2022.
- Christian Baron: Ein Mann seiner Klasse, 2021.
- Katja Oskamp: Marzahn, Mon Amour. Geschichten einer Fusspflegerin, 2021.
- Édouard Louis: Wer hat meinen Vater ermordet, 2018.
- Didier Eribon: Rückkehr nach Reims, 2016.

### • Podcasts:

- „Klassismus – die verachtete Unterschicht“ im Deutschlandfunk Kultur
- „Klassismus – ausgegrenzt wegen Armut“ im Deutschlandfunk Kultur

### • Interviews:

- „Wir waren reich an Wissen und Bildung und arm an Geld“: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/sozialwissenschaftler-in-francis-seeck-wir-waren-reich-an-wissen-und-bildung-und-arm-an-geld>
- „Soziale Herkunft: Welchen Einfluss sie noch immer auf die Karriere hat – und was wir dagegen tun müssen“: <https://www.vogue.de/lifestyle/artikel/soziale-herkunft-einfluss-auf-die-karriere-interview-alexandra-kammer-ayvi>

### • Im Film:

- „Das Ereignis“ von Audrey Diwan, 2022.
- „Ich, Daniel Blake“ von Ken Loach, 2016.

## Literaturverzeichnis

- Augustin, Marion: Monitoring Soziale Stadt 2019. Auswertung der Ergebnisse für Marzahn-Hellersdorf, hrsg. v. Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Berlin 2020.
- Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: „Soziale Ungleichheiten“, hrsg. v. Reinhard Kreckel, Göttingen: Schwartz.
- Bovelet, Rainer; Hantzsch, Patrick-Ludwig (2022): Überschuldung von Verbrauchern, Hrsg. v. SchuldnerAtlas Berlin, Berlin: Creditreform.
- Bruckner, Benedikt (2022): Impacts of poverty alleviation on national and global carbon emissions, in: Natur Sustainability, 5, 311-320.
- Bundesregierung (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (6. ARB).
- Der Landeswahlleiter Berlin/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023): Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen, Wiederholungswahl zum 19. Abgeordnetenhaus von Berlin am Sonntag, dem 12. Februar, Berlin.
- Decker, Oliver et al. (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen, Leipziger Autoritarismus Studie 2022, hrsg. v. Oliver Decker, Johannes Kiess u.a., Gießen: 2022.
- Decker, Oliver (2023): Warum die Deutschen ihre Wirtschaft lieben, Interview, in: Neuen Deutschland, vom 27.3.2023.
- Destatis [Statistisches Bundesamt] (2023): Entwicklung der Reallöhne, der Nominallohne und der Verbraucherpreise.
- Funcke, Antje; Menne, Sarah (2023): Factsheet Kinder- und Jugendarmut in Deutschland, Gütersloh: Bertelsmannstiftung.
- Höfer, Simone (2022): Hochschul-Bildungs-Report 2020, hrsg. v. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V..
- Ilostat (2022): Labour income in PPP\$ by decile, 2019, hrsg. v. International Labour Organization.
- Kratz, Fabian; Pettinger, Bettina; Grätz, Michael (2022): At which Age is Education the Great Equalizer? A Causal Mediation Analysis of the (In-)Direct Effects of Social Origin over the Life Course, in: „European Sociological Review“, 28, 866-881.
- Seeck, Francis (2022): Zugang verwehrt. Keine Chance in der Klassengesellschaft: Wie Klassismus soziale Ungleichheit fördert, Zürich: Atrium.
- Schmitt, Manuel; Hauschild, Tobias (2023): Umsteuern für soziale Gerechtigkeit, hrsg. v. Oxfam, Berlin: Oxfam.
- Zick, Andreas et al. (2021): »Die geforderte Mitte«. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, hrsg. v. Andreas Zick und Beate Küpper für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: J. H. W. Dietz.

# Klassismus macht Schule – Schule macht Klassismus

**Theresa Uhlig – Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung  
Marzahn-Hellersdorf**

Die Pandemie, dadurch bedingte Lockdowns und Heimunterricht haben gezeigt, was für viele bis dahin unsichtbar war oder leicht verdrängt werden konnte: die sozioökonomische Situation von Schüler\*innen ist wesentlich für Bildungserfolge.

Hinreichende Ausstattung mit notwendigen Lernmaterialien, angemessene Lernumgebungen, der Zugang zu Förderung u.v.m. sind die schulische Laufbahn maßgeblich beeinflussende Faktoren. Der nationale Bildungsbericht 2022 zeigt, dass die finanzielle Situation von Familien den stärksten Einfluss auf den Bildungsweg ausübt. Neu ist das nicht. So weist auch der Bericht von 2022 ausdrücklich darauf hin, dass es in den vergangenen Jahrzehnten diesbezüglich keine Verbesserungen gab. Der Zusammenhang verstärkt sich, insbesondere – aber nicht erst – seit der Pandemie sogar noch. Gleiches ist im IQB-Bildungstrend 2021 zu lesen (Kapitel 7).

Der Bildungsbericht lässt in diesem Zusammenhang kurz die Bedeutung klassistischer Diskriminierung anklingen. So ist nicht nur die sozioökonomische Lage von Familien per se entscheidend, sondern auch die darauf basierenden Zuschreibungen durch schulisches Personal. Dies muss nicht einmal bewusst geschehen. Eine fehlende Armutssensibilität, also Empathie gegenüber den Lebenslagen, Bedarfen, aber auch vorhandenen Ressourcen kann diskriminierendes Verhalten nach sich ziehen. Dies wiederum kann das Selbstbild der Schüler\*innen beeinflussen und dazu führen, dass sich betroffene Kinder/Jugendliche selbst weniger zutrauen. Ebenso ist die Bedeutung von Schamgefühlen für die Partizipation im Schulalltag nicht zu unterschätzen. Wer sich ständigen Vergleichen ausgesetzt sieht und dabei wiederholt negativ abschneidet, zieht sich mitunter aus entsprechenden sozialen Settings zurück. Wenn zwar das Geld für eine Klassenfahrt erbracht werden kann, aber kein Geld für

einzelne Aktivitäten, keine Reiseerfahrung o.a. vorliegen, kann dies praktisch sowie psychologisch exkludierend wirken. Dieser Wirkmechanismus durchdringt das gesamte Schulleben: Ausstattung mit notwendigen Materialien, familiäre Unterstützung im Schulalltag, Zugang zu außerschulischen Lernangeboten, Präsentieren der persönlichen Wohnverhältnisse bei der Einladung von Mitschüler\*innen u.v.m. Um durch die sozioökonomische Situation beeinflusste negative Vorfälle zu vermeiden, findet mitunter bereits vorab und leider häufig unbemerkt ein Rückzug statt. Zwar gibt es für einige Aspekte Abhilfe in Form von zu beantragenden Leistungen. Dies jedoch erfordert zum einen die Kenntnis darüber und zum anderen weitere Ressourcen wie Zeit, Zugang zum Internet, Lese- und Schreibfähigkeit, Geld für notwendige Kopien etc. Dass Instrumente wie das Bildungs- und Teilhabepaket ihre gedachte Wirkung verfehlen, zeigt sich auch in den teilweise geringen Antragszahlen.

Obwohl all dies längst bekannt ist, blieb ein Paradigmenwechsel bis heute aus. Die deutsche Bildungslandschaft ist weit davon entfernt, Teilhabegerechtigkeit zu bieten. Bis heute stehen sowohl in der Struktur des Bildungswesens sowie in der Haltung von pädagogischem Personal die individuelle Leistung im Vordergrund. Strukturell bedingte Nachteile, z.B. aufgrund der sozioökonomischen Lage, werden als vom Individuum zu übernehmende Verantwortung gedacht. Diesem Prinzip folgend gibt es dann auch eher Unterrichts Anpassungen wie z.B. zusätzliche Aufgaben zur Förderung von leistungsstarken Schüler\*innen. Lehrkräfte haben in ihrer Ausbildung selten gelernt, gleichberechtigt zu fördern. Die Nachfrage nach Fortbildungen zur Binnendifferenzierung ist groß. Fort- und Weiterbildungen für die einzelnen im Bildungswesen tätigen Berufsgruppen gibt es zahlreiche. Es mangelt jedoch an

Angeboten, die sich an multiprofessionelle Teams bestehend aus Lehrpersonal, Schulsozialarbeiter\*innen, Schulpsycholog\*innen, Schulaufsicht etc. richten. V.a. aber mangelt es an den Umsetzungsmöglichkeiten, solche Angebote auch wahrzunehmen. Der enorme Mangel an schulischem Personal macht es aktuell für Lehrkräfte besonders schwer, Zeit für Fortbildungen aufzubringen. Da es für Fortbildungsbedarfe, -angebote und die Nutzung bislang kein Monitoring gibt, können diese Missstände und Herausforderungen leider nur in Ansätzen beleuchtet, nicht aber wissenschaftlich nachvollzogen und strukturell bearbeitet werden. Der Bildungsbericht zeigt auf, dass ältere/erfahrene Lehrkräfte weniger Fortbildungen wahrnehmen und dass Gymnasiallehrkräfte sich v.a. fachlich und nichtgymnasiale Lehrkräfte eher zu pädagogischen Themen fortbilden. Zudem benennen Lehrkräfte einen höheren Fortbildungsbedarf als dass sie Angebote tatsächlich wahrnehmen. Verknüpft man die Befunde zu Einstellungen, Fortbildungsbedarfen, Monitorings etc. lässt sich vermuten, dass Armutssensibilität weder strukturell, also schulorganisatorisch, erarbeitet wird. Vor allem nicht, dass sich alle Gruppen schulischen Personals gleichermaßen mit Teilhabegleichheit befassen und Klassismus im Schulwesen somit weiterhin sehr präsent ist.

## Schulische politische Bildung im Kontext von Klassismus

Der sozioökonomische Status von Schüler\*innen prägt also deren schulische Laufbahn und das Erreichen eines gewissen schulischen Bildungsgrades. Er beeinflusst damit auch indirekt ihren Zugang zu politischer Bildung und Demokratieerziehung. Letztgenannte ist heutzutage herausfordernder denn je. Demokratie und das Leben in einer demokratischen Gesellschaft muss erlernt werden. Die Welt ist komplexer denn

je: Globalisierung, Digitalisierung, der damit einhergehende nie derartig dagewesene Zugang zu Wissen, aber auch Desinformationen stellen die Demokratiebildung vor besondere Aufgaben. Seit Jahren anwachsende rechtspopulistische und extrem rechte Milieus, eine zunehmende Schere zwischen wohlhabenden und prekär lebenden Menschen sowie zahlreiche weitere antidemokratische Tendenzen profitieren davon, dass Demokratiebildung hierzulande nicht alle gleich erreicht.

1973 formulierte die Kultusminister\*innenkonferenz (KMK) neun Ziele für den Unterricht, die wesentlich für die Demokratiebildung sind. Auch eine demokratische Schulentwicklung, also Struktur, Organisation demokratisch zu gestalten, wurde von der KMK bereits als Querschnittsaufgabe festgehalten. Jedoch gerieten Bemühungen um eine stetige Entwicklung der schulischen Demokratiebildung u.a. durch einen verstärkten Fokus auf Lesefähigkeit und mathematisches Verständnis aus dem Blickfeld. Die Bundesregierung schrieb 2020 in einer Stellungnahme zum Bericht Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter des Bundesfamilienministeriums: „Der 16. Kinder- und Jugendbericht attestiert der Schule in allen Bereichen politischer Bildung Defizite. Soll Schule im Zusammenspiel mit anderen Bildungsinstitutionen zur Sicherung, Verteidigung und Entwicklung unseres demokratischen Systems beitragen, bedarf es laut Bericht einer stärkeren Verankerung politischer Bildung in allen Schulstufen und auf allen Ebenen der Institution Schule.“ (BMFSFJ, S. 16) Insbesondere sei darauf zu achten, dass Hindernisse und Exklusionsprozesse bezüglich politischer Bildung und Partizipation abgebaut würden. Entsprechend des Sozialgesetzbuches zur Kinder- und Jugendhilfe sowie den UN-Kinderrechten habe jedes Kind ein Recht auf politische Bildung und die Förderung der individuellen Mündigkeit.

### Lebensraum Schule als Chance!?

Die Stärkung und Entwicklung von politischer Bildung und Demokratiepädagogik an Schulen ist von herausragender Bedeutung. Alle in Deutschland heranwachsenden Menschen müssen den Lebensraum Schule durchlaufen, wodurch die Reichweite besonders groß ist. Schule kommt in Anbetracht einer vielfältigeren Gesellschaft mehr denn je eine integrierende Funktion zu. Dieser herausfordernden Aufgabe wird das Schulwesen jedoch nicht gerecht. Gleiche Zugangs-

und Teilhabechancen im Lebensraum Schule zu fördern und weiterzuentwickeln, um sich an aktuelle gesellschaftliche Gegebenheiten anzupassen, muss essentieller Auftrag der Schulpolitik sein. Im Raum Schule kann Teilhabe auch von Schüler\*innen mit geringen sozialen, kulturellen und finanziellen Ressourcen erlernt werden. Ebenso bietet sie die Chance, einer langjährigen, ausführlichen und qualifizierten Wissensvermittlung. „Für die politische Bildung handelt es sich dabei um Fähigkeiten, die für die spätere Bürger\_innenrolle von zentraler Bedeutung sind. Nach der Schulzeit existiert kaum eine andere Instanz, die diese Aufgabe wahrnehmen könnte. Insbesondere ein fehlendes Verständnis für politische Prozesse, deren Komplexität und Konflikthaftigkeit, kann anfällig machen für trügerische einfache Lösungen.“ (Achour/Wagner, S. 59).

In der Realität wird die integrierende, demokratiefördernde Funktion der Schule jedoch oft nicht adäquat wahrgenommen. „Gerade in Bezug auf Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf bzw. in Bezug auf Schülerinnen und Schüler in Schulformen, die zu einem niedrigen Bildungsabschluss führen, ist bei aller Unterschiedlichkeit im Detail festzustellen [...], dass sowohl die Schule als Institution wie auch der konkrete Unterricht ein Defizit an demokratischen und politischen Erfahrungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten aufweist.“ (BMFSFJ, S. 187) Gleiches stellte eine nichtrepräsentative Studie zu politischer Bildung an Schulen der Friedrich-Ebert-Stiftung fest: Den Ergebnissen der durchgeführten Befragungen nach unterscheiden sich sowohl Quantität und Qualität des Unterrichts in politischer Bildung als auch eine demokratische Organisation schulischer Strukturen auf Basis der verschiedenen Schultypen. An Gymnasien gibt es im Vergleich zu anderen Schultypen mehr Unterricht in politischer Bildung. Ebenso wird an Gymnasien mehr mit Methoden gearbeitet, die auch eine praktische Demokratiebildung fördern, indem sie wertvolle Fähigkeiten für eine informierte und mündige Teilhabe vermitteln. „Das verstärkt die ‚elitäre Schlagseite‘, dass Politikunterricht umfassender an gymnasialen Schulformen angeboten wird, welche in der Regel von einer Schüler\_innenschaft mit höherem sozialen und kulturellen Kapital besucht wird, die häufig einen entsprechend leichteren Zugang zu Politik erhält.“ (Achour/Wagner, S. 55) Die ungleiche Befähigung zu demokratischer und politischer Teilhabe kann also an

sich als undemokratisch und Ungleichheiten befördernd betrachtet werden.

Obwohl aufgrund der Methodik der Studie anzunehmen ist, dass v.a. politisch interessierte und engagierte Schulen und Personen teilnahmen, wurde für alle Schultypen ein quantitativer und qualitativer Mangel an politischer Bildung festgestellt. Bei einer repräsentativen Studie wären die Ergebnisse sicher noch gravierender: In der Jugendwahlstudie 2021 wurde dazu passend aufgezeigt, dass das Wissen um die eigene Wahlberechtigung bei der BVV- oder Bundestagswahl 2021 auffallend häufig nicht vorhanden war. Die Studie zeigt mit Verweis auf eine antidemokratische Ungleichheit aber auch, dass Jugendliche mit einem als gering angegebenen sozioökonomischen Status weniger über ihre Wahlberechtigung wussten als solche mit höherer subjektiver Schichteinschätzung. Mit Blick auf die Demokratieerziehung verschärfen sich die Ergebnisse sogar noch. An allen Schultypen werden selten Formate wie Schüler\*innenparlamente, demokratiefördernden Projektstage etc. angewandt. Auch das Erarbeiten, kontinuierliche Pflegen und Weiterentwickeln einer demokratischen, antidiskriminierenden Schulkultur findet an nur wenigen Schulen statt. Häufig bleibt es bei einzelnen Projekten, die die Schulorganisation nicht nachhaltig beeinflussen. Dabei sind es v.a. die bisher zu kurz gekommene Fähigkeit zur Teilhabe und eine politische Mündigkeit, die darüber gefördert würden. In nichtgymnasialen Schultypen seien sogar ausgrenzendes und Unterordnung erfordernendes schulisches Wirken besonders hoch.

### Situation in Berlin

Das Berliner Schulgesetz beschreibt das Vermitteln wesentlicher Fähigkeiten für eine gleichberechtigte Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft als zentrale Aufgabe von Schulen und als Recht aller Schüler\*innen. Erst 2021 begann Berlin mit der Einrichtung des Programmes „Politische Bildung an Berliner Schulen“. Damit soll sowohl das Fach „politische Bildung“ gestärkt, als auch Demokratiebildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip etabliert werden. Die Förderung für die Schulen findet v.a. finanziell statt. Schulen erhalten 2000,- Euro (ab 2023 2700,- Euro), um Angebote der politischen Bildung und demokratische Schulentwicklung umzusetzen. Dies erfordert ressourcenstarke Eigenleistungen seitens des schulischen Personals.

In Berlin ist der Schulalltag häufig geprägt

von Personalmangel, fehlenden/inadäquaten Räumlichkeiten, mangelnder Ausstattung o.a. Dies führt zu einer enormen Belastung des aktiven Schulpersonals. So bleiben oftmals keine Kapazitäten, um Projekte der politischen Bildung zu organisieren. Beantragung der Fördermittel, Suche nach sinnvollen und geeigneten Projekten, ggf. Beantragung weiterer Förderungen, Organisation des Personaleinsatzes, Abdeckung des Unterrichts etc. – all das ist zu viel an Sonderaufgaben. Erst recht wenn man bei fehlendem Personal diese zahlreichen koordinierenden und verwalterischen Aufgaben bereits in Bezug auf etliche organisatorische Belange wie Ausstattung mit Internet, Sanierungen, Ersatz- oder Erweiterungsräumlichkeiten u.v.m. leisten muss. Sogar in der Gesamtstrategie zum „Programm für Politische Bildung an Berliner Schulen“ wird in Bezug auf die Umsetzung auf den Bedarf an engagierten Lehrkräften hingewiesen. So verwundert es auch wenig, dass aus dem Vermögensfonds für politische Bildung für das Jahr 2021 von 2,1 Millionen Euro lediglich 19,43% ausgegeben wurden.

### Herausforderungen für das Schulwesen

In Bezug auf die Demokratiebildung im Berliner Schulwesen trägt das schulische Personal also sehr viel Verantwortung. Zugleich erhält es wenig Unterstützung und Antrieb durch Politik und Verwaltung, um politische Bildung und demokratische Schulentwicklung den Raum zu geben, den diese brauchen. Hinzu kommen die Anforderungen an die eigene Demokratiebildung des Schulpersonals. Eine zunehmende Vielfalt der Schüler\*innen hinsichtlich zahlreicher Diversitätsmerkmale erfordert eigene Diversitätssensibilität, um überhaupt einen demokratischen Unterricht und Schulalltag gestalten zu können. Die politische Bildung ist zudem geprägt von Verunsicherungen durch die 2018/2019 geführte Debatte zum Neutralitätsgebot, die bei großen Teilen pädagogischen Personals bis heute anhalten. Einstellungen und Verhalten des Bildungspersonals beeinflussen die persönliche und soziale Entwicklung und damit auch die Demokratiebildung der Schüler\*innen. Unter diesem Blickwinkel scheint es kritisch, was im Bericht aus dem Bundesfamilienministerium festgestellt wurde: Das Schulsystem zeige gegenwärtig eine niedrige Bereitschaft, sich mit den gegebenen Herausforderungen auseinanderzusetzen, um einer diversen Schüler\*innenschaft gleichberechtigte Teilhabechancen vermitteln zu können. Inwiefern

die Faktoren aufgabenbedingte Überlastung, Unwissenheit, Verunsicherung, mangelnde Handlungskompetenz oder eigene diskriminierende Einstellungen etc. Ursache für die als mangelhaft beschriebene Demokratiebildung im Schulsystem verantwortlich sind, lässt sich nicht genau beurteilen. Bislang fehlen Kompetenzmodelle und Monitoringinstrumente für demokratische Schulentwicklung, Demokratiebildung an Schulen, Qualifikationen schulischen Personals oder andere hinweisgebende Untersuchungen. Es gibt somit auch keine Kenntnisse dazu, inwieweit Einstellungen und diskriminierendes Verhalten von Lehrkräften die Bildungswege ihrer Schüler\*innen sogar undemokratisch beeinflussen und soziale Ungleichheit reproduzieren.

Diskriminierungen von Schüler\*innen durch schulisches Personal/Strukturen sind als Teil der Erfahrungswelt der Schüler\*innen auch wichtiger Teil ihrer Sozialisation. Dadurch reproduzieren sich Vorurteile und diskriminierendes Handeln. Aus diesem Grund fordert die Deutsche Vereinigung für politische Bildung, dass in der Berliner Lehrkräftebildung politische Bildung und Demokratiepädagogik fachunabhängig in allen Phasen der Ausbildung etabliert werden solle. Gleiches empfiehlt der Bericht des Bundesfamilienministeriums.

Durch die mangelnde Demokratiebildung von Schulpersonal wird die Chance verpasst, schon junge Schüler\*innen in ihrer individuellen Entwicklung zu fördern und eigene Ressourcen zu entwickeln. So, wie es das Berliner Schulgesetz eigentlich fordert. Voraussetzung dafür wären eine größere Orientierung an den Lebenslagen der Schüler\*innen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Es gibt Berufsgruppen, für die es unabdingbar ist, die Realität aktueller gesellschaftlicher Debatten und Entwicklungen konstant als Grundlage ihres professionellen Handelns anzuerkennen. Dieser Herausforderung müssen Lehrkräfte und muss das System Schule sich stellen.

Wenn Schule ihrem demokratischen Auftrag nachkommen soll, muss eine Öffnung in den Sozialraum stattfinden. Schule muss sich als Teil eines Ortes erleben inklusive der sozialen Lage, dem Gemeinwesen und anderer Infrastruktur. Die Zusammenarbeit mit dem Sozialraum muss zudem gleichberechtigt und unter Beachtung der jeweiligen Organisations- und Arbeitsweisen stattfinden. Eine Öffnung bietet Potentiale auf verschiedenen Ebenen:

1. Eine Zusammenarbeit mit Expert\*innen aus dem Sozialraum bietet Entlastung sowie eine Erweiterung der Expertise für schulisches Personal. Über eine Anbindung an unterschiedliche Beratungseinrichtungen können Aufgaben zu psychosozialen Belangen von Schüler\*innen oder deren Eltern/erwachsenen Bezugspersonen zwischen den Einrichtungen aufgeteilt werden. Das Schulpersonal kann sich darüber zudem spezielle Fachkenntnisse anderer Berufsgruppen beschaffen. Für die Gestaltung des Unterrichts und weiteren Schulalltags ist eine Zusammenarbeit mit dem Sozialraum ebenso bereichernd wie entlastend. Auch hier bieten externe Partner\*innen spezielle Kenntnisse und Ressourcen wie z.B. die Erweiterung potentieller Lernorte oder die Übernahme von Unterrichtseinheiten.

2. Die individuelle Förderung von Schüler\*innen kann viel besser in Zusammenspiel mit dem Sozialraum gelingen. Die Anbindung an soziale, kulturelle, sportliche, beratende usw. Einrichtungen bietet für die individuelle (Lern-)Förderung niedrigschwellig Ressourcen wie technische Ausstattung/Zugang zu Internet, pädagogische Betreuung/Unterstützung, Rückzugsräume, Materialien u.v.m. oder den für einen Lernerfolg ebenso dringend notwendigen Raum für freies, solidarisches Spiel und andere regenerative Aktivitäten. Hierbei hilft zwar die Schulsozialarbeit enorm, jedoch wird sie an vielen Schulen v.a. in Form von Einzelfallhilfe inner-schulisch tätig und kann die Anbindung an den Sozialraum nur mit wenigen Ressourcen erarbeiten.

3. Die Öffnung in den Sozialraum schafft viel bessere Möglichkeiten, um Beteiligungskompetenz und praktische Demokratiefähigkeit zu lernen. Eine informierte Mitbestimmung auf bundes- oder europaweit u.a. agierenden Ebenen ist, wenn überhaupt möglich, oftmals sehr voraussetzungs-voll. Selten haben bzw. spüren Individuen direkten Kontakt zu solchen Ebenen. Jeder Mensch aber hat Kontakt zu einem sozialräumlichen Umfeld. Über die Mitgestaltung des eigenen Lebensraums, können von allen wertvolle Kompetenzen und Ressourcen erworben werden, die für direkt politisches Handeln nötig sind.

### Marzahn-Hellersdorf

In Marzahn-Hellersdorf gibt es eine enorme soziale Schere zwischen vielen Einwohner\*innen der verschiedenen Ortsteile. Laut Sozialbericht 2020 wächst fast jedes dritte Kind im Vorschulalter in Familien im SG-

BII-Bezug auf, mehr als im Berliner Durchschnitt. In einzelnen Planungsräumen betrifft es sogar fast die Hälfte der Kinder. Mehr als ein Drittel aller Schüler\*innen beendete zudem 2019 die Schullaufbahn ohne bzw. mit niedrigem Schulabschluss. Dies war der Höchststand unter allen Bezirken. Betroffen sind größtenteils Kinder aus Familien mit einem geringen sozioökonomischen Status. Bereits 2010 hieß es in einer bezirklichen Studie: „Wichtige Analysen der letzten Jahre (zum Beispiel Sozialstrukturatlas, Monitoring soziale Stadtentwicklung) bescheinigen Marzahn-Hellersdorf bedenkliche soziale Entwicklungstendenzen“ (kommunalpolitisches forum e.V., S. 8). Hinzu kommt eine besondere Zuspitzung weiterer Problemlagen. Der unlängst bekannte Mangel an qualifiziertem pädagogischen Personal trifft die Randbezirke Berlins besonders stark. Ebenso mangelt es an Räumlichkeiten und der Schulbau kommt nur langsam voran. In Marzahn-Hellersdorf fehlen besonders viele Schulplätze. Personal aus externen Einrichtungen berichtet, das Ausweichen von Klassen auf ihre Räumlichkeiten führe zu einer Mehrbelastung aller involvierten Personen sowie zu einem Absenken der Unterrichtsqualität durch fehlende Materialien u.v.m. Der integrativen Aufgabe von Schule kann auf dieser Basis ebenfalls nicht nachgekommen werden. Die aktuelle Situation im Bezirk droht, gewisse Aspekte um den Schulalltag vermehrt zu entdemokratisieren.

Kenntnisse über die Bedeutung der sozioökonomischen Lage, über die Notwendigkeit, politische Bildung und Demokratieentwicklung bei pädagogischem Personal zu fördern, über den Einfluss von Beteiligungsmöglichkeiten auf die Gewaltprävention usw. sind im Bezirk vorhanden. Dennoch befassen sich bezirkliche Auseinandersetzungen um dem Raum Schule nahezu ausschließlich mit den Themen Raum- und Lehrkräftemangel. Debatten über die Gestaltung von Schule und Unterricht sind hingegen kaum vernehmbar. Auch bei einem von der CDU organisierten Bildungsdialog unter dem Motto „Quo vadis Schule? – die Schulen in Marzahn-Hellersdorf GEMEINSAM voranbringen“ im September 2022 ging es im Podium vorrangig um Schulbau und Personalmangel. Nachdem dargelegt wurde, dass die Berliner Randbezirke besonders unter dem Lehrkräftemangel litten, wurde unter anwesenden Lehrkräften geäußert, dass es doch die Schule sei und nicht der Bezirk, was neue Lehrkräfte anziehe. Womit wir wieder beim Thema Sozial-

raum wären: Für Lehramtsanwärter\*innen aus diskriminierten Gruppen ist es durchaus wichtig, wo sich eine Schule befindet. Über Aspekte der Attraktivität hinaus spielt alleine schon das Sicherheitsempfinden an dem Ort ihres Arbeitsplatzes wie auch am Arbeitsplatz selbst eine Rolle, ebenso können eigene Wohnlage und Infrastruktur entscheidend sein. Wenn ein derartiges Diversitätsbewusstsein sowie ein Denken von Schule als Teil eines Kiezes bei den Lehrkräften, in der Verwaltung und Politik nicht vorhanden ist, wie soll dann eine angemessene Demokratiebildung in der Schule stattfinden? Hier ist es Aufgabe von Politik und Verwaltung die notwendigen Bedingungen zu schaffen und zwar nicht erst nach dem Lösen anderer Probleme. Andernfalls haben bis dahin insbesondere diskriminierte, wie z.B. klassistisch behandelte, Schüler\*innen die Schullaufbahn absolviert ohne – angesichts der zunehmenden Herausforderungen für unsere Demokratie so notwendige – angemessene Demokratiebildung. Sie haben ein Recht darauf. Die Demokratie hat den Bedarf.

#### Was kann der Bezirk tun:

„Die Position von Schule als Institution der demokratischen Gesellschaft muss gestärkt werden. Dafür müssen alle Akteur\*innen einbezogen werden: Schüler\*innen, Lehrkräfte, Schulleitungen, Eltern, sonstiges pädagogisches und schulisches Personal, Senatsschuladministration, Verantwortungsträger\*innen in den Bezirken und außerschulische Partner\*innen. Entsprechende Organisationsentwicklungsprozesse zielen nicht nur auf die schulische Praxis im Unterricht, sondern auch auf Strukturen und Haltungen aller Akteur\*innen ab.“ (Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e. V.)

- Die Zusammenarbeit von Schule und externen Einrichtungen muss ausgebaut werden.
- Das auch vom Bezirksamt unterzeichnete Rahmenkonzept zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe ist von 2011. Es enthält wesentliche hier geforderte Ziele und Maßnahmen, wobei diese im den Konzept allgemein und ohne Kriterien für eine Überprüfbarkeit formuliert sind. Eine Evaluation, wie im Konzept angemerkt, lässt sich nicht finden. Um der Bedeutung von Schule als Teil eines demokratischen Sozialraumes gerecht zu werden, bedarf es einer Stärkung dieser Schnitt-

stellenarbeit sowie der Einforderung von ständig anzupassenden Qualitätskriterien seitens Bezirksamt.

- Einrichtungen der Jugendhilfe u.a. machen immer wieder die Erfahrung, nur schwer an den Raum Schule heranzukommen. Ein kooperatives Miteinander ist häufig nur schwer zu erreichen. Die Förderung von Bildungsverbänden auf Senatsebene ist ein Mittel, Schule und Sozialraum stärker zu verknüpfen. Der Bezirk kann die Arbeit der Bildungsverbände unterstützen z.B. durch Einbindung in Gremienstrukturen oder eigene äquivalente Projekte aufbauen/fördern.
- Soziale Einrichtungen, wie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (KJFE) u.a. als Orte außerschulischer Bildung leiden oft unter einer mangelhaften Personalausstattung. Bei gelingenden Kooperationen können außerschulische soziale Einrichtungen dem Schulwesen wertvolle Ressourcen bieten. Dies setzt jedoch ausreichende personelle Kapazitäten voraus. Der Bezirk sollte sich bei seinen Finanzplanungen verstärkt an Bedarfen/Potentialen derartiger Einrichtungen orientieren. Andernfalls können auch die pädagogischen Mitarbeitenden von KJFE o.a. weder der eigenen Demokratiebildung noch dem Etablieren einer in den Sozialraum wirkenden qualitativen Demokratiepädagogik ausreichend nachkommen. Wie im Raum Schule, bedarf es dazu auch in anderen sozialen Berufen einer konstanten Weiterbildung zu aktuellen gesellschaftlichen Diskursen. Neben der eigentlichen Tätigkeit spielt in vielen sozialen Einrichtungen/Projekten aufgrund mangelhafter Finanzierung die Drittmittelakquise eine immer größere Rolle. Dies erfordert personelle Ressourcen, die an anderer Stelle, wie z.B. bei der Weiterqualifizierung, fehlen.
- Das Besuchen von Fortbildungen zu demokratierelevanten Themen von allen im Schulwesen tätigen Personen muss gestärkt werden. Demokratiebildung kann nur Erfolg haben, wenn Kenntnisstand und Haltung des pädagogischen Personals entsprechend ausgeprägt sind. Die Schulverwaltung, als Einflussgröße auf die Gegebenheiten vor Ort, darf in diesem Prozess nicht außer Acht gelassen werden.

- Da die Organisation von Fortbildungen/Projekten der Demokratieverziehung an jeder einzelnen Schule viele organisatorische Ressourcen benötigt, könnte der Bezirk über vorhandene oder neu aufzubauende Projekte Strukturen schaffen/fördern, die diese Arbeit für die Schulen übernehmen. Ob dies über inhaltliche Angebote wie in Treptow-Köpenick (aras\*) geschieht oder über koordinierende, in bestehende Angebote vermittelnde Stelle, ist Ermessenssache. Wichtig ist dabei jedoch auch wieder ein gleichberechtigtes Zusammenspiel von Schulwesen und Sozialraum.
- Mitarbeitende der Schulverwaltung sind Teil des Raums Schule und müssen deswegen ebenfalls in demokratiefördernde Prozesse der Qualitätsentwicklung eingebunden werden. So könnte z.B. für Schulungen von Mitarbeitenden des Bezirksamtes (zur Diversitätssensibilisierung o.a.) ein bezirklicher Maßnahmenplan entwickelt und umgesetzt werden.
- Die Förderung von Fortbildungen sollte bestenfalls unter der Beachtung aktueller Herausforderungen geschehen.

Über eine bezirkliche Erhebung ließe sich bspw. ermitteln, welche inhaltlichen und organisatorischen Bedarfe es an Fortbildungen gibt. Dabei ist darauf zu achten, die verschiedenen Berufsgruppen im Schulwesen einzubeziehen.

- Da sich die persönlichen Einstellungen aller im Schulwesen tätigen Personen nicht kontrollieren/demokratisieren lassen und es stets bewusstes/unbewusstes antidemokratisches Verhalten geben wird, bedarf es der Förderung von Diskriminierungsschutz. Projekte wie adas, Auf Friedrichshain-Kreuzberg und Auf Lichtenberg bieten neben der Beratung und Begleitung von im Kontext Schule diskriminierten Personen (und damit deren demokratischer Selbstermächtigung) auch Qualifizierung und Unterstützung bei einer diskriminierungssensiblen Schulentwicklung. Mit Blick auf die Erfahrungen dieser Projekte scheint es sinnvoll, in Marzahn-Hellersdorf eigene, den bezirklichen Bedarfen und Ressourcen entsprechende Strukturen aufzubauen.
- Jeder Berliner Bezirk soll über eine Koordinierungsstelle zur Prävention von

Kinder- und Familienarmut verfügen. In Marzahn-Hellersdorf ist diese Stelle im Bereich Jugend angesiedelt. Informationen zu Besetzung und Wirken der Stelle sind leider nicht verfügbar. Der Bezirk muss die Arbeit dieser Koordinierungsstelle dringend bekanntmachen und darüber v.a. eine amtsübergreifende Zusammenarbeit zum Thema Armut organisieren. Insofern möglich, sollte hier auch die auf Senatsebene angesiedelte Schulaufsicht einbezogen werden.

- Der Mangel an qualifizierten Lehrkräften muss auch außerhalb des Schulamtes mitgedacht werden. Möchte der Bezirk mehr Schulpersonal anziehen, reicht es nicht, dafür nur im Raum Schule zu denken. Infrastruktur, Erholungs- und Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung, Sicherheitsempfingen etc. spielen für viele Personen bei der Entscheidung über einen Arbeitsplatz eine Rolle. Entsprechend müssen diese Aspekte auch bei den Bemühungen um Personal mitgedacht werden und einzelne Projekte dürfen nicht durch eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten gegeneinander ausgespielt werden.

#### Verwendete Literatur:

Achour, Sabine; Wagner, Susanne: Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen, Berlin 2019.

Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention (Hg.): Gewalt und ihre Prävention in Marzahn-Hellersdorf. Ein Bezirksprofil, Berlin 2017.

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2022. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal, Bielefeld 2022.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Gesundheit, Personal und Finanzen, Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Hg.): Sozialbericht 2020 Marzahn-Hellersdorf. Beiträge zur integrierten Gesundheits- und Sozialberichterstattung, Berlin 2021.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin 2020.

Dehmer, Mara; Linckh, Carolin; Dr. Rock, Joachim; Schabram, Greta: Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket: Teilhabequoten im Fokus, Berlin 2020.

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e. V. (Hg.): Demokratie und Politische Bildung an Berliner Schulen, auf <https://dvpb-berlin.de/wp-content/uploads/2022/06/Forderungspapier.pdf>, zuletzt abgerufen am 30.03.2023.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V. (Hg.): Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket: Teilhabequoten im Fokus, Berlin 2020.

Drucksache, 18/2400 (2019, 4. Dezember), auf <https://www.parlament-berlin.de/adors/18/IIIPlen/vorgang/d18-2400.pdf>, zuletzt abgerufen am 29.03.2023.

Drucksache, 19/10343 (2021, 23. Dezember), auf <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-10343.pdf>, zuletzt abgerufen am 29.03.2023.

Drucksache 19 / 13 126 (2021, 15. September), auf <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-13126.pdf>, zuletzt abgerufen am 30.03.2023.

Drucksache 19/14235 (2022, 22. Dezember), auf <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-14235.pdf>, zuletzt abgerufen am 30.03.2023.

Erichsen, Jakob: Ein moderner Mythos. Warum wir den Leistungsbegriff neu denken müssen, auf <https://deutsches-schulportal.de/expertenstimmen/ein-moderner-mythos-warum-wir-den-leistungsbegriff-neu-denken-muessen/>, zuletzt abgerufen am 29.03.2023.

Faas, Thorsten; Leininger, Arndt: Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen, Frankfurt a.M. 2023.

Hartmann, Philipp: Elternvertreter aus Marzahn-Hellersdorf klagen über überfüllte Schulen, auf [https://www.berliner-woche.de/marzahn-hellersdorf/c-bildung/elternvertreter-aus-marzahn-hellersdorf-klagen-ueber-ueberfullte-schulen\\_a357665](https://www.berliner-woche.de/marzahn-hellersdorf/c-bildung/elternvertreter-aus-marzahn-hellersdorf-klagen-ueber-ueberfullte-schulen_a357665), zuletzt gesehen am 30.03.2023.

Hermes, Sandra: Chancengleichheit. Armut ist schambehaftet, auf <https://deutsches-schulportal.de/schule-im-umfeld/armut-ist-schambehaftet/>, zuletzt abgerufen am 29.03.2023.

kommunalpolitisches forum e.V. (Hg.): Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf. Ein Beitrag zur integrierten Sozialberichterstattung, Berlin 2010.

LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e. V. (Hg.): Schutz vor Diskriminierung an Schulen. Ein Leitfaden für Schulen im Land Berlin, Berlin 2020, auf [https://adas-berlin.de/wp-content/uploads/2020/11/Leitfaden\\_ADAS-LIFE-e.V.pdf](https://adas-berlin.de/wp-content/uploads/2020/11/Leitfaden_ADAS-LIFE-e.V.pdf), zuletzt abgerufen am 30.03.2023.

Robert Bosch Stiftung (Hg.): Das Deutsche Schulbarometer: Aktuelle Herausforderungen der Schulen aus Sicht der Lehrkräfte. Ergebnisse einer Befragung von Lehrkräften allgemeinbildender und berufsbildender Schulen durchgeführt von forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, Stuttgart 2022.

Schulgesetz für das Land Berlin, Berlin 2004, auf <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-SchulGBErahmen>, zuletzt abgerufen am 30.03.2023.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Hg.): Politische Bildung an Berliner Schulen. Eine integrative Gesamtstrategie, Berlin 2019, auf <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/>, zuletzt abgerufen am 30.03.2023.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Hg.): Programm „Politische Bildung an Berliner Schulen.“ Fachinformationen. Beratungshinweise, Berlin, auf <https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/politische-bildung/>, zuletzt abgerufen am 30.03.2023.

Stanat, Petra; Schipolowski, Stefan; Schneider, Rebecca; Sachse, Karoline A.; Weirich, Sebastian; Henschel, Sofie (Hg.): IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich, Münster 2022.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Zur Stellung des Schülers in der Schule, 1973, auf [https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/1973/1973\\_05\\_25\\_Stellung\\_Schueler.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1973/1973_05_25_Stellung_Schueler.pdf), zuletzt abgerufen am 30.03.2023.

# Demokratiefest Schöner Leben ohne Nazis 2022

## Moritz Marc – Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Am 3. September 2022 fand das vom Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf zum nunmehr bereits vierzehnten Mal organisierte zentrale bezirkliche Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis“ mit über tausend Besucher\*innen erfolgreich auf dem Alice-Salomon-Platz statt.

Das „Schöner leben ohne Nazis“ wird von verschiedenen Parteien und Vereinen, die sich seit dem Jahr 2014 im Bündnis für Demokratie versammelt haben, durchgeführt. Seit seiner ersten Ausgabe hat sich das Netzwerk stetig erweitert. Insgesamt beteiligten sich im Jahr 2022 über 40 Institutionen – meist aus dem Bezirk – auf der Bühne oder mit eigenen Ständen – darunter waren u.a. Fridays for Future, die Omas gegen Rechts, das Integrationsbüro des Bezirksamts, die Alice-Salomon-Hochschule, die Peter-Weiss-Bibliothek, die im Bündnis aktiv vertretenen demokratischen Parteien, die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung, die Partnerschaften für Demokratie und der Verein Roter Baum Berlin u.v.m. Im Jahr 2022 lag der inhaltliche Schwerpunkt auf den wichtigen und sehr aktuellen Themen Klimagerechtigkeit und das friedliche Zusammenleben. Zusätzlich erinnerten wir an den 80ten Jahrestag der Wannseekonferenz.

Auf dem „Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“ präsentierten sich auch dieses Mal verschiedene, im Bezirk ansässige demokratische Akteur\*innen (z.B. Vereine, Initiativen, Parteien, Ämter, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften), die sich aktiv dem Ziel verschrieben haben, gemeinsam ein sichtbares Zeichen gegen Ausgrenzung, extreme Rechte und jede Form von gruppenbezoge-

ner Menschenfeindlichkeit zu setzen.

Auf dem Fest stellten sich Anfang September 2022 so viele Akteur\*innen mit Infoständen und Aktionen für Menschen jeden Alters vor, wie noch nie! Es war ein tolles und sehr breit gestreutes Angebot mit vielen Spielen und Basteleien für die Kleinen, Quizze und Sport für Jugendliche, Informationen und Ausstellungen für die Älteren.

Das Bühnenprogramm war mit wunderbaren Auftritten der Knattertones, Backstein, Abdul Shafi Azizi, der Marzahner Promenadenmischung, dem Drachentanz u.v.m. erneut sehr vielseitig und es gab diverse, das Kulturprogramm begleitende Redebeiträge für alle Altersgruppen.

Ein Workshop von Queer@School zum Thema „Eine queere Tour durch Geschlecht und Sexualität“ rundete das breit gestreute und spannende Programm ab.

Die Berliner Stadtteilzeitung „Die Hellersdorfer“ befragte den Schirmherren des Schöner Leben ohne Nazis – Bezirksbürgermeister Gordon Lemm (SPD) – zu unserem Demokratiefest:

„Die Frage, ob es im Jahr 2022 überhaupt noch ein Demokratiefest brauche, beantwortete Bezirksbürgermeister Gordon Lemm (SPD) in seiner Rede mit einem klaren Ja. Er sprach von verfassungsfeindlichen Parteien wie dem III. Weg und der Basis, die auch in Marzahn-Hellersdorf um Mitglieder werben und ihre Parolen verbreiten, verwies auf rechtsextreme Think Tanks, die in sozialen Netzwerken mit „Lügen, Propaganda und Hass“ ihr Unwesen treiben



und erinnerte an den homophoben Angriff beim CSD in Münster, der einem 25-jährigen trans Mann das Leben kostete: „In einem Land, in dem Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, aufgrund ihrer Andersartigkeit, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, angegriffen, angegriffen oder sogar getötet werden, so lange müssen wir auf die Straße gehen. So lange müssen wir laut sein und so lange müssen wir dagegen kämpfen“, betonte Lemm.“

Wir freuen uns als Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf auf alle Fälle bereits sehr auf das diesjährige Schöner Leben ohne Nazis am 2. September 2023 auf dem Alice Salomon Platz. Dieses Jahr findet das 15jährige Jubiläum statt! Es gibt also alleine deshalb schon genügend Gründe für ein erneut großartiges Fest. Wir würden uns natürlich sehr über Menschen freuen, die die Planung und Organisation im Vorfeld noch aktiv mitunterstützen möchten.

Meldet Euch hierfür gerne via Mail bei der Geschäftsstelle des Bündnisses: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de

# Cotti.Für.Alle – Graffiti und Mucke gegen Rechts

Theresa Uhlig und Moritz Marc - Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Wir haben für Euch zwei Kurzberichte zur Veranstaltung Cotti.Für.Alle, die am 23.9.2022 in Hellersdorf zum ersten Mal stattfand, erstellt. Viel Spaß beim Lesen!

## Bericht 1:

Es war ein buntes Treiben bei Siebdruck, Graffitiworkshop, Bogenschießen, Redebeiträgen der Kiezgruppe gegen Rassismus, des Registers Marzahn-Hellersdorf u.v.m. Gemeinsam mit allen Interessierten wurde die Turnhalle in der Carola-Nehher-Str. mit einer von Kindern aus der Gemeinschaftsunterkunft Maxie-Wander-Str. entworfenen Friedenstaube verziert. Dann endlich machte der Geheimact den musikalischen Auftakt beim Fest „Cotti.Für.Alle“: Einen großen Applaus für die Veranstalter\*innen forderte Pöbel MC und den gab es. Strahlende Gesichter und eine enorme Freude darüber, dass „hier mal so etwas ist“, beherrschten die Stimmung auf dem Veranstaltungsgelände. Es war ein Fest gegen Ausgrenzung, gegen Neonazis, v.a. aber für ein friedliches Miteinander in einer bunten und vielfältigen Gesellschaft.

So passte auch die spontane Einlage des Bücherwurm-Raps einiger motivierter Schulkinder hervorragend: „Wir sind alle gleich und keiner ist hier falsch.“ Darauf folgten starke Songs und Statements u.a. zu Queerfeindlichkeit von KARA.BINA, gesellschaftskritischer HipHop von Viktor Laslo/Mosaik/Highnicken, ein Gastbeitrag von Akili, einem kongolesischen HipHop-Künstler des Labels Kongoloko, der sich in seinen Arbeiten u.a. mit Fluchtursachen wie Klimawandel, oder politischen Repressionen auseinandersetzt.

## Bericht 2:

Am vergangenen Freitag fand unter Beteiligung der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf in Zusammenarbeit u.a. mit der Registerstelle und dem Jugendforum Marzahn-Hellersdorf erstmalig das musik.politik.festival Cotti.Für.Alle im Rahmen des Aktionsmonats Oktober in Vielfalt statt. Über den Nachmittag/Abend nahmen mehrere hundert Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Anwohner\*innen

aus dem unmittelbaren Sozialraum, dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf und auch darüber hinaus teil. Die verschiedenen Angebote – wie dem gemeinsamen Besprühen der Turnhalle mit einem bunten Graffiti, Getränke, Wurfzettel, Siebdruck, Redebeiträge und die Auftritte verschiedener HipHop-Acts – wurden sehr positiv angenommen. Vielen Dank an alle Beteiligten, die diesen schönen und gelungenen Nachmittag ermöglicht haben! Hellersdorf ist bunt und divers – Kein Raum für Neonazis – egal ob vom III. Weg oder anderen Gruppierungen!

Auch 2023 wird es am 8. September wieder ein Musik- und Politikfestival unter dem Label Cotti.Für.Alle in Hellersdorf geben. Aktuelle Infos dazu findet Ihr im Vorfeld unter:

<https://koordinierungsstelle-mh.de>  
Kommt vorbei!



# Interview mit dem Kiezteam Marzahn-Hellersdorf zum Volksentscheid »Deutsche Wohnen und Co enteignen«

## Die Fragen stellte die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf im März 2023

**Wir freuen uns Euch als Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung ein paar Fragen zu Eurer Arbeit als Kiezteam in Marzahn-Hellersdorf stellen zu dürfen. Könntet Ihr zunächst in ein paar Sätzen Euch und Eure Arbeit hier im Bezirk vorstellen?**

Vielen Dank für die Einladung zum Interview, wir freuen uns sehr darüber. Unser Kiezteam hat sich erst so richtig zur zweiten Sammelphase im Sommer 2020 gegründet. Dieses Moment, was zusammen zu bewegen, endlich handlungsmächtig zu werden, das hat uns zusammengebracht. Verschiedene Menschen haben sich bei uns engagiert. Jeweils eine Person aus dem Mieterverein, der Mietergewerkschaft und vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Privatpersonen aus der Zivilgesellschaft vor Ort, Menschen vom »Soli-Netzwerk«, Studierende der Alice Salomon Hochschule, Menschen mit verschiedenen Berufen z.B. eine Pflegekraft, also eigentlich sehr breit aufgestellt; von welchen, die zur Schule gehen, über jene die arbeiten, bis zu denen die Rente beziehen, manche politisch organisiert, manche nicht, manche sind eher aus einer mittleren, bürgerlichen Klasse, andere eher aus einer einkommensschwächeren Klasse. Das ist auch das Schöne an der Bewegung, dass wir so bunt sind. Nicht alle leben auch im Bezirk, aber wir alle haben einen Bezug hierher und wohnen zur Miete in Berlin. Uns eint das gemeinsame soziale Engagement für ein Berlin, wo alle, die hier leben, sich die Wohnkosten auch leisten können. Wir haben ca. 1, 2 Sammeltermine pro

Woche organisiert, meistens vor den Gärten der Welt, aber auch an anderen Orten wie im Poelchaukiez, am Cecilienplatz oder rund um die Helle Mitte. Sehr spannend waren auch die größeren Aktionen, mit anderen Aktiven aus der Kampagne, wo wir zusammen Haustürgespräche durchgeführt haben. Und jetzt machen wir uns eben für die Umsetzung des Vergesellschaftungsvolksentscheides stark.

**Euer Volksbegehren zur Vergesellschaftung von Wohnraum in Berlin war ja im Jahr 2021 sehr erfolgreich, insgesamt mehr als eine Million Menschen haben dem Volksbegehren zugestimmt. Auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gab es erstaunlich hohe Zustimmungswerte (55,8 % stimmten bezirkswweit dafür). Wie erklärt Ihr Euch diesen Erfolg?**

Alle Menschen müssen ja wohnen. Die meisten, also wirklich fast alle Menschen mit denen wir gesprochen haben, sehen, dass es ein Wohnungsproblem in Berlin gibt. Manche haben halt resigniert und wollten mit solchen Fragen nach Wohnraum und Gerechtigkeit nichts mehr zu tun haben. Ich hatte nur einmal einen Mehrfamilienhausbesitzer, der meinte die Mieten sind zu gering für seine Kosten. Aber ansonsten haben auch Wohlhabende eingesehen, dass sich was ändern muss, nur die Frage der Art und Weise, da gingen die Meinungen auseinander. Meiner Erfahrung nach, gibt es bei Wohlhabenden zwar mehr Vorurteile gegen die Vergesellschaftung, aber eben auch nicht durch die Bank weg.

Auch bei Menschen, welche Sympathien zur AfD geäußert haben, ist das Bild differenzierter: Es gibt sozial eingestellte, die aber ihre Kritik an sozialer Ungerechtigkeit diskriminierend kanalisieren oder Rassismus bewusst ausblenden. Bei einer Wahlkampfveranstaltung der LINKEN, wo wir Unterschriften sammeln waren, bin ich einmal in eine Gegenkundgebung der AfD geraten: Ich sprach mit einer Passantin, die am AfD-Stand vorbeigelaufen ist. Sie hatte Angst, dass wir die Wohnungen verstaatlichen wollen und dadurch die DDR zurückkäme. Ich erwiderte, dass wir die Wohnungen stattdessen vergesellschaften und die Bedürfnisse der Mietenden in Zentrum stellen wollen. Also sie in eine demokratische Gemeinwirtschaft überführen, wo sie von Mietenden, Beschäftigten und der Stadt gemeinsam verwaltet werden. Auf einmal versammelte sich der ganze AfD-Stand um mich herum und ich hatte eine Auseinandersetzung mit einem AfD-Politiker. Dieser hatte aber keine Argumente, sondern nur vorurteilsbehaftete Parolen. Am Ende des Gespräches haben mir mehrere, die mit der AfD sympathisieren und uns zugehört haben, gesagt, dass sie für den Volksentscheid stimmen werden.

Andere Gründe für den Erfolg sind: Manche wollten den großen Wohnungskonzernen eine auswischen und ihnen zeigen, dass es so nicht weiter geht und sie sich wehren werden; andere wollten das Menschenrecht auf Wohnen stärken und wieder andere, sehen es einfach als eine gute Investition für die Stadt und einen guten Deal für die

Menschen, die hier leben z.B. auch gegen Verdrängung und für einen klimagerechten Umbau. Es war schön zu sehen, dass soziale Bewegungen gemeinsame Interessen klassen- und parteiübergreifend organisieren können.

**Wie habt ihr die Sammelaktionen organisiert und welche Erfahrungen habt ihr bei den Gesprächen auf der Straße und an den Haustüren gesammelt?**

Das Schöne an der Kampagne ist ja, dass alle recht niedrigschwellig mitmachen können. Vor allem bei konkreten Sammelaktionen konnten Menschen einfach vorbeikommen und praktisch anpacken ohne ein bestimmtes Vorwissen. Es ist genauso ok einmalig zu helfen, wie sich auch langfristig zu engagieren. Wir haben dann als Kiezteam einfach eine kleine Einführung für Neue gegeben und dann konnte man losziehen und sich ins Gespräch stürzen. In der Kampagne gab es Argumentationstrainings, wo man hingehen konnte, wenn man sich unsicher im Gespräch fühlte. Nach den Aktionen gab es meistens die Möglichkeit, sich über gemachte Erfahrungen und Erlebnisse auszutauschen. Das ist wichtig, weil diese sehr reichhaltig und vielschichtig waren. Es wäre gut, wenn solche Erfahrungen erforscht werden und Beachtung finden würden. Viele Menschen waren froh, dass sich wer für sie interessiert. Es wichtig den Kontakt zu den Menschen in den Wohnungen nicht zu verlieren. Ich würde mir wünschen, dass mehr mit ihnen gesprochen wird und ihre Gedanken und Bedürfnisse ernst genommen werden.

Ich versuche mal weitere Eindrücke zusammenzufassen: Viele Menschen kannten den Vergesellschaftungsvolksentscheid gar nicht, selbst kurz vor der Wahl. Das zeigt auch wie wichtig es ist, solche Fragen, die alle betreffen, an die Menschen heranzutragen. Manche waren schon am Anfang des Gesprächs dafür und haben schon auf uns gewartet. Vor allem bei den Haustürgesprächen war öfters zu hören, sie hätten gerne schon unterschrieben, aber haben uns noch nicht in der Stadt gesehen. Wir waren zwar viel unterwegs, aber man muss doch noch mehr schauen, wie man Menschen erreichen kann.. Die Diskussionen waren am spannendsten: Zwar kamen anfänglich auch häufig Bedenken zu Tage, was die Kosten der Vergesellschaftung angeht oder die juristische Machbarkeit sowie Sorgen gegenüber Enteignungen, aber es lohnt sich meist tiefer in die Gespräche einzusteigen. Oft werden Menschen fälschlicherweise unterschätzt was ihr Wissen angeht und zu oft werden sie auch von vornherein als für eine Sache verloren angesehen. Natürlich gab es auch glasklare Gegner des Volksentscheides, häufig waren aber auch solche Gespräche lohnenswert, denn so kann man sich mit berechtigten Bedenken auseinandersetzen oder auch seine eigene Position stärken.

Am wichtigsten waren aber die vielen Geschichten der Mietenden: Vor allem Menschen, die mehrere Eigentumswechsel mitgemacht haben, berichteten häufig, wie die Mieten immer teurer wurden und die Wohnbedingungen immer schlechter, sei es was fehlende Renovierungen oder

auch den allgemeinen Service angeht. Was auch beklagt wurde, ist der Verlust von Gemeinschaftsräumen und Grünflächen, die zusammen genutzt und verwaltet werden konnten. Menschen berichteten auch immer wieder von Schikanen der Hausverwaltung oder neue Mietende von den Schwierigkeiten überhaupt eine Wohnung zu finden. Manche wollten eigentlich wegen der Arbeit in einen anderen Stadtteil ziehen und mussten eher als Notbehelf nach Marzahn-Hellersdorf kommen.

Mein Eindruck nach den vielen Gesprächen war eigentlich, dass die meisten Menschen für ein Recht auf Wohnen und offen für Gemeinwirtschaft sind. Daher haben mich die Gespräche alles in allem optimistisch gestimmt, dass man mit Bildung und Dialog viel erreichen kann. Denn schließlich ist nicht die Vergesellschaftung ungerecht, sondern Unrecht ist es Wohnen als spekulative Ware anzusehen.

**Menschen für mehr politische Teilhabe am Gemeinwesen zu aktivieren ist oft schwer. Wie wichtig waren für den Erfolg Eurer Kampagne die Erfahrungen, die bereits im Vorfeld beim Mieter\*innen-Organizing gesammelt werden konnten?**

Ich kann dieses Problem verstehen. Es ist gut, zu hinterfragen, warum etwa das Kiezteam hier im Bezirk kleiner ist als beispielsweise in Kreuzberg. Trotzdem ist es auch nicht nur ein lokales Problem. Persönlich glaube ich, es liegt allgemein daran, dass viele Beteiligungsformate wenig Wirkung entfalten. Volksentscheide hätten aber eben



das Potential dazu, wenn sie denn umgesetzt werden. Diese potentielle Wirkungskraft ist auch ein Grund, warum viele dafür aktiv geworden sind. Konkret für Marzahn-Hellersdorf gesprochen, ist die verhältnismäßige geringe Anzahl an Aktiven auch darin zu suchen, dass hier zum einen die Mieten und der Verdrängungsdruck noch geringer sind als in der Innenstadt und gleichzeitig hier mehr Menschen wohnen, die weniger zeitliche und wirtschaftliche Mittel besitzen. Manche besitzen häufig einfach nicht die Kraft sich damit zu beschäftigen. Wie dem auch sei, es hat uns als Kiezteam enorm geholfen, dass sowohl persönliche Erfahrungen von politischen Gruppen als auch aus der Mieter\*innenberatung vorlagen und es eine interne Arbeitsgemeinschaft zur Starthilfe in der Kampagne gab. Die Starthilfe-AG kommt vor allem aus dem Organizing-Feld. Sie haben schon lange vor 2020 in dem Bereich was gemacht, die Kampagne mit gegründet und schließlich dann das Kiezteam mit aufgebaut. Wir haben dann immer versucht auf der einen Seite Unterschriften zu sammeln und gleichzeitig auch Menschen dazu zu ermuntern selbst aktiv zu werden. Aktiv werde ich ja vor allem dann, wenn ich mich zum einen verstanden fühle und zum anderen mich als Teil eines Ganzen verstehe und dabei die Möglichkeit habe, ohne große Hürden mitzumachen und eine Wirkung zu entfalten. Wichtig für diese Wirksamkeit ist auch, dass wir uns als Kiezteam selbst organisieren und eigene Schwerpunkte setzen konnten. Durch diesen dezentralen Aufbau konnten Menschen ihre Meinungen einfacher einbringen. Diese Eigenständigkeit der Kiezteams und der Aufbau der ganzen Kampagne - wo die Delegierten, die in höhere Gremien geschickt wurden, immer an die Menschen lokal vor Ort in den Kiezteams gebunden sind - das ist Teil des großen Erfolgskonzepts der Vergesellschaftungs-Kampagne. Es zeigt, dass mehr Demokratie funktionieren kann.

**Was habt Ihr aktuell als Kiezteam im Bezirk geplant und habt Ihr Euch in Marzahn-Hellersdorf im Wahlkampf zur Wahlwiederholung im Februar 2023 eingemischt?**

Wir müssen leider ehrlicherweise feststellen, dass es nicht gelungen ist, viele Leute im Bezirk über den konkreten Sammelzeitraum hinaus für die Teilnahme am Kiezteam zu gewinnen. Wir sind aktuell ein sehr kleines Kiezteam. Ich fände es wichtig sich

weiter für die Umsetzung des Vergesellschaftungsvolksentscheidendes einzusetzen. Und was zur Lösung von konkreten Problemen der Mietenden im Jetzt beizutragen. Was etwa hohe Nebenkosten und Ärger mit den Vermietenden angeht, z.B. durch Beratung, solidarische Unterstützung oder das Aufstellen gemeinsamer Forderungen. Das geschieht in anderen Kiezteams auch. Ich würde mich darum freuen, wenn noch mehr Menschen aus Marzahn-Hellersdorf zu uns kommen und diese Arbeit unterstützen. Im Februar haben wir gegen jene Politiker\*innen und Parteien, die sich klar gegen den gewonnenen Volksentscheid einsetzen, Wahlkampf gemacht. Zentral war die Auseinandersetzung mit der AfD, da diese Partei nichts für die Mietenden im Angebot hat außer eine neoliberale Agenda gepaart mit Ressentiments und Menschenhass. Leider hat die AfD ja trotzdem zwei Direktmandate gewonnen. Aber unseren Straßengesprächen zu Folge, war nicht die Wohnungsfrage wahlentscheidend, sondern vor allem haben die Neue Rechte und extrem rechte Parteien erfolgreich andere Themen gesetzt.

**Aktuell ist ein tolles neues solidarisches Projekt von unten auf der Marzahner Promenade – die „Unbezahlbar“ entstanden – dieser Ort dient als eine Art Umsonstladen und Begegnungsort für die Nachbarschaft. Findet Ihr, dass das ein guter Ansatz zur Stärkung von solidarischen Nachbarschaften und Kiezen ist?**

Ich war schon in der UnbezahlBAR - ein toller Ort. Es gibt zu wenig kostenfreie und generationsübergreifende Begegnungsräume im Bezirk. Auch die Kampagne »Solidarische Kieze« empfinde ich als einen vielversprechenden Ansatz, um Menschen zusammen zu bringen und gemeinsam aktiv zu werden. Ich hoffe vor allem, dass Menschen durch solche Möglichkeiten in einen Austausch kommen, bei dem sie ihre gemeinsamen Interessen formulieren und Lösungen für ihre Probleme angehen. Denn es ist sehr schön, wenn es eine Linderung für die finanziellen Nöte von Menschen und gegenseitige Hilfe gib. Aber noch wichtiger ist es, dass langfristig zusammen daran gearbeitet wird, die (Mit-)Ursachen davon zu bekämpfen. Ein Grund für die Existenzsorgen ist eben, dass die Mietlast für viele Menschen zu hoch ist und zunehmend steigt, womit die Angst einhergeht, die eigene Wohnung zu verlieren. Die Ursache der hohen Mietlast ist auch, dass börsennotierte Unternehmen

ihren Aktionären eine steigende Rendite versprechen, weswegen die Mieten steigen müssen. Außerdem lohnen sich energetische Sanierungen für die Firmen oft nicht. Deswegen ist der Energiebedarf und damit auch die Kosten für die Menschen so hoch. Gleichzeitig würde eine Vergesellschaftung auch mehr Sicherheit vor Eigenbedarfskündigungen und vor dauerhaften Mietsteigerungen auf Grund von Modernisierungen schaffen, sowie den Mietspiegel entspannen. Ich glaube es ist wichtig, dass die Menschen in öffentliche Belange einbezogen werden. Wenn die Häuser, in denen sie wohnen, als Gemeingut auch zu einem Teil ihnen gehören würden, dann glaube ich hätten sie auch mehr Interesse daran, sich für dieses einzusetzen. Deswegen finde ich auch Formate wie die »Genug ist Genug Rally« reizvoll, da sie einen Startpunkt setzen können, zu sagen, dass wir nicht mehr die Kosten für die Krisen tragen, während jene, die am meisten haben, noch reicher werden aber diese Krisen, wie die Wohnungskrise oder auch die Klimakrise am stärksten verursachen. Solche Veranstaltungen und Begegnungsräume können auch die Aufmerksamkeit auf die strukturellen Probleme lenken. Z.B. in der Mietenfrage, welche oft als die soziale Frage unserer Zeit verstanden wird: Es können einfach nicht alle Menschen Vermieter\*innen sein, was bedeutet, dass es in diesen profitorientierten Wohnungsmarkt immer Mieter\*innen geben muss, welche einfach nur, da sie einen Platz zum Leben brauchen, durch ihre Miete die Profite anderer erwirtschaften sollen. Da liegen unterschiedliche Klasseninteressen vor. Für die Mieter\*innenklasse bedeutet das eine höhere Belastung und weniger Möglichkeiten; also eine starke systematische Benachteiligung, die auch über die Generationen hinweg fortgesetzt wird. Es ist daher wichtig, dass wir anfangen zusammen zu überlegen, wie wir gemeinsam unsere Güter bewirtschaften können, sodass es für alle gerecht ist und beginnen uns mehr demokratisch und solidarisch, um unsere Nachbarschaften zu kümmern. Die Vergesellschaftung ist dafür das geeignete Mittel.

**Vielen lieben Dank, dass Ihr Euch die Zeit zur Beantwortung unserer Fragen genommen habt!**

Kontakt zum Kiezteam:  
kiezteam\_marzahn@dwwenteignen.de



# Feuriger Advent

Martina Polizzi –  
STZ Marzahn-Mitte



Am 25. November 2022 lud das Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf nach 2-jähriger pandemiebedingter Pause wieder zum Feurigen Advent auf der Marzahner Promenade ein. Am Freitag vor dem 1. Advent läuten wir hier traditionell die Weihnachtszeit ein. Der „Feurige Advent“ mit der Nachbarschaft wird von degewo unterstützt.

Das Thema des „Feurigen Advents“ ist die Verständigung zwischen den Menschen, Toleranz und ein verständnisvoller Umgang miteinander.

Diesmal feierten wir am 25. November 2022 von 15 bis 18 Uhr vor dem Stadtteilzentrum der Volkssolidarität Marzahner Promenade. Dr. Manuela Schmidt (MdB), die Schirmherrin der Veranstaltung verteilte an die Besucher\*innen einen riesigen Christstollen von der Bäckerei Engel.



Ca. 200 Besucher\*innen erwartete ein kleiner Weihnachtsmarkt mit selbstgebastelten Weihnachtsgeschenken, Leckerem aus der Weihnachtsbäckerei sowie Glühwein und Kinderpunsch. Dazu traten zwei lokale A-Capella-Chöre mit weihnachtlichen Liedern auf.

Beim DGB konnte Kinder basteln und ihre Post an den Weihnachtsmann verschicken.

Ein Highlight war eine Feuer-Akrobatik-Show mit Jugendlichen der Jugendfreizeiteinrichtung FAIR.



Am Standort von BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften - wurden bereits am Nachmittag Laternen gebastelt, die zum Abschluss des Tages in einem Laternenumzug präsentiert werden konnten.

Wir bedanken uns bei allen aktiv Beteiligten und freuen uns auf den nächsten Feurigen Advent am 1. Dezember 2023. Nähere Informationen dazu finden sich ab Herbst auf der Website des Bündnisses.

# UnbezahlBar – Ein solidarischer Ort für alle in Marzahn-Mitte

Martina Polizzi – STZ Marzahn-Mitte



Die UnbezahlBar ist ein Laden und Begegnungsort für alle in der Nachbarschaft in Marzahn-Mitte und wurde nach langer Planung am 11. Februar 2023 erfolgreich eröffnet. In der UnbezahlBar finden Menschen Hilfe und Unterstützung, wenn sie Sorgen oder Probleme haben. In dem Laden gibt es Bücher, Kleidung oder andere Dinge, die kein Geld kosten und gerne mitgenommen werden können. Menschen können auch einfach zum Ausruhen kommen oder wenn sie andere Menschen treffen wollen. An einem Tag in der Woche gibt es etwas zu essen für alle. Kaffee und Tee gibt es jedes Mal. Alle Menschen sind in der UnbezahlBar willkommen.

Das Projekt wurde vor dem Hintergrund der Preissteigerungen und des Ukraine-Kriegs ins Leben gerufen. Hierbei stand die Idee im Mittelpunkt, ein Angebot zum Umgang mit den Auswirkungen der sich veränderten gesellschaftlichen Situation zu schaffen. Dabei soll die gegenseitige Unterstützung im Vordergrund stehen.

Das Angebot der UnbezahlBar umfasst:

- Kostenfreie Bücher, Kleidung und weitere Gegenstände
- Professionelle Sozialberatung bei Sorgen und Problemen
- Einen Ort zum Entspannen und Austauschen

Initiator\*innen der UnbezahlBar sind das Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte unter Trägerschaft der Volkssolidarität, BENN Blumberger Damm und BENN Marzahn-Süd unter Trägerschaft der pad gGmbH sowie das DRK Nord-Ost e.V. Finanziert wird die UnbezahlBar aus Mitteln des Netzwerks der Wärme der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie aus Mitteln von BENN – Berlin Entwickelt neue Nachbarschaften der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Alle Nachbar\*innen sind eingeladen, die UnbezahlBar mitzugestalten – wir freuen uns auf Ihre Ideen!

Die UnbezahlBar ist ein Ort für Alle in der Nachbarschaft! Ehrenamtliche Helfer\*innen sind herzlich willkommen!

## Öffnungszeiten:

Dienstags: 9 – 17 Uhr mit Sozialberatung  
Mittwochs: 10 – 16 Uhr  
Donnerstags: 10 – 18 Uhr mit Sozialberatung  
Freitags: 10 – 14 Uhr

## Adresse:

Marzahner Promenade 37, 12679 Berlin

## Sozialberatung:

Ivette Malet Sala 0 176 - 12 57 77 46

## Laden und Öffnungszeiten:

BENN Team 0152 53 41 51 44

## Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte:

030 - 9989502



# Mein (knappes) erstes Jahr als Queerbeauftragte in Marzahn-Hellersdorf – ein kleiner Einblick

Vanessa Krahn - Beauftragte für Queer, Städtepartnerschaften und freiwilliges Engagement



Als ich im Juli 2022 meine Arbeit als Queerbeauftragte für Marzahn-Hellersdorf aufnahm, war ich mächtig aufgeregt – zum einen, weil ich relativ frisch von der Uni gekommen bin und zum anderen, weil ich nicht richtig einschätzen konnte, was mich in Marzahn-Hellersdorf im Kontext Queer erwarten würde. Dass diese Stelle überhaupt vom Bezirksamt geschaffen wurde, war für mich ein äußerst positives Zeichen. Nur zwei andere Berliner Bezirke hatten zu diesem Zeitpunkt eine vergleichbare Stelle eingerichtet. Zudem kannte ich die von Quarteera e.V. organisierte Marzahn Pride sowie den Wunsch der Bezirksverordnetenversammlung nach einem Regenbogenzentrum im Bezirk. Darüber hinaus gab es für mich aber nie wirklich eine Verknüpfung zwischen ‚Queerness‘ und ‚Marzahn-Hellersdorf‘. So beschäftigte mich am Anfang viel die Frage: Wie queer ist Marzahn-Hellersdorf?

Die ersten Wochen und Monate meiner Arbeit bestanden vor allem im Knüpfen von Kontakten. Welche Akteur\*innen gibt es im Bezirk im queeren Kontext und darüber hinaus? Wo sind Einrichtungen und Einzelpersonen, denen die Stärkung der LSBTIQ\*-Gemeinschaft im Bezirk am Herzen liegt und wer sind mögliche Kooperationspartner\*innen für die Zukunft? Durch viele Gespräche ergab sich für mich mit der Zeit ein differenziertes Bild. Als erstes musste ich feststellen: viele Angebote für queere Menschen, wie Beratungsmöglichkeiten oder Safer-Spaces zum Treffen, Austauschen und Vernetzen, gibt es nicht im Bezirk. Keiner der großen queeren Träger hat seine Angebote bis in den Randbezirk Marzahn-Hellersdorf zugänglich gemacht. Dadurch konnten auch keine Förderung

vom Senat im Bezirk ankommen - es fehlt schlichtweg die Trägerstruktur, die diese Förderungen auffangen könnte. Das bedeutet konkret: möchte sich beispielsweise ein Trans\*- Schüler zum Thema Outing vor den Eltern oder der Klasse beraten lassen, muss dieser erst nach Mitte oder nach Tempelhof-Schöneberg fahren, um eine persönliche Beratung zu erhalten. Das gleiche gilt für queere Menschen, die von Übergriffen betroffen sind oder ältere Menschen, die eine queere Vernetzungsgruppe suchen. Wie dünn die Angebotslage für queere Menschen in den Berliner Randbezirken ist, wurde mir erst jetzt richtig bewusst.

Als zweites stellte ich jedoch fest, wie viele engagierte Einzelpersonen es in diesem Bezirk gibt, die versuchen, mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, queere Sichtbarkeit und queere Vernetzung in Marzahn-Hellersdorf voranzutreiben. So werden beispielsweise in den vielen Jugendfreizeiteinrichtungen queere Themen immer stärker aufgegriffen und somit der Bedarf der Kinder- und Jugendlichen, sich zu diesen Themen auszutauschen, abgebildet. Auch Nora Heim hat in der Machbar37 im Alleingang einen Safer-Space gegründet, an dem sich jeden zweiten Samstag im Monat queere Menschen vernetzen und austauschen können. Damit hat sie ohne finanzielle Ressourcen und nur mit ihrer eigenen Motivation den aktuell einzigen Safer-Space für queere Menschen in Marzahn-Hellersdorf gegründet.

Somit wurde mir bewusst: natürlich ist Marzahn-Hellersdorf queer und natürlich gibt es in Marzahn-Hellersdorf eine Vielzahl an queeren Menschen. Es fehlt ihnen nur die Sichtbarkeit. Ohne die benötigte queere Infrastruktur im Bezirk sind sie dazu gezwungen, in die westlichen Bezirke Berlins zu fahren, um sich authentisch ausleben zu können. Durch das Fehlen sichtbarer queerer Orte ist es auch äußerst schwer einzuschätzen, wie es um die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTIQ\* in Marzahn-Hellersdorf steht. Im Berliner Monitoring ‚Trans- und homophobe Gewalt‘ 2022 von Camino wird deutlich, dass insbesondere dort queerfeindliche Gewalt und Übergriffe passieren, wo queeres Le-

ben sichtbar wird - wie beispielsweise vor queeren Clubs und Bars<sup>1</sup>. Daher überrascht es nicht, dass Marzahn-Hellersdorf bei der Gegenüberstellung der Tatorte von trans- und homophoben Straftaten unter den Berliner Bezirken relativ gut abschneidet. Gerade einmal 3,3 Prozent der Tatorte sind in Marzahn-Hellersdorf<sup>2</sup>. Ob diese Zahlen die Realität abbilden, ist mehr als fraglich. Denn wie bereits dargestellt, gibt es kaum queere Orte im Bezirk, die eine ‚Angriffsfläche‘ bieten würden. Guckt man sich dahingegen den Wohnort der Tatverdächtigen an, steigt Marzahn-Hellersdorf im bezirklichen Vergleich – hier sind es bereits 6.6 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen, die in Marzahn-Hellersdorf leben<sup>3</sup>.

Auch diese Statistiken verdeutlichen mir, dass es in Marzahn-Hellersdorf ein massives Problem mit der Sichtbarkeit queerer Menschen gibt. Denn erst wenn es sichtbare queere Orte im Bezirk gibt, kann wirklich eingeschätzt werden, inwieweit diese Orte auch im Bezirk akzeptiert werden.

Sichtbarkeit – das ist auch der erste Punkt, an dem ich bei meiner Arbeit als Queerbeauftragte im Bezirk ansetze. Einen großen Leuchtturm für die Sichtbarkeit gibt es bereits mit der eingangs erwähnten Marzahn-Pride von Quarteera. Aber auch darüber hinaus versuche ich durch verschiedene Maßnahmen die Sichtbarkeit queerer Menschen im Bezirk zu erhöhen. Mein erster Schritt war es, mit der Unterstützung von Bezirksbürgermeister Gordon Lemm einen bezirklichen Queer-Beirat zu gründen. Dies ist nicht nur der erste Beirat in Marzahn-Hellersdorf, sondern in ganz Berlin, der die Stärkung der Akzeptanz und Sichtbarkeit von LSBTIQ\* im Bezirk vorantreiben möchte. Durch den Queer-Beirat erwarte ich nicht nur, dass die LSBTIQ\*-Gemeinschaft ein Sprachrohr er-

hält, sondern erhoffe mir auch für meine eigene Arbeit ein Expert\*innengremium, an das ich mich wenden kann. Der Beirat wird im März 2023 die Arbeit aufnehmen. Ein weiteres Novum im Jahr 2023 wird die erste Marzahn-Hellersdorfer Pride Week vom 17. – 24. Juni sein. In dieser Woche sollen möglichst viele Vereine, Institutionen und Einrichtungen ihre Angebote zu den Themen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt öffnen und somit ein möglichst breites Publikum erreichen. Der letzte und vielleicht zentralste Punkt, an dem ich ansetzen möchte, ist der Aus- und Aufbau der queeren Trägerstruktur. Zukünftig wäre das von der BVV gewünschte Regenbogenzentrum sicherlich die beste Möglichkeit, um langanhaltend queere Angebote im Bezirk zu verankern. Aber auch die großen und kleinen Träger inklusive ihrer Angebote müssen verstärkt angeworben werden. So freut es mich riesig, dass MA-NEO - das schwule Anti-Gewalt-Projekt - ab 2023 im Stadtteilzentrum Kiek-In im 2-Wochen-Rhythmus Beratungen anbieten wird. Auch Quarteera hat seit 2022 ein eigenes Büro in Marzahn-Hellersdorf und eine äußerst engagierte Mitarbeiterin, die sich eigens um alle Projekte hier vor Ort kümmert.

Auf diesem Weg hoffe ich, gemeinsam mit den entsprechenden Akteur\*innen im Bezirk und darüber hinaus, die Sichtbarkeit und damit die Akzeptanz queerer Menschen nachhaltig zu stärken. Denn nur so wird sich zeigen, wie queer Marzahn-Hellersdorf wirklich ist.



Queeres Marzahn-Hellersdorf

1 Vgl.: <https://camino-werkstatt.de/downloads/Monitoring-trans-und-homophobe-Gewalt.pdf>, S.10

2 Vgl. Ebenda S. 42

3 Vgl. Ebenda S.56

# Bücherempfehlungen

Moritz Marc

## Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Im Folgenden möchten wir Ihnen/Euch sechs Bücher vorstellen, die im Jahr 2022 erschienen sind und für die wir sehr gern eine Leseempfehlung aussprechen möchten. Im weitesten Sinne beschäftigen sich fast alle ausgewählten Publikationen mit der sozialen Frage bzw. Klassismus. Zudem beschäftigt sich die diesjährige Auswahl auch mit den Themen extreme Rechte, Ost- und Westbiographien, Diskriminierung und Solidarität. Wir möchten des Weiteren darauf hinweisen, dass Sie gern jederzeit kostenlos Bücher im Büro der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung ausleihen können. Bei Interesse wenden Sie sich bitte einfach per E-Mail an [koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de](mailto:koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de).

### Sachbücher



Amlinger, Carolin und Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit – Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Corona-Kritiker\*innen mit Blumenketten, Künstler\*innen, die naturwissenschaftliche Erkenntnisse infrage stellen, Journalist\*innen, die sich als Rebell\*innen gegen angebliche Sprechverbote inszenieren: Der libertäre Autoritäre hat Einzug gehalten in den politischen Diskurs. Er sehnt sich nicht nach einer ver-

klärten Vergangenheit oder der starken Hand des Staates, sondern streitet lautstark für individuelle Freiheiten. Etwa frei zu sein von Rücksichtnahme, von gesellschaftlichen Zwängen – und frei von gesellschaftlicher Solidarität. Der libertäre Autoritarismus, so Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey, ist eine Folge der Freiheitsversprechen der Spätmoderne: Mündig soll er sein, der Einzelne, dazu noch authentisch und hochgradig eigenverantwortlich. Gleichzeitig erlebt er sich als zunehmend macht- und einflusslos gegenüber einer komplexer werdenden Welt. Das wird als Kränkung erfahren und äußert sich in Ressentiment und Demokratiefeindlichkeit. Auf der Grundlage zahlreicher Fallstudien verleihen Amlinger und Nachtwey dieser Sozialfigur Kontur. Sie erläutern die sozialen Gründe, die zu einem Wandel des autoritären Charakters führten, wie ihn noch die Kritische Theorie sich dachte. Die Spätmoderne bringt einen Protesttypus hervor, dessen Ruf nach individueller Souveränität eine Bedrohung ist für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen: die Verleugnung einer geteilten Realität.



Hobrack, Marlen (2022): *Klassenbeste – Wie Herkunft unsere Gesellschaft spaltet*, Berlin: Hanser Verlag.

Von arbeitenden Frauen, Fallschirmmüttern und Mittelschichtsfeminist\*innen –

Marlen Hobrack formuliert die Klassenfrage aus weiblicher Perspektive radikal neu.

Die Wäschekörbe waren immer voll – nicht mit Wäsche, sondern mit unbezahlten Rechnungen, die ihre Mutter trotz harter Arbeit nicht pünktlich bezahlen konnte. Wenn Marlen Hobrack an ihre Kindheit in Armut in einem bildungsfernen Haushalt denkt, stellt sie immer wieder fest, wie wenig ihr Aufwachsen mit den Herkunftserzählungen der Mittelschicht gemeinsam hat, zu der sie als erfolgreiche Journalistin zählt. Aber gehört sie als Grenzgänger\*in zwischen den Klassen wirklich dazu? Als alleinerziehende Ostdeutsche, die mit 19 Mutter wurde?

Prägnant und erhellend räumt „Klassenbeste“ mit Mittelklassemythen von Chancengleichheit und sozialem Aufstieg auf – und zeigt, dass jede identitätspolitische Debatte im Kern eine Klassenfrage ist.

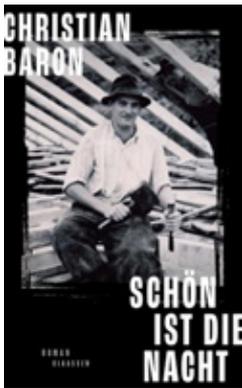
### Romane



Sander, Gregor (2022): *Lenin auf Schalke*, München: Penguin Verlag. *Auf der Suche nach dem Osten im Westen - Gregor Sander in Gelsenkirchen*

Seit dreißig Jahren betrachtet der Westen den Osten. Dreht und wendet die Ostdeutschen wie Schnitzel in der Pfanne. Es ist an der Zeit zurückzublicken.

„Sander du musst in den Westen“, mit diesen Worten seines besten Freundes Schlüppi beginnt die Reise von einer goldenen Pommesbude in Ostberlin nach Gelsenkirchen. Sander wohnt hier bei Zonengabi im Glück (BRD) und ihrem Freund Ömer in einem alten Bergmannshaus. Er versucht sich zu orientieren zwischen alten Abraumhalden, nagelneuen Leninskulpturen und einer Vergangenheit, die 1000 Meter unter der Erde liegt. Gregor Sander, eine der wichtigsten Stimmen der gesamtdeutschen Literatur, nimmt uns in »Lenin auf Schalke« mit dorthin, wo der Westen arm dran ist. Keine Zeche mehr, keine Kokerei und kein Stahlwerk, die Ruhrpottluft dank Arbeitslosigkeit gereinigt und auch Schalke 04 ist inzwischen zweitklassig. Hintersinnig, klug beobachtend und mit humorvollem Ernst erzählt Sander von einem Ort, der in allen Negativstatistiken führt: ärmste Stadt Deutschlands, höchste Arbeitslosigkeit, geringstes Pro-Kopf-Einkommen. Staunend entdeckt Sander eine Welt, die von der alten Bundesrepublik vergessen wurde. Nur ist Gelsenkirchen deshalb wirklich der Osten im Westen?



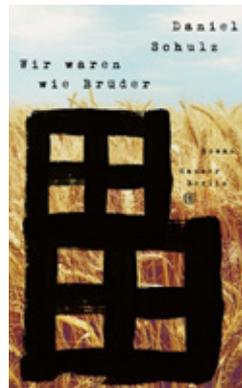
**Baron, Christian (2022): Schön ist die Nacht, Berlin: Claasen Verlag.**

**Das Dröhnen und die Herrlichkeit, die Bürde und die Notwendigkeit des Lebens der „einfachen Leute“**

Willy sehnt sich nach nichts so sehr wie nach einem normalen Leben. Er will seine Arbeit als Zimmerer gut machen, er will für seine Familie sorgen, er träumt vom eigenen Häuschen. Mit seiner ehrlichen Art stößt er immer wieder an Grenzen, was nichts an seinem Entschluss ändert, anständig zu bleiben.

Horst, ein ungelernter Hilfsarbeiter, glaubt schon lange nicht mehr daran, auf ehrliche Weise nach oben zu kommen. Er greift zu halbseidenen Mitteln,

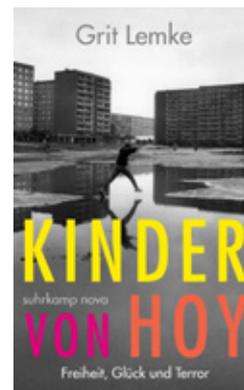
und seine Existenz entgleitet ihm in dem Maße, in dem er seine Aggressionen nicht im Griff hat. In die Spirale des Abstiegs zieht er seinen Freund Willy hinein – mit katastrophalen Folgen für beide. Schön ist die Nacht ist ein Roman über die westdeutschen Siebzigerjahre, der Roman einer ganzen sozialen Klasse. Zwischen ihren nach Emanzipation strebenden Frauen und streikwilligen „Gastarbeitern“, zwischen ihnen entgleitenden Kindern und sie unter Druck setzenden Chefs, zwischen Spekulantenträumen und Baustellenwirklichkeit führen Willy und Horst aussichtslose Kämpfe um ihren Anteil am Wohlstand. Müssen wir sie uns als glückliche Menschen vorstellen?



**Schulz, Daniel (2022): Wir waren wie Brüder, Berlin: Hanser Verlag.**

„Ein ebenso wichtiges wie wuchtiges Buch über den Naziterror nach der Wende, über eilig zurückgelassene Kirschgärten in Brandenburg und Söhne, deren Väter plötzlich Versicherungen verhökern.“ Dmitrij Kapitelman

Er ist zehn, als in der DDR die Revolution ausbricht. Während sich viele nach Freiheit sehnen, hat er Angst: vor den Imperialist\*innen und Faschist\*innen, vor denen seine Lehrer\*innen ihn gewarnt haben. Vor dem, was kommt und was er nicht kennt. Wenige Jahre später wird er wegen seiner langen Haare von Neonazis verfolgt. Gleichzeitig trifft er sich mit Rechten, weil er sich bei ihnen sicher fühlt. So sicher wie bei Mariam, deren Familie aus Georgien kommt und die vor gar nichts Angst hat. Doch er muss sich entscheiden, auf welcher Seite er steht. „Wir waren wie Brüder“ ist eine drastische Herausforderung der unmittelbaren Nachwendzeit – und ein nur allzu gegenwärtiger Roman über die oft banalen Ursprünge von Rassismus und rechter Gewalt.



**Grit Lemke (2021): Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror, Berlin: Suhrkamp Verlag.**

**Grit Lemke, bekannt als Autorin und Dokumentarfilmemacherin (u.a. Gundermann Revier 2019), nimmt die Leser\*innen in ihrem Roman „Kinder von Hoy“ mit in das Hoyerswerda ihrer Kindheit und Jugend.** Sie erzählt von der Entstehung der einstigen Musterstadt der DDR, den rund um den Schichtdienst im Gaskombinat „Schwarze Pumpe“ organisierten Leben der Erwachsenen und dem Entstehen einer Kulturszene, in der vor allem die jungen Menschen aktiv werden, von denen den meisten selbst eine Zukunft als Teil der Schichtkolonnen bevorsteht. Dabei beschreibt Lemke die sozialen Gefüge in der sozialistischen Kleinstadt, in der alle ihren festen Platz und ihre vorbestimmten Rollen innehaben. Die sozialen Umbrüche der Wendezeit, das neue Freiheitsgefühl, die parallel aufkommende Desorientierung und Verunsicherung durch veränderte wirtschaftliche und soziale Ordnungen führen dazu, dass aus einem immer schon vorhandenen Rassismus eine starke rechte Strömung entsteht. Deren Aktivitäten finden schließlich im September 1991 in den rassistischen Ausschreitungen ihren vorläufigen Höhepunkt und richten sich im Folgenden gegen progressive Jugend- und Kultureinrichtungen. Lemke zeigt auf, wie sich Gesellschaft und Stadtbild durch den verstärkten Wegzug der jüngeren Generationen nun wieder ändern, welche Herausforderungen das neue politische System für die Einzelnen, aber auch für bisherige soziale Konstellationen mit sich bringt.

**Grit Lemkes Art der Erzählung ermöglicht es durchweg, Bezüge zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Geschehnissen herzustellen bzw. zu erkennen und ist somit eine lehrreiche Lektüre unabhängig von Alter und Herkunft.**

# Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf – Fazit, Handlungsbedarf & Perspektiven

## Moritz Marc und Theresa Uhlig – Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Trotz der im Jahr 2022 zeitgleich verlaufenden gesellschaftlichen Krisen haben es die zahlreichen Akteur\*innen der Zivilgesellschaft im Bezirk geschafft, dass es viele positive Ansätze gibt, die hier im Bezirk lebenden Menschen in ihrer Vielfalt durch einen fairen und offenen Umgang weiterhin miteinander zusammenzubringen. Es wird trotz aller Widrigkeiten versucht, das Positive und Verbindende im Alltagsleben der Bürger\*innen weiterhin zu stärken. Im Bezirk gibt es viele gute Ansätze für ein diskriminierungsfreies und aktives Gemeinwesen mit vielen Gelegenheiten zur demokratischen Teilhabe.

Die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung sieht auch weiterhin die Notwendigkeit, den Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu einer weltoffenen und lebenswerten Kommune für alle hier lebenden und arbeitenden Menschen zu gestalten. Hierfür muss es Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zukünftig vermehrt gelingen, die im Bezirk lebenden Menschen für ein demokratisches Engagement und ein soziales Miteinander in ihren Nachbarschaften und Stadtteilen zu gewinnen. Zunehmende Ängste oder sogar Apathie der Bürger\*innen müssen ernst genommen werden und zu innovativen Handlungsstrategien der demokratischen Akteur\*innen im Bezirk führen.

### Wahlwiederholung in Marzahn-Hellersdorf

Es gibt in Marzahn-Hellersdorf nach wie vor Stadtteile und Quartiere mit einem besonderen Handlungsbedarf im Hinblick auf politische Teilhabe und Integration. Die Wahlwiederholung Anfang 2023 hat die soziale Spaltung im

Bezirk erneut sichtbar gemacht. In den Großsiedlungsgebieten – insbesondere in Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord – war die Wahlbeteiligung im Gegensatz zu den Einfamilienhausneubausiedlungen erschreckend niedrig. Zudem erreichte hier die AfD sehr hohe Zustimmungswerte und konnte mit Gunnar Lindemann in Marzahn-Nord (Wahlkreis 1) zum mittlerweile dritten Mal in Folge mit 28,8 % (2021: 22,7 %) das Direktmandat für das Berliner Abgeordnetenhaus gewinnen. Auch in Hellersdorf-Nord (Wahlkreis 3) konnte sich die Kandidatin der AfD – Jeanette Auricht – mit 25,9 % der Stimmen (2021: 22 %) erneut durchsetzen. In einigen Wahllokalen in diesen beiden Wahlbezirken lag die Wahlbeteiligung zum Teil gerade noch bei etwas über 15 % der wahlberechtigten Wähler\*innen. Die Berliner Register ziehen daraus in einer Wahlanalyse folgende Schlüsse: „Die Hochburgen der AfD liegen am östlichen Stadtrand Berlins. Der genaue Blick in alle Berliner Bezirke zeigt: In jedem Berliner Bezirk ist die AfD vergleichsweise in strukturschwachen Randgebieten erfolgreich. Beispiele sind: das Schorfheideviertel in Marzahn (40 Prozent für die AfD), südlich des Märkischen Viertels in Reinickendorf (27 Prozent für die AfD) und die südliche Gropiusstadt in Neukölln (22 Prozent für die AfD).

Das macht deutlich, wie wichtig es ist, dass der Aufbau von lebenswerten Kiezen sich nicht auf innerstädtische Regionen beschränken sollte. Es braucht Teilhabe, Infrastruktur, eine lebendige Zivilgesellschaft und Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen, um den Wahlerfolgen der extremen Rechten in diesen Gegenden entgegenzuwirken. Das

wird auch künftig die Arbeit der Koordinierungsstelle und ihrer Kooperationspartner\*innen prägen. Der Widerspruch gegen menschenfeindliche Positionen ist wichtig und muss durch die aktive Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels in den „abgehängten“ Gebieten begleitet werden.“ (Quelle: [www.berliner-register.de/artikel/berlinwahl-2023-einblick-auf-die-rechten-parteien-453/](http://www.berliner-register.de/artikel/berlinwahl-2023-einblick-auf-die-rechten-parteien-453/), Berliner Register, 22.02.2023)

### Soziale Herausforderungen

Bedauernswerterweise liegt kein aktueller Sozialbericht für Marzahn-Hellersdorf vor. Der neue Schuldenatlas für Berlin belegt jedoch, dass auch in 2022 viele verarmte Menschen im Bezirk leben: Marzahn-Hellersdorf ist demnach der Berliner Bezirk mit der zweithöchsten Schuldner\*innenquote (13,25 Prozent). Auf Platz eins liegt Spandau mit 13,67 Prozent, auf Platz drei Neukölln mit 12,66 Prozent. (Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/schuldneratlas-2022-wo-die-finanzsorgen-in-berlin-und-brandenburg-am-grossten-sind-9442634.html>, Tagesspiegel vom 06.03.2023)

In den vergangenen Monaten wurden die sich vergrößernden soziale Probleme zunehmend wahrnehmbarer (Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/was-rolt-auf-unsere-kinder-zu-armut-in-berliner-familien-nimmt-zu-8579944.html>, Tagesspiegel vom 5.9.2023). Vollerorts wurden Hilfsangebote wie das der Berliner Tafel förmlich überrannt, an immer mehr Ausgabestellen gab es einen Aufnahmestopp für neue Bedürftige. Soziale Träger im Bezirk wie die

„Arche“ oder das „DRK-Nordost“ berichten über einen enormen Zulauf von hilfsbedürftigen Menschen bei Ihren Essensangeboten. (Quelle: [www.morgenpost.de/bezirke/marzahn-hellersdorf/article236195305/Ehrenamtliche-verteilen-Lebensmittel-in-Marzahn.html](http://www.morgenpost.de/bezirke/marzahn-hellersdorf/article236195305/Ehrenamtliche-verteilen-Lebensmittel-in-Marzahn.html), Berliner Morgenpost, 19.09.2022) Der Staat und auch der Berliner Senat versuchten gegen Ende des Jahres 2022, die schlimmsten sozialen Folgen der Krise mit verschiedenen Maßnahmen(-paketen) zur Entlastung der privaten Haushalte abzufedern. Dennoch ist absehbar, dass es in den kommenden Jahren aufgrund zunehmend sich leerender Haushaltskassen zu Kürzungen u.a. im sozialen Bereich kommen wird. Rechte Kräfte könnten die schwierige gesellschaftliche Gesamtsituation nutzen, um weiterhin Hass und Hetze zu betreiben und durch die verschiedensten Agitationsformen im Netz und auf der Straße die Ängste der Menschen für ein Gegeneinander und rassistisch motivierter Spaltungen zu instrumentalisieren.

Für die Sicherung unserer demokratischen Kultur ist es wichtig, die Existenzängste der Menschen ernst zu nehmen und die damit zum Teil einhergehenden Proteste insbesondere in manchen Regionen von Ostdeutschland in eine demokratische Richtung zu kanalisieren und angemessen zu reagieren. Innerhalb des

Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf hat sich deswegen in der zweiten Jahreshälfte 2022 eine temporäre Arbeitsgruppe „Soziale Härten“ gegründet. Ziel der AG war es, den von rechts initiierten sozialen Protesten produktive Konzepte und Aktivitäten entgegenzusetzen. Statt Anfeindungen und Desinformation sollten an den Bedarfen der Bürger\*innen orientierte Angebote und darüber ein solidarisches Miteinander gefördert werden. Damit sollte auch ein Beitrag für die Demokratieentwicklung und gegen eine sich verschärfende soziale Polarisierung geleistet werden.

Laut zahlreicher Akteur\*innen wird es allerdings immer schwieriger, die Menschen hinsichtlich ihrer Sorgen um die aktuell zu bewältigenden großen gesellschaftlichen Aufgaben abzuholen und mitzunehmen - vor allem auch für eine Mitwirkung an einer lebendigen Demokratie. Für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf versucht die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung weiterhin, möglichst viele Menschen für die Gemeinwesenarbeit und auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu begeistern und zusammenzubringen. Über gemeinsam gelebte Aktivitäten in den Nachbarschaften von Marzahn-Hellersdorf, Gespräche und ein empathievolles Aufeinanderzugehen, besteht die Hoffnung, dass es

uns gelingt, auch zukünftig gemeinsam für einen diversen, sozialen und weltoffenen Bezirk einzutreten. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus und ausgrenzender Sündenbockmentalität wird sich die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung zusammen mit ihren zahlreichen zivilgesellschaftlichen Partner\*innen im Bezirk auch im Jahr 2023 in solidarischer Form entgegenstellen.

Seit dem Jahreswechsel 2022/2023 spitzt sich bundesweit erneut der Hass und die Hetze gegen Unterkünfte gegen geflüchtete Menschen wieder zu (Bsp. [www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-pogromstimmung-gegen-gefluechtete-nimmt-wieder-zu-95877/](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-pogromstimmung-gegen-gefluechtete-nimmt-wieder-zu-95877/), Amadeu Antonio Stiftung, 20.02.2023). Die aktuellen Gewaltmeldungen überschlagen sich und erinnern stark an die 1990er Jahre. Es besteht durchaus auch in Marzahn-Hellersdorf die Gefahr von erneuten Anti-Geflüchtetenprotesten. Zum Jahrestag des „braunen Dienstags“ im Juli 2023 sind Veranstaltungsformate durch den Bezirk bzw. das Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf angedacht, die sich nochmal kritisch mit den damaligen rassistischen Mobilisierungen im Bezirk auseinandersetzen werden.

### **Handlungsempfehlungen für die weitere Demokratieentwicklung im Bezirk:**

- **Bessere Öffentlichkeitsarbeit für die zahlreichen Angebote im Bezirk.**

Es gibt wirklich viele spannende soziale Einrichtungen und Träger im Bezirk mit einer enorm breiten Palette an Angeboten für die hier lebenden Menschen. Auch im Bereich der Kultur finden mittlerweile viele verschiedene Veranstaltungen in den diversen Ausstellungs-orten von der Station Urbaner Kulturen über das Heimatmuseum bis hin zum Schloss Biesdorf statt. Das Bezirksamt muss dringend seine Öffentlichkeitsarbeit ausbauen. Es bedarf besser strukturierter Medien wie regelmäßige Veröffentlichung eines Newsletters, eine verbesserte Pressearbeit, eine zentrale,

aktuell gehaltene Terminübersicht, evtl. sogar eigene Werbung im öffentlichen Raum, Einrichtung Social Media Accounts. Besonderer Bedarf besteht bei zielgruppengerechten Ansprache, über die möglichst viele Personen im Bezirk Informationen erhalten.

- **Die Bürger\*innenbeteiligung auf allen Ebenen ausbauen.**

V.a. amtliche Vorgänge werden bislang viel zu wenig und häufig zu fachspezifisch vermittelt und entziehen sich dem Verständnis vieler Einwohner\*innen. Der zum Jahresende stattgefunden Austausch zwischen Politik, Verwaltung und ausgewählten Vertreter\*innen zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen zur Entwicklung der Bezirklichen Leitlinien für Bürger\*innenbeteiligung unter

der Leitung eines damit beauftragten Stadtplanungsbüros machte dies deutlich (Hierzu auch: [https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/\\_assets/ba-beschluesse-2022/vzb0012\\_v-anlaufstelle\\_buergerbeteiligung.pdf](https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/_assets/ba-beschluesse-2022/vzb0012_v-anlaufstelle_buergerbeteiligung.pdf)). Es bedarf einer vermehrten Kommunikation nach außen aller Abteilungen des Bezirksamtes, einer adäquaten Wahl an (aufsuchenden) Medien und für alle Menschen in Marzahn-Hellersdorf leicht verständlichen Sprache/n. Zudem ist es wichtig, sich dem Input der Zivilgesellschaft vermehrt zu öffnen und diesen als wertvolle Informationsquelle für den Ausbau demokratisierender Prozesse in der Verwaltung zu betrachten. Neben Kiezbudgets, Nachbarschaftsversammlungen, Stadtteilkonferenzen und Bürger\*innenhaushalt können das auch neue Ansätze, wie die aktuell in der

Planungsphase befindlichen Bürger\*innenräte im Losverfahren sein. Hierzu hat sich im Jahr 2022 eine Bürger\*inneninitiative „Demokratie. Gerechtigkeit. Bürger\*innenräte Marzahn-Hellersdorf,“ gegründet (<https://www.kliopolis.de/buergerinnenraete-%20mh/>). Auch andere Dialogangebote sind weiterhin denkbar.

- **Solidarität und Miteinander stärken.**

Der Solidaritätsgedanke wie er sich in Projekten innerhalb des „Netzwerks der Wärme“, der AG Soziale Härten oder durch die Kampagne Solidarische Kieze zeigt, muss gestärkt und ausgebaut werden. In Zeiten multipler sozialer Krisen ist es enorm wichtig, der sozialen Polarisierung entgegenzuwirken und den Menschen mit ihren Existenzängsten und zunehmender Armutsbetroffenheit beizustehen. Dies kann u.a. über den Ausbau bestehender Orte als Knotenpunkte des Zusammenkommens (z.B. Stadtteilzentren, Begegnungshäuser...), der Aktivierung von Kreativität und Solidarität und der Einbeziehung weiterer Akteur\*innen geschehen. Es ist wichtig, Möglichkeiten zum Austausch/Zugang zu Beratung und Angebote zur Freizeitgestaltung in einladender Umgebung zu schaffen bzw. zu stärken.

- **Mobile Beratungs- und Begegnungsangebote in den Stadtteilen weiter ausbauen.**

Wie sich im Bericht der Mobilteilarbeit Marzahn NordWest gezeigt hat, sprechen vor allem niedrigschwellige und mobile Angebote auf Augenhöhe die Menschen in den Nachbarschaften an und erreichen diese. Ansätze wie das Café auf Rädern (<https://www.cafe-auf-raedern.de/>), das B.A.T.-Mobil ([www.facebook.com/B.A.T.mobil030](http://www.facebook.com/B.A.T.mobil030) und [www.roter-baum-berlin.de/de/berlin-aktiv/mobile-stadtteilarbeit-hellersdorf-nord/](http://www.roter-baum-berlin.de/de/berlin-aktiv/mobile-stadtteilarbeit-hellersdorf-nord/)) oder die Veranstaltungsreihe „Politik isst Wurst“ von Hellersdorf aktiv (<https://www.roter-baum-berlin.de/berlin-aktiv/hellersdorf-aktiv/>), die mobile Sprechstunde des Projekts „Unsere Platte“ ([www.unsere-platte.de](http://www.unsere-platte.de)) oder Informationsstände der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung inklusive Bürger\*innengespräche auf

Nachbarschaftsfesten zeigen, wie wichtig es ist, das direkte Gespräch mit den im Bezirk lebenden Menschen zu suchen und sie dazu in ihrer Lebenswelt aufzusuchen. Damit kann ein konstruktiver und produktiver Austausch über Sorgen, Probleme, Wünsche und Ideen der Bürger\*innen stattfinden, der unseren Bezirk perspektivisch noch lebenswerter und die Nachbarschaften noch lebendiger gestalten kann. Dies erfordert Kontinuität. Erkenntnisse aus diesen Angeboten sollten zudem für den Ausbau der Kommunikation des Bezirksamtes sowie der Bürger\*innenbeteiligung genutzt werden.

- **Armutsbekämpfung als Teil der Demokratiestärkung.**

Das Thema Armut und Klassismus muss im Rahmen der Demokratieentwicklung eine größere Rolle im Bezirk spielen. Zu viele Menschen im Bezirk leben dauerhaft sozial benachteiligt bzw. sind von Armut betroffen oder bedroht. Wir wollen als Koordinierungsstelle zukünftig kontinuierlich zu diesem wichtigen Thema arbeiten. Zudem wollen wir bezirkliche Akteur\*innen dabei unterstützen, mehr mit von Armut betroffenen Menschen ins Gespräch zu kommen und sie zu fördern, sich für Ihre Interessen und Anliegen auch hier im Bezirk demokratisch einbringen und beteiligen zu können. Dazu gehört u.a. eine verstärkte Sensibilisierung in bezirklichen Einrichtungen, Verwaltung und bei politischen Akteur\*innen.

- **Queere Projekte und Strukturen verstetigen und etablieren.**

Der Bezirk sollte weiter daran arbeiten, die Strukturen der LSBTQI\*-Community auszubauen. Dazu gehören Angebote zu Beratung, Begegnung, Prävention von Diskriminierung sowie sichere Räume im Bezirk. Die Einsetzung einer Queerbeauftragte\*n war ein erster großer Schritt. Politik und Verwaltung haben nun die Aufgabe, ihre Empfehlungen zu berücksichtigen und in adäquater Form in bezirkliches Handeln aufzunehmen. In den kommenden Haushaltsverhandlungen sollte die Queerbeauftragte angemessen berücksichtigt werden und ein den bezirklichen Herausforderungen

in ihrem Arbeitsgebiet entsprechendes Budget zur Umsetzung wichtiger Projekte erhalten. Zudem sollte der beschlossene bezirkliche Plan gegen Homo- und Transphobie für Marzahn-Hellersdorf zeitnah umgesetzt werden.

- **Politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit stärken.**

Die bisher genannten Empfehlungen bedürfen v.a. einer politischen Bildung und Diversitätsorientierung auf Seiten bezirklicher Politik, Verwaltung sowie zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen. Politische Bildung und Demokratiekompetenz müssen so früh wie möglich gefördert werden. In Anbetracht aktueller Herausforderungen ist es dringend notwendig, Demokratiebildung in Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und weiteren Einrichtungen außerschulischer Bildung zu stärken. Angebote niedrigschwelliger Erwachsenenbildung müssen ebenso gefördert und entwickelt werden.

- **Die Mitwirkung des Kinder- und Jugendparlaments politisch verankern.**

Seit September hat der Bezirk das in einem BVV-Beschluss geforderte (Vgl. [https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/\\_\\_\\_tmp/tmp/45081036/RA2n-97Majq00JJAQp3IBSqB5LYEgYI9jFrFq-DIdD/rERvxgw/111787.pdf](https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/___tmp/tmp/45081036/RA2n-97Majq00JJAQp3IBSqB5LYEgYI9jFrFq-DIdD/rERvxgw/111787.pdf)) Kinder- und Jugendparlament (KJP). Nun ist es notwendig, die Arbeit des KJP zu unterstützen. Dazu brauchen die Teilnehmenden Kinder und Jugendlichen und das Gremium als solches, Ressourcen wie Zeit, finanzielle Zuwendungen, fachliche Unterstützung. Entsprechend des ursprünglichen Antrags muss zudem dringend ein Verfahren für eine demokratische und verbindliche Zusammenarbeit von BVV und KJP entwickelt werden.

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf, April 2023

# Kontakte

## Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf Neue Grottkauer Straße 5 12619 Berlin

Telefon: 0152 - 31771383 (WhatsApp/Signal/Telegram) und 030 - 92257140  
E-Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de  
Facebook: facebook.com/koordinierungsstellemh  
Internet: koordinierungsstelle-mh.de  
Twitter: twitter.com/demokratiemahe

## Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf

Neue Grottkauer Straße 3  
12619 Berlin

Telefon: 030 - 99 27 50 98  
Handy: 0152 - 061 99 495  
E-Mail Pfd: pfd-mh@stiftung-spi.de  
E-Mail Register: register-mh@stiftung-spi.de

## Beauftragte für Queer, Städtepartnerschaften und freiwilliges Engagement Frau Krah

Alice-Salomon-Platz 3  
12627 Berlin (Raum: 2.43)

Telefon: 030 - 90293-2016  
E-Mail: vanessa.krah@ba-mh.berlin.de  
Internet: berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/partnerschaften

## BENN (Berlin Entwickelt Neue Nachbarnschaften) Blumberger Damm Marzahner Promenade 36 12679 Berlin

Mobil & Whatsapp: 0152 - 02 979 698  
E-Mail: info@BENN-BlumbergerDamm.de  
Internet: benn-blumbergerdamm.de

## BENN (Berlin Entwickelt Neue Nachbarnschaften) Marzahn-Süd Marzahner Promenade 36 12679 Berlin

Büro: 030 - 39 72 13 63  
Mobil & Whatsapp: 0152 - 53415144  
E-Mail: benn@marzahn-sued.de  
Internet: marzahn-sued.de

## Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf

E-Mail: buendnis\_mh@web.de  
Internet: buendnis.demokratie-mh.de  
Facebook: facebook.com/buendnismahe  
Twitter: twitter.com/buendnismh

## Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

## Beauftragter für Integration und Partizipation Herr Dr. Bryant Alice-Salomon-Platz 3 12627 Berlin

Telefon: 030 - 90293-2060  
E-Mail: thomas.bryant@ba-mh.berlin.de

## Kiezteam Marzahn-Hellersdorf – Deutsche Wohnen & Co enteignen

E-Mail: kiezteam\_marzahn@dwenteignen.de

## Koordinatorin für Flüchtlingsfragen Frau Hermenau

Telefon: 030 - 90293-2019  
Fax: 030 - 90293-2055  
E-Mail: susan.hermenau@ba-mh.berlin.de

## Kampagne Solidarische Kieze

E-Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de  
Facebook: facebook.com/solidarischekiezemh

## Mobile Stadtteilarbeit Marzahn-Nord

Internet: kiekin.org/aufgabenbereich/mobile-stadtteilarbeit  
Facebook: facebook.com/mostmarzahnordwest  
Telefon: 030 - 28423129  
E-Mail: Daniel.Hegemann@gmbh-kiekin.de

## Unbezahlbar

Marzahner Promenade 37  
12679 Berlin

Kontakt über BENN Blumberger Damm und BENN Marzahn-Süd  
E-Mail: benn@marzahn-sued.de  
info@benn-blumbergerdamm.de

Die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf ist in Trägerschaft der:



Finanziert durch:



Das Register Marzahn-Hellersdorf und die Partnerschaften für Demokratie sind in Trägerschaft der:



Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf



Partnerschaft für Demokratie Marzahn

Finanziert durch:



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



